

LXXXVIII. JAHRGANG, HEFT 3

MAI/JUNI 2008

Editorial

Bereits Carl von Clausewitz postulierte die Notwendigkeit der Entsendung von Soldaten und Offizieren in Kriegsgebiete für den Fall, dass das Heimatland mit einer längeren Epoche des Friedens gesegnet sei. Sinn und Zweck solcher Entsendungen seien die Erfahrungen, die dort gesammelt werden könnten und somit die eigenen Streitkräfte mit der Realität des Krieges vertraut machen. Ein wesentliches Instrument zur Verbreitung solcher Eindrücke und Erfahrungen sind Kriegs- und Reiseberichte, die ein Bild der Lage vermitteln und gleichzeitig das jeweilige Gesicht des Krieges vor Augen führen und daraus möglicherweise hierorts noch unbekannte oder neue Kampftaktiken und Gefechtstechniken erkennen lassen. Die ÖMZ versteht sich ihrem Auftrag gemäß als ein Trägermedium für eine derartige Berichterstattung. Im Rahmen unserer Jubiläumsserie soll daher ein Bericht über den Krieg in Syrien des ägyptischen Vizekönigs Mohammed Ali gegen die osmanischen Herren in Istanbul aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts neu aufgelegt werden, der den Nahen Osten auch unter den damaligen Verhältnissen als eine konfliktrichtige Gegend charakterisiert.

Aber gerade an der Entwicklung in dieser Region ist sehr schön zu sehen, dass konfliktreiche Perioden immer wieder von friedvollen Zeiten abgelöst werden und umgekehrt. Dieses ständige Auf und Ab zwischen Krieg und Frieden scheint weltweit gewissen Mustern zu folgen, die einerseits den Krieg nicht aussterben lassen und andererseits jedes Mal die Hoffnung auf Frieden neu aufkeimen sehen wollen. Der Krieg selbst ändert sich seinem Wesen nach nicht, neu ist jedoch immer sein Antlitz und seine Form - kein Krieg wird in gleicher Weise zweimal ausgetragen. Meist ändern sich auch die Gründe, aus denen er geführt wird, wobei sich die prinzipielle Knappheit in der Regel als bestimmend konstituiert. Der Mangel an Freiheit oder das Gerangel um Ressourcen als Beispiele für immaterielle und materielle Knappheit können also zu einem Gewaltausbruch bei der Durchsetzung des eigenen Willens führen. Das stetige Anwachsen der Weltbevölkerung, die Verknappung der weltweiten Ressourcen und die prognostizierte Verödung von Siedlungsgebieten durch den Klimawandel lassen daher eher auf eine Zunahme der Verteilungskämpfe schließen als auf friedlichere Zeiten.

Ganz dem Klimawandel verhaftet ist unser erstes Thema, das sich mit der Aufteilung des Eismeres durch dessen Anrainerstaaten beschäftigt. Das Abschmelzen der Polkappen, das möglicherweise Grönland seinem ihm vor einem Jahrtausend durch dort siedelnde Wikinger verliehenen Namen als Grünland wieder gerecht werden lässt, bringt jedoch auch einen leichteren Zugang zu den unter dem Eismeer lagernden Bodenschätzen. Heinz Brill analysiert die konfliktrichtige Lage um die Gebietsansprüche in dieser für die Weltpolitik neu zu erschließenden Region.

Zum Auf und Ab von Krieg und Frieden tragen im wesentlichen Ausmaß wirtschaftliche Entwicklungen bei, die der durch das Stalin-Regime ermordete Nikolai Kondratjew in langfristigen Zyklen zu erkennen glaubte und dessen Theorie nun wieder neue Bedeutung erlangt. Arno Tausch liefert hier einen ersten Bericht über diese wieder entdeckte strategische Denkschule.

Die Krisenprävention bzw. die Krisenbewältigung kann effizient nur durch das Zusammenwirken aller an der Lösung des Problems beteiligten Akteure erreicht werden. Für österreichische Verhältnisse galt daher während der Zeit des Kalten Krieges das Konzept der Umfassenden Landesverteidigung als jenes wirksame Instrument zum Krisenmanagement. Die Verlagerung der Krisenherde in weit entfernte Regionen ändert jedoch nichts an der prinzipiellen Notwendigkeit des gesamtstaatlichen Zusammenwirkens. Ralph Thiele führt daher den Begriff der „Vernetzten Sicherheit“ für das im internationalen Krisenmanagement geforderte strukturierte Zusammenarbeiten militärischer und nichtmilitärischer Kräfte und Organisationen ein.

Dem nur sehr zögerlich und in seiner Konsequenz mangelhaft durchgeführten Schutz des Luftraumes zur Wahrung und Aufrechterhaltung der Neutralität Österreichs und den daraus erwachsenen internationalen Irritationen im Zuge der Libanonkrise des Jahres 1958 widmet sich die historische Analyse der Ereignisse von Walter Blasi. Verglichen mit den kürzlich geführten Diskussionen um den Schutz des Luftraumes im Rahmen der Flugzeugankäufe scheint sich entgegen den oben besprochenen Zyklen hier eine gewisse Kontinuität im österreichischen sicherheitspolitischen Empfinden etabliert zu haben.

Andreas Stupka

INHALTSVERZEICHNIS

<i>Heinz Brill</i>		Zur österreichischen Verteidigungspolitik	350
Machtdemonstrationen im Eismeer	275		
Die Arktis und die Interessen der Anrainerstaaten		Internationaler Bericht	353
		<i>von Burkhard Bischof mit Weltgeschehen 13.2.08 - 13.4.08</i>	
<i>Arno Tausch</i>		Internationale Rundschau	357
Nikolai Kondratjew	289		
und die Zukunft der Konflikte in der Weltgesellschaft		UNO	357
Bewertung eines Neuansatzes des „NATO Institute for Advanced Studies“		NATO	360
		Europäische Union	362
		Europa	363
		Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	375
<i>Ralph Thiele</i>		Naher und Mittlerer Osten	377
Vernetzte Sicherheit	299	Afrika/Sub-Sahara	383
Über die Konzeptionen gesamtstaatlichen Zusammenwirkens		Ferner Osten	392
		Lateinamerika	395
<i>Walter Blasi</i>		USA	396
Krise um Österreichs Luftraum	309		
Politische Aufwallungen und Verstimmungen im Zuge der Libanonkrise des Jahres 1958			
<hr/>			
200 Jahre ÖMZ			
Der Krieg Mohammed Alis in Syrien gegen die Pforte 1831-1833	317		
<hr/>			
Miszellen			
Der Terrorismus im Maghreb - Warum auch Europa bedroht ist	325		
<i>Dustin Dehéz</i>			
Pakistans Frontier Corps	329		
<i>Ulrich Stahnke</i>			
Multinationalität und Expertisenvielfalt	335	Buchbesprechungen	401
<i>Henrique Schneider</i>		Kurzfassungen (english/français)	413
Das Militär in der Kultur der Oberflächlichkeit	339	Bildquellen Titelbilder (v.li. n.re.): Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI), www.promved.ru , Bundesheer	
<i>Andreas Stupka</i>		Impressum	
Zehn Jahre ESVP - Entwicklung, Aufgaben und Ziele	344	Seite 416	
<i>Gunther Hauser</i>		Aus dem Inhalt (english/français)	
		Umschlagseite innen	



Machtdemonstrationen im Eismeer

Die Arktis und die Interessen der Anrainerstaaten

Heinz Brill

Im internationalen „Polarjahr“ rücken Arktis und Antarktis ins Zentrum der wissenschaftlichen und politischen Aufmerksamkeit. Das „Internationale Polarjahr“ ist eine weltweite Initiative unter der Führung der „Internationalen Meteorologen-Organisation“ und des Internationalen Wissenschaftsrates. Erstmals engagieren sich an diesem Großprojekt mehr als 50.000 Wissenschaftler aus 60 Staaten. An der Spitze der Aktivitäten steht auf deutscher Seite das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung mit seinen Forschungsstellen Bremerhaven und Potsdam. Es stellt die logistischen Mittel wie den Forschungseisbrecher „Polarstern“ und übernimmt damit auch den Großteil der Finanzierung.¹⁾

In der Vergangenheit gab es bereits alle 25 bis 50 Jahre groß angelegte internationale Initiativen wie das erste „Internationale Polarjahr“ (1882/83) und das zweite „Internationale Polarjahr“ (1932/33) und das Internationale Geophysikalische Jahr (1957/58). Die diesjährige Initiative multidisziplinärer Forschungsteams hat sich zum Ziel gesetzt, folgende sechs allgemein gehaltene Hauptthemen des Internationalen Polarjahrs 2007/2008 zu untersuchen:

- den Zustand der Umwelt in den Polarregionen,
- die Veränderungen in der Vergangenheit und Vorhersagen für zukünftige Veränderungen,
- den Einfluss der Polargebiete auf das globale Klima,
- die Erforschung unbekannter Gebiete in den Polarregionen,
- die Beobachtung der Erde und des Weltraumes und
- die arktischen Völker im Wandel ihrer Umwelt.²⁾

Das Wissenschaftsprojekt „Internationales Polarjahr 2007-2008“ begann am 1. März 2007. Erstmals in der 125-jährigen Geschichte des „Internationalen Polarjahres“ wird dabei jeweils ein ganzer Jahreszyklus in der Arktis und Antarktis erforscht. Zahlreiche Wissenschaftler und Techniker sind an mehr als 240 Projekten beteiligt. In zwei Jahren soll dadurch ein Quantensprung in der Klima- und Umweltforschung erzielt werden.³⁾

Denn die Veränderungen im Weltklima haben ihren Ursprung in der Arktis und der Antarktis. Die Polarregionen sind die Schlüsselgebiete für das Klima der Erde. Dort treten die größten Temperaturänderungen auf, und das dort gebundene Eis ist für das globale Klimageschehen von großer Bedeutung.⁴⁾ Das allmähliche Schmelzen des grönländischen Festlandeises und des Nordpolarmeereises ist eine direkte Folge des weltweiten Temperaturanstiegs. Wie lange es dauert, bis Grönland und die Arktis zumindest im Sommer völlig eisfrei sein könnten, ist zurzeit die große Streitfrage.

Für die internationale Sicherheitspolitik ist die Frage von Bedeutung: Welche Auswirkungen hat die Klimaentwicklung auf die Interessen der Anliegerstaaten der Polargebiete? Bereits jetzt streiten die Staaten um Territorien, Ressourcen und Passagen. Eine neue Geopolitik für die Arktis zeichnet sich ab. Für die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung und die Erschließung zusätzlicher Nahrungsreserven rücken die Polargebiete zunehmend in den Mittelpunkt des allgemeinen wirtschaftlichen Interesses. Für die Antarktis ist die konfliktträchtige Frage der Gebietsansprüche im Antarktis-Vertrag (1959) bis zu einer Nutzung vertagt. Die ist nach Ansicht von Experten nicht vor dem Jahr 2020 zu erwarten.

Dennoch hat Großbritannien seine Gebietsforderungen im Oktober 2007 vorsorglich angemeldet.

Arktis (Nordpolargebiet)

Polargebiete sind die beiden um die Erdpole gelagerten Land- und Seeräume. Als Arktis (griech. *árktos* „Bär“, „Großer Bär“/„Nordgestirn“) werden die um den Nordpol gelegenen Land- und Meeresgebiete mit einer Gesamtfläche von ca. 26 Millionen Quadratkilometer bezeichnet.⁵⁾ Geografisch ist sie das Gebiet nördlich des Polarkreises (66°33' nördliche Breite); klimatisch zählen auch Gebiete südlich davon dazu. Die Arktis besteht v.a. aus eisbedecktem Meer. Die arktische Region wird von der eurasischen Landmasse und dem amerikanischen Kontinent mit den vorgelagerten Inseln eingerahmt. Im Zentrum liegt das größtenteils ständig von Eis bedeckte Nordpolarmeer. Die Landgebiete der Arktis sind Grönland, der Kanadisch-Arktische Archipel, die sibirischen Inseln und die nördlichen Territorien von Europa, Asien und Amerika. Die Angaben über die Bewohnerzahl schwanken zwischen 1,5 und 4 Millionen - je nachdem, welche Randgebiete miteinbezogen werden. Die bekannteste Bevölkerungsgruppe sind die Inuit (Eskimos) in Grönland, Kanada und Alaska. Siedlungen gibt es v.a. an den Küsten und Flüssen der Tundragebiete. Wesentliche Bodenschätze sind Erdöl (Alaska, Sibirien), Kohle (Spitzbergen) und Nickel (Halbinsel Kola). Das Klima ist geprägt von langen, kalten Wintern - Kälterekorde liegen bei Minus 70 Grad Celsius - und kurzen, kühlen Sommern.

Die politische Dimension der Arktis ergibt sich aus einem Komplex rechtlicher, wirtschaftlicher und militärischer Faktoren.⁶⁾ Ihre Geografie wird dabei mathematisch durch den Polarkreis, biologisch durch die +10° Juli-Isotherme begrenzt, die zu Land weitgehend mit der nördlichen Baumgrenze zusammenfällt. Rechtlich befindet sich die Arktis in einer Gemengelage, die vom Recht der „hohen See“, den Land- und Seegrenzen der Anrainer und ihren Wirtschafts- und Fischereizonen bestimmt wird. Anders als unter dem internationalen Regime der Antarktis berühren sich in der Arktis nationales Recht und Ansprüche unmittelbar.

Der „Arktische Rat“

Zum Schutz der nördlichen Regionen und im Interesse der arktischen Zusammenarbeit wurde 1996 der „Arktische Rat“ (*Arctic Council*) gegründet. Der Arktische Rat ist eine internationale Organisation eigenen Charakters. Dieser Rat besteht zurzeit aus folgenden acht Mitgliedstaaten: Dänemark (einschließlich Grönland und die Färöer-Inseln), Finnland, Island, Kanada, Norwegen, Russische Föderation, Schweden, USA.

Außerdem nehmen Repräsentanten von sechs Organisationen indigener Völker (Urbewölkerung) an den Aktivitäten des Rates teil. Zudem sind in den Versammlungen des Arktischen Rates offizielle Beobachter zugelassen, so z.B. Deutschland, Frankreich und die Niederlande sowie nichtstaatliche Organisationen und Forschungseinrichtungen. Der Vorsitz rotiert unter den staatli-

chen Mitgliedern im Zweijahresrhythmus. Seit Oktober 2006 hat ihn Norwegen inne. Das Sekretariat des Rats hat seinen Sitz in Kopenhagen.

Der Arktische Rat setzt Schwerpunkte im Umweltschutz und fördert die Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereichen. Darüber hinaus ist die regionale Gemeinschaftsorganisation ein Forum für Zusammenarbeit auf der gesamten Breite von Themen bezüglich nachhaltiger Entwicklung. Zielsetzung ist, dass alle menschlichen Aktivitäten - wie Fischfang, Transport und

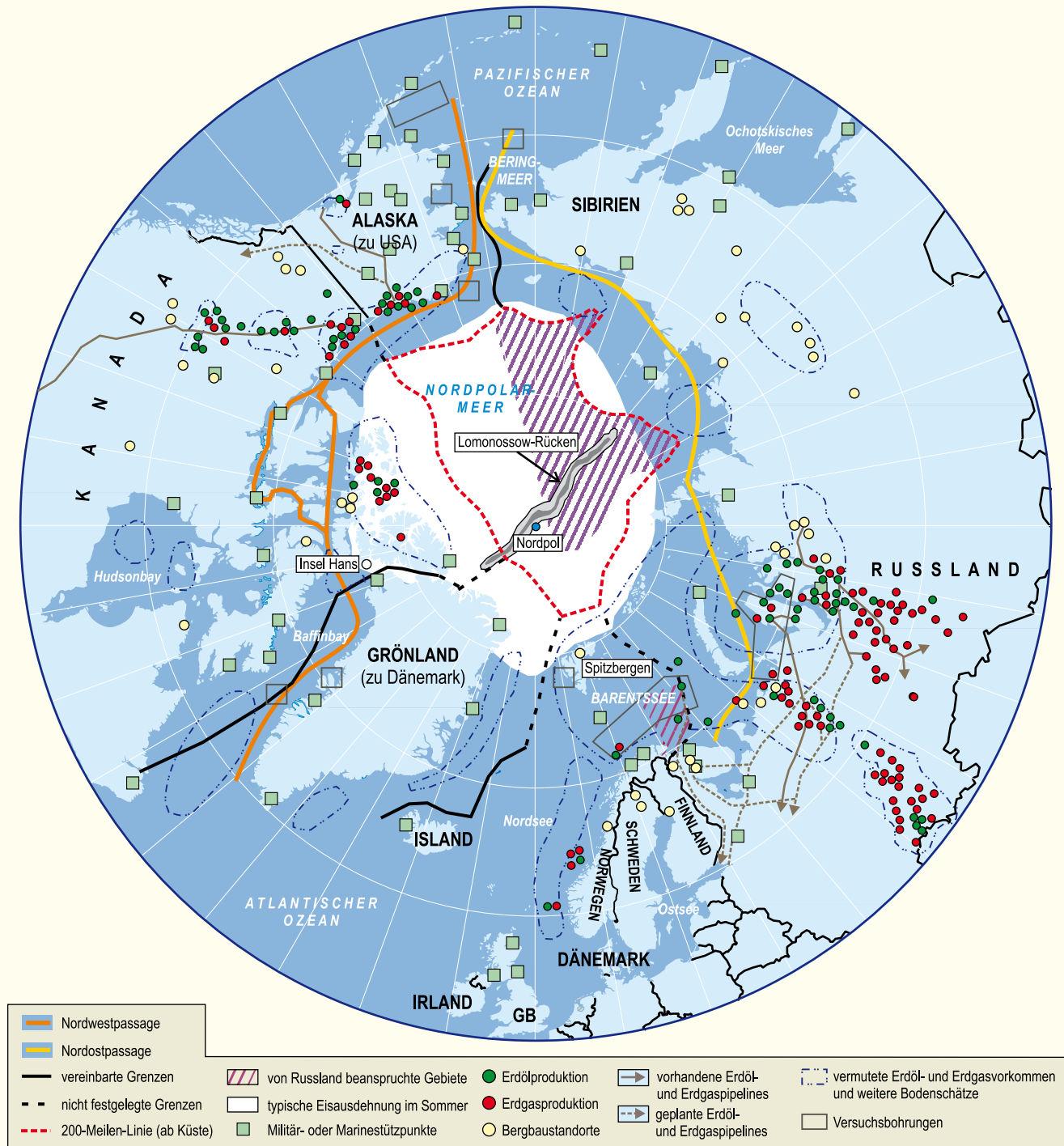
Erdöl- und Gasgewinnung - auf eine Art und Weise erfolgen, die das Ökosystem nicht schädigen.

Klimawandel und seine Folgen für die Arktis

Dass die Polarregionen aufgrund der globalen Klimaerwärmung schmelzen, ist eine unbestrittene Tatsache.⁷⁾ Nirgendwo zeigen sich die Auswirkungen der Erderwärmung so dramatisch wie in der Arktis. Seit 1978 hat das Packeis im Sommer ein Fünftel seiner Fläche eingebüßt. Im Dezember 2006 prognostizierten Klimaforscher, die

Abb. 1

Die Arktis und die Interessen der Anrainerstaaten - Territorien, Ressourcen und Passagen



Quellen: Philippe Rekacewicz, UNEP/GRID-Arendal: Industrial development in the Arctic, (2005), (<http://maps.grida.no/go/graphic/industrial-development-in-the-arctic>), Stand: 15.2.2008; United States Geological Survey (USGS); AMAP 1997, 1998 and 2002; CAFF 2001; UNEP/World Conservation Monitoring Centre (WCMC); United States Energy Information Administration (EIA); Barents Euro-Arctic Council (BEAC); Comité professionnel du pétrole (CPDP), Paris; National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA); The World Bank; Alaska Department of Environmental Conservation, Division of Spill Prevention and Response; United States Coast Guard (USCG); Philippe Rekacewicz, UNEP/GRID-Arendal: States, organizations and strategic issues in the Arctic: People across borders, (2005), (<http://maps.grida.no/go/graphic/states-organizations-and-strategic-issues-in-the-arctic-people-across-borders>), Stand: 15. Februar 2008; Arctic Council; Norwegian Polar Institute, Permanent Participants of the Arctic Council; Global Security, Washington DC; Department of Foreign Affairs and International Trade of Canada; International Boundaries Research Unit Database, University of Durham; Süddeutsche Zeitung 26.7.2007 (<http://www.sueddeutsche.de/wissen/artikel/527/125340/>), Stand: 15.2.2008

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Peter Lutz

Arktis könnte ab 2040 komplett eisfrei sein.⁸⁾ Die Basis aller Diskussionen um diesen Themenkreis sind die Veröffentlichungen des Weltklimarates, in der Fachsprache unter dem Begriff *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) bekannt. Das Gremium veröffentlichte 1990, 1995 und 2001 seine ersten drei Klimaberichte, im Jahr 2007 erschien in mehreren Folgen der vierte Klimabericht. Der Internationale Wissenschaftsrat zum Klimawandel (IPCC) wurde 1988 von der UNO gegründet, um die Folgen der Erderwärmung zu beobachten und zu beurteilen. Er stützt sich auf die Arbeit von ca. 2.500 Wissenschaftlern aus mehr als 130 Nationen.

Im ersten Teil des vierten IPCC-Klimaberichts, der im April 2007 in Paris vorgestellt wurde, machen die Wortführer der Klimaforschung folgende Kernaussagen:

- Beobachtungen und Messungen lassen keinen Zweifel, dass sich das Klima ändert: Die globale Erwärmung und der Meeresspiegelanstieg haben sich beschleunigt, ebenso das Abschmelzen der Gletscher und Eiskappen.

- Es gilt als gesicherte Erkenntnis, dass im weltweiten Durchschnitt menschliches Handeln seit 1750 das Klima erwärmt hat.

- Je nach Emissions-Szenarien (abhängig u.a. von Annahmen zu Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum) und ohne verstärkten Klimaschutz wird die globale Erwärmung im Verlaufe des 21. Jahrhunderts 1,8 bis 4° C betragen (jeweils mittlerer Schätzwert). Generell wird die Reaktion des Klimasystems auf den menschlichen Einfluss so beschrieben: Bei einer Verdoppelung der CO₂-Konzentration steigt die globale Durchschnittstemperatur um 2 bis 4,5° C.

- Ausgehend von denselben Emissions-Szenarien wird der Meeresspiegelanstieg im Laufe des Jahrhunderts zwischen 18 bis 59 cm betragen. Bei anhaltend hoher Erwärmung in den nördlichen Breiten würde der grönländische Eisschild komplett abschmelzen und den Meeresspiegel langfristig sieben Meter steigen lassen.

Mit anderen Worten: In seinem Bericht 2007 vertritt der Weltklimarat übereinstimmend die Meinung: „Wir sind uns sicher darüber, dass die Erderwärmung menschengemacht ist.“ Industrie und Verkehr, Landwirtschaft und Haushalte setzen große Mengen Treibhausgase wie Kohlendioxid (CO₂) frei und verändern damit den Wärmehaushalt der Erdatmosphäre. Die Arktis erwärmt sich hierbei besonders stark und wird von den Experten als „Frühwarnsystem für den Klimawandel“ angesehen. Aus diesem Grund hat das IPCC in seinem oben genannten Bericht die Arktis zu einem von der globalen Erwärmung gefährdeten Gebiet erklärt. Im November 2007 fasste der Weltklimarat auf einer wegweisenden Sitzung in Valencia den umfangreichen UNO-Klimareport zu einem so genannten „Synthesereport“ zusammen. Darin hält der Weltklimarat die Folgen des Klimawandels für unumkehrbar. Selbst unter den striktesten Klimaschutzszenarien sei eine weitere Erwärmung im Laufe des 21. Jahrhunderts bereits unvermeidlich.⁹⁾ Bei den Handlungsempfehlungen spricht sich der Weltklimarat indirekt für eine Fortführung des 2012 auslaufenden Kyoto-Protokolls aus. Dieser Report diente der UNO-Klimakonferenz in Bali im Dezember 2007 als wissenschaftliche Grundlage für Entscheidungen.

Besorgte Wissenschaftler, Umweltschützer und in jüngster Zeit auch vereinzelt namhafte Politiker warnen immer eindringlicher vor den Folgen. Wenn das Packeis an Nord- und Südpol zu schmelzen beginne, so ihr apokalyptisches Szenario, würden die Weltmeere ansteigen und weite Landstriche unter Wasser setzen. Diese Szenarien beruhen nicht nur auf Modellrechnungen. Nach dem im Oktober 2007 veröffentlichten vierten Bericht des Weltklimarates¹⁰⁾ schwindet das Eis der Arktis schneller, als bisher angenommen wurde. Damit handelt es sich um die schnellste geografische Veränderung, mit

der die Menschheit je konfrontiert wurde. Denn auf globaler Ebene wird das Abschmelzen der Polkappen die Erderwärmung mit großer Wahrscheinlichkeit beschleunigen, weil die Brechung der Sonnenstrahlung abnimmt. Denn Eis reflektiert 80% der Sonnenstrahlung, vegetationsloser Boden 30% und Meerwasser 7%.

Forscher des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung (AWI) wollen diese Prognosen überprüfen. Grundlegende Fragen sind zu klären, etwa die, warum so viel Eis geschmolzen ist. Die Erwärmung der Luft erklärt nur einen Teil des Schwundes. Zudem wollen die Wissenschaftler herausfinden, ob das Meereis dünner geworden ist. Denn nur die Kenntnis der Eisdicke erlaubt es, die Menge des geschmolzenen Eises zu bestimmen. Die Arktis-Forschung gleicht einem Wettlauf gegen die Zeit, denn das Meereis beschleunigt offenbar seinen Rückgang.¹¹⁾

Aber nicht nur Wissenschaftler machen sich Gedanken über die Zukunft der Nordpolarregion, sondern auch Politiker, Ökonomen und Handelstreibende. Sie sehen in den Folgen des Klimawandels auch Vorteile:

- Öffnung der Nordost- und der Nordwestpassage für die Schifffahrt;

- Zugang zu den Gas- und Ölvorkommen, die ca. 40% der Weltreserven ausmachen sollen;

- Zugang zu reichen Fischgründen.

Doch diesen positiven Aspekten müssen die negativen Aspekte gegenübergestellt werden:

- deren gravierendster wäre kurzfristig die Störung des Golfstroms;

- ein zunehmender Schiffsverkehr, der erhebliche negative Folgen für das einzigartige Ökosystem in der Region hätte,

- und nicht zuletzt die Gefährdung der Lebensgrundlage für die Urbevölkerung.

Fazit: Sollte das arktische Eis tatsächlich schwinden, ließen sich große Erdöl- und Erdgasvorkommen leichter erschließen. Allerdings wären die globalen Auswirkungen der Polkappenschmelze katastrophal: Der Meeresspiegel würde steigen, der Golfstrom umgelenkt und das ökologische Gleichgewicht im Meer nachhaltig gestört.¹²⁾ Mit anderen Worten: Erste Opfer wären die Urvölker und die Tier- und Pflanzenwelt. Zu den Profiteuren würden die Schifffahrt und Erdölindustrie zählen.

Nordwest- und Nordostpassage

Der Traum vom nördlichen Seeweg realisiert sich

Es sind nicht die vermuteten Bodenschätze allein, die das Polargebiet so attraktiv erscheinen lassen. Hinzu kommen geostrategische Aspekte und die Hoffnung, dass der erwartete Klimawandel wenigstens die bislang schwer zugängliche Nordwestpassage für den Güterverkehr öffnen könnte. Der Traum vom nördlichen Seeweg bewegte europäische Seefahrer, Geografen und Abenteurer seit dem Ende des 15. Jahrhunderts. Viele von ihnen fanden im ewigen Eis den Tod.¹³⁾ Nun ist die Passage zeitweise frei, doch ihren Ruf als Legende wird sie nicht verlieren. Die Suche nach den nördlichen Seewegen war logisch und notwendig, denn die Strecke von Hamburg bis nach Yokohama in Japan ist um die Südspitze Afrikas, also um das Kap der Guten Hoffnung, 14.550 und durch den 1869 fertig gestellten Suezkanal gute 11.000 Seemeilen lang, durch die Nordostpassage aber nur knapp 7.000 Seemeilen. Bei der Nordwestpassage verhält es sich ähnlich.¹⁴⁾ Zu diesen Routen gibt es verschiedene Varianten, die fast nur von Eisbrechern befahren werden können. Heute fahren v.a. auf der Nordostpassage russische „Atomeisbrecher“ und halten die meist vereiste Fahrhinne offen.

Die Nordwestpassage suchten als Erste die Engländer Frobisher (1576) und Baffin (1616); auch James Cook unternahm einen Versuch, und zwar vom Beringmeer aus (1778). Aber erst Roald Amundsen¹⁵⁾ gelang es, mit drei Überwinterungen die Passage zu bezwingen (1903-06). 1944 erreichte der kanadische Polzeisergeant Larsen von Osten nach Westen in einer Navigationsperiode die Beringstraße. Die Nordwestpassage ist eine Seestraße, die im Osten in der Baffin Bay westlich Grönlands beginnt, durch die Meerengen von Lancaster und McClure verläuft und im Westen bei Victoria Island in den Arktischen Ozean mündet. Der Seeweg durch die Nordwestpassage ist im September 1969 erstmals von einem beladenen Handelsschiff bezwungen worden, allerdings nicht in der Absicht, die Westküste Amerikas der Ostküste näher zu bringen, sondern für die Erdölvorkommen in Alaska einen möglichst kurzen Transportweg zu schaffen.¹⁶⁾ Die *Manhattan*, eine 115.000 t große Kombination von Großtanker und Eisbrecher, benötigte von Chester bei Philadelphia über Thule nach der Prudhoe-Bay in Alaska kaum 14 Tage. Versuche des riesigen, speziell für diesen Zweck ausgerüsteten amerikanischen Eisbrechers *Manhattan*, die Passage für die ganzjährige Schifffahrt zu öffnen, schlugen fehl (1970).

Erstmals seit Beginn der Satellitenüberwachung der Nordpolarregion im Jahr 1978 meldete die Europäische Raumfahrt-Agentur (ESA) im September 2007, dass die Nordwestpassage zwischen Atlantik und Pazifik wegen einer Rekordschmelze eisfrei und befahrbar sei.¹⁷⁾ Die ESA veröffentlichte Fotos/Radarbilder, die vom Satelliten *Envisat* aus aufgenommen wurden.¹⁸⁾ Bis zum Jahr 2015 könnte die Nordwestpassage in den Sommermonaten dauerhaft eisfrei sein, prognostizieren die US-Marine und das kanadische Verteidigungsministerium. Die Schätzungen, wann die Nordwestpassage vollkommen eisfrei sein wird, liegen derzeit weit auseinander. Im UNO-Bericht zum Klimawandel war von 2070 die Rede, in anderen Berichten wird dies indes bereits für 2040 erwartet.¹⁹⁾

Die Suche nach der Nordostpassage eröffnete der Engländer Sir Hugh Willoughby (1553).²⁰⁾ Teilstrecken wurden in den folgenden Jahrhunderten bezwungen. 1742 erreichte der Russe Tscheljuskin von Westen aus die nach ihm benannte nördlichste Festlandspitze der Alten Welt. Ihre besondere Belebung erfuhr die Erschließung des nördlichen Seewegs aber erst, seit es dem Schweden A. E. Nordenskjöld 1878-1879 gelungen war, auf der *Vega* die nordöstliche Durchfahrt nicht nur bis zur Beringstraße zu erzwingen, sondern auch den Stillen Ozean zu erreichen.²¹⁾ Die Sowjetunion schickte 1921 insgesamt 23 Expeditionsgruppen ins Eismeer, und 1932 unternahm das „Arktische Institut“ auf dem Eisbrecher *Sibirjakow* mit Erfolg die Fahrt von der Barents-See zum Stillen Ozean. Dem Eisbrecher *Sibir* gelang es 1939, den gesamten Nördlichen Seeweg erstmalig in einer einzigen Navigationsperiode hin und zurück zu befahren. Möglich ist das auf der Grundlage der sehr intensiven, staatlich geförderten Polarforschung, der Einrichtung von Häfen, Funkstationen und Wetterwarten bei gleichzeitigem Einsatz von Eisbrechern und Flugzeugen gewesen.²²⁾ Dank entsprechender Maßnahmen gibt es seit 1945 für die sommerliche Befahrung der Passage keine größeren Schwierigkeiten. Ab 1974 fahren 25.000 t Nuklear-Eisbrecher des Typs *Artika* als Geleitschiffe.

Auch heute kommen dort, wo die Norwegensee in die Barentssee übergeht, v.a. russische Interessen ins Spiel: Die Passage zwischen Nordkap und Spitzbergen bildet den Zugang zu den Industriegebieten und Rohstofflagern Nordrusslands.²³⁾ Hier beginnt die Nordostpassage, die sich entlang der nördlichen Küste Russlands über ca. 6.000 km bis zur Beringstraße erstreckt. Die Passage ist, angesichts des Fehlens von Eisenbahnen und Straßen in Verbindung mit den großen Flüssen (Ob,

Jenissei, Lena), ein für die Erschließung Nord- und Mittelsibiriens unverzichtbares Verkehrssystem; im Übrigen stellt sie die kürzeste See Verbindung zwischen dem europäischen Westen und dem asiatischen Osten Russlands - und damit auch zwischen Westeuropa und dem Fernen Osten - dar. Darüber hinaus bildet die Passage zwischen Nordkap und Spitzbergen den wichtigsten Zugang der Russischen Föderation zu den Weltmeeren. Moskau bekundete bereits Anfang der 1990er-Jahre auf einer Konferenz in Tromsø²⁴⁾ die Bereitschaft, eine ständige Eisbrecherflotte für den Schiffsverkehr auf der „Nord-Ost-Route“ zur Verfügung zu stellen. Grundbedingung: Es müssen sich genügend Interessenten finden, damit die Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist. Die Polarregion rückt damit schlagartig auch in den Fokus kaufmännischen Interesses. Denn Russland betrachtet die Arktis nicht nur als ein gigantisches Rohstofflager, sondern auch als eine mögliche Transitstrecke, die sich kommerziell nutzen lässt. Die russische Murmansk Shipping Company baut seit Jahren ihre Flotte aus und besitzt schon jetzt so viele zivile Atomeisbrecher wie niemand sonst auf der Welt.²⁵⁾ Sollte Russlands arktische Marinestrategie gelingen, würde sich trotz Murmansk und seiner kontinentalen Weite ein weiterer Zugang zu den Weltmeeren eröffnen.

Noch hat der „Norden“ einen magischen Klang. Doch nach Meinung der Experten²⁶⁾ wird sich unsere Vorstellung vom „Norden“ grundlegend ändern. Der Mythos wird sich verlieren. In der Nordwestpassage soll ein Tiefwasserhafen für Tanker gebaut werden. Es gibt konkrete Pläne von Reedereien, Routen über den Nordpol zu erschließen. Der Nordpol, den früher kaum jemand erreichen konnte, würde dann in den Weltschiffsverkehr einbezogen.

Anrainerstaaten streiten

Die bisherigen Hoheits-, Territorial- und Seerechtskonflikte in der Nordpolarregion hatten im Wesentlichen zum Gegenstand:

- die „Nord-West- und Nord-Ost-Passage“,
- die Barentssee,
- die Beringsee,
- die „Hans-Insel“ und
- den Nordpol.

Derzeit tragen russische, US-amerikanische, kanadische, norwegische und dänische Wissenschaftler geologische Daten der Arktis zusammen, um sich ein genaueres Bild von den Bodenschätzen machen zu können. Eine Schlüsselrolle spielen dabei die Geologen. Grund dafür sind die reichen Vorkommen an Öl, Gas und Fisch. Denn wie auch vor anderen Meeresküsten liegen im arktischen Ozean die an Bodenschätzen reichen Schelfgebiete der Anrainerstaaten.

„Jede Medaille hat zwei Seiten“, sagt der Geophysiker Wladimir Trojan²⁷⁾ von der Universität St. Petersburg. Für Russland, genauso wie für die anderen Anrainerstaaten, gibt das schmelzende Meereis einen ungeheuren Schatz frei: Rohstoffe in ungeahnter Menge. Ein Viertel aller weltweit noch unentdeckten Kohlenwasserstoffe soll unter den eisigen Sedimenten des Nordmeeres lagern. Sollte dies zutreffen, liegen die wirtschaftlichen Vorteile der einzelnen Anrainerstaaten im Wesentlichen in folgenden Bereichen:

- Russland könnte seine Funktion als Energiegroßmacht weiter ausbauen;
- Norwegen könnte seine Öl- und Gasreserven auffüllen;
- Dänemark oder besser Grönland erhofft sich, dass es über die Rohstoffe auf seinem Territorium künftig selbst verfügen kann;
- Kanada erhofft sich, außer über neue Öl- und Gasfelder auch über neue Zink-, Kupfer- und Diamanten-Minen verfügen zu können;

- die USA befinden sich noch in einer Art „Warteposition“.

Derzeit lässt der US-Kongress vom Geologischen Dienst der USA eine neue Analyse erstellen. Donald Gautier ist einer der Hauptautoren der Studie.²⁸⁾ Soviel ist sicher: Die Schätzungen werden nach oben gehen. Zudem hilft neue Bohrtechnik den Industriestaaten in bislang unzugängliche Gefilde vorzudringen. Jeder Staat und jedes Unternehmen, das Öl- oder Gasvorkommen der Nordpolarregion ausbeuten möchte, sieht sich allerdings wegen der extremen Kälte zunächst einmal enormen Erschließungskosten gegenüber. Bereits Probebohrungen dürften hier ein Vielfaches dessen kosten, was sonst anfällt. Gleichwohl ist die Erschließung von Bodenschätzen in der Arktis technisch möglich. Das Problem ist, dass es bisher keine rechtlich anerkannten Grenzen gibt. Aus diesem Grund ist die entscheidende Streitfrage: Wer darf wo die arktischen Rohstoffe ausbeuten?

See- und völkerrechtliche Aspekte des Konfliktes

Die Möglichkeit, dass das nördliche Polareis bald schmelzen könnte, wirft auch eine Reihe von Rechtsfragen auf. Bis ins 20. Jahrhundert wurden die Polarregionen allgemein als Niemandsland betrachtet. Die Pole sind auch heute noch, soweit nicht von einem Staat in völkerrechtlich gültiger Weise okkupiert, „terrae nullius“. Ihre heutige Rechtslage ist jedoch durch zahlreiche politische Ansprüche umstritten. Zu den Ansprüchen und Chancen der Nordpolanrainerstaaten nahm der Seerechtsexperte Uwe Jenisch in einem Interview Stellung.²⁹⁾ Ausgehend von der Seerechtskonvention der UNO, die seit 1994 in Kraft ist und der fast alle großen seefahrenden Staaten beigetreten sind, sagte er: „In dieser Konvention ist die 200-Meilen-Zone festgelegt, die alle Küstenstaaten nutzen können. Die Staaten können demnach bis zu einem Abstand von 200 Seemeilen vor ihrer Küste die natürlichen Ressourcen wie Fische und Bodenschätze wie Erdöl und Erdgas ausschließlich nutzen. [...] Der Grundsatz dieser 200-Meilen-Wirtschaftszone hat eine große Ausnahme, den Artikel 76. Der besagt, dass die Staaten - sollte der Festlandsockel weiter als 200 Seemeilen in die Tiefsee hineinreichen und dies geologisch und wissenschaftlich nachweisbar sein - so

genannte äußere Festlandsockel beanspruchen, die dann maximal bis 350 Seemeilen seewärts reichen können. Dafür gibt es seit 1997 eine Festlandsockelgrenzkommission mit Sitz in New York. Sie muss Ansprüche auf extrabreite Festlandsockel prüfen und beurteilen.“

Es kommt nun zu diesem Wettlauf zum Pol, weil eine Frist läuft. Jeder Staat hat nach der Ratifizierung der UNO-Seerechtskonvention zehn Jahre Zeit, seine jeweilige Festlandsockelaußengrenze zu beantragen. Für die Russische Föderation gibt es ein Zeitfenster bis zum Mai 2009 (für Kanada 2013, für Dänemark 2014). Sie hat als erster Staat 2001 bei der UNO ihre arktischen Festlandsockelanprüche geltend gemacht. Die anderen Staaten sind nachgezogen. Seit 2006 gibt es einen norwegischen Antrag. Aber auch die anderen Anliegerstaaten werden Ansprüche stellen. Wenn es Streit gibt, können als letzte Instanz der Internationale Seegerichtshof in Hamburg sowie die Internationale Meeresbodenbehörde in Kingston/Jamaika angerufen werden. Letztere soll die Nutzung des Tiefseebodens, auch der Arktis, verwalten und dabei die Interessen aller Staaten berücksichtigen.³⁰⁾

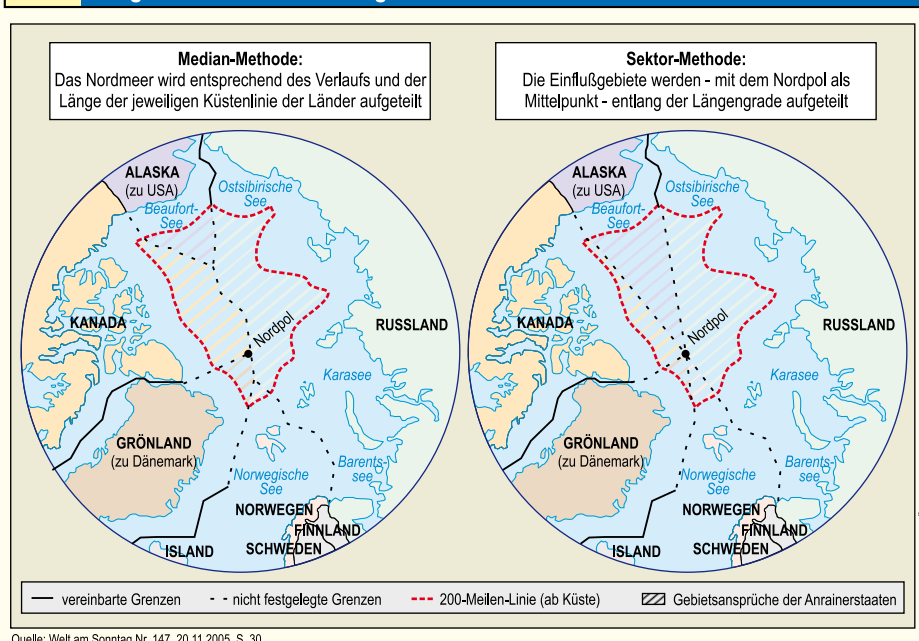
Der Streit um den „Lomonossow-Rücken“

Eine weitere wichtige Frage, die Geologen und Völkerrechtler zu beantworten haben, lautet: Wie ist die exakte geologische Lage des Lomonossow-Rückens und wie ist sie völkerrechtlich zu beurteilen? Seit der bekannte Polarforscher und Duma-Abgeordnete Arthur Tschilingarow Anfang August 2007 mit einer spektakulären U-Boot-Tauchfahrt die russische Nationalflagge auf dem Meeresgrund am Nordpol hinterlassen hat, sind die anderen Arktisanrainer beunruhigt.³¹⁾ Völkerrechtlich war die Aktion zwar wirkungslos, dafür politisch außerordentlich symbolträchtig. Die rasant aufsteigende Rohstoffsupermacht Russische Föderation demonstrierte mit dieser Aktion ihren Besitzanspruch auf einen 1,2 Millionen Quadratkilometer großen Teil des Meeres. Weite Teile davon beanspruchen aber auch Kanada, die USA, Norwegen und v.a. Dänemark als Noch-Souverän über Grönland. Russlands Anspruch ist allerdings nur dann begründet, wenn sich herausstellen sollte, dass das Gebiet Teil des russischen Festlandsockels ist.

Zu den Fakten: Das Nordpolarmeer besteht aus zwei Tiefsee-

becken. Diese beiden Tiefseegebiete werden durch den Lomonossow-Rücken voneinander getrennt, einen unterseeischen Gebirgszug, der sich auf einer Länge von 1.800 km von Grönland aus unter dem Nordpol bis zu den Neusibirischen Inseln erstreckt. Der Rücken, der eine Breite zwischen 60 km und 200 km hat, ragt mehr als 3.500 m über den Boden der Tiefsee heraus, ohne jedoch irgendwo die Wasseroberfläche zu erreichen. Er gilt als besonders rohstoffreich und wurde im Jahre 1948 von einer sowjetischen Expedition entdeckt. Er ist einer von drei weitgehend parallel verlaufenden Gebirgsrücken, die sich am Boden des Nordpolarmeres erstrecken.³²⁾ Über die Entstehungsgeschichte des Lomonossow-Rückens diskutieren die Meeresgeologen seit mehr als vierzig Jahren, ohne zu einem klaren Ergebnis gekommen zu sein.³³⁾ Jeder Anrainerstaat des Arktischen Ozeans,

Abb. 2 Mögliche sektorale Teilung der Arktis nach der Median- und Sektor-Methode



der Anspruch auf das Meer und die unter seinem Boden vermuteten Lagerstätten erhebt, muss demnach eine geologische Verbindung zwischen dem Ozean und seinem Festland nachweisen. Weil sich der Lomonossow-Rücken durch das gesamte arktische Becken zieht, versuchen sowohl die Russische Föderation als auch Dänemark und Kanada nachzuweisen, dass „ihr“ Ende des Rückens geologisch eine Fortsetzung des jeweiligen Kontinentalsockels ist. Mit anderen Worten: Der Kontinentalsockel unter dem Meer muss mit dem eigenen Festland eine „geologische Einheit“ bilden.

Zur langfristigen Beilegung des Streits besteht die Wahrscheinlichkeit, dass der Internationale Seegerichtshof außer der völkerrechtlichen Zugehörigkeit des Lomonossow-Rückens auch den Streit um das arktische Eismeer entscheiden muss.³⁴⁾ Denn der Tiefseeboden gehört zum so genannten gemeinsamen Erbe der Menschheit. Tiefseebergbau ist nur mit Genehmigung und unter Kontrolle der Meeresbodenbehörde erlaubt. Würde etwa die Russische Föderation oder ein anderer Staat über seinen Festlandsockel hinaus dort auf dem Meeresboden tätig werden, könnte jeder Staat dagegen vor dem Internationalen Seegerichtshof klagen.

Bilanz und Perspektiven

Der Klimawandel ist die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Von den zahlreichen Gutachten und Stellungnahmen lässt insbesondere der Abschlussbericht des Weltklimarates vom November 2007 wenig Zweifel an der Bedrohung durch die globale Erwärmung. Die Folgen des Klimawandels haben das nördliche Polargebiet mit Rasanzen zu einem geopolitischen Aktionsfeld gemacht, das bei den Anrainern der Arktis zahlreiche Begehrlichkeiten ausgelöst hat.

Die ersten Wettläufe um den Pol - in der Arktis wie der Antarktis - fanden vor rund 100 Jahren statt. V.a. norwegische, britische und US-amerikanische Entdecker und Forscher waren daran beteiligt. Heute erleben wir - auch infolge des Klimawandels - den zweiten Wettlauf um die Region rund um den Nordpol. Aber diesmal geht es nicht nur um nationalen und wissenschaftlichen Ruhm, sondern um harte ökonomische Interessen. Aus der Peripherie ist die Arktis in den Fokus globaler Aufmerksamkeit gerückt. Der Wettlauf um Öl und Gas im Nordmeer zeigt, warum Klima, Energie und Sicherheit zu zentralen Themen vorausschauender Außenpolitik geworden sind.⁷⁴⁾

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben die fünf Anrainer - Dänemark, Kanada, Norwegen, die Russische Föderation und die USA - ein Netzwerk von internationalen Organisationen und Gremien aufgebaut, in denen sich Minister, Diplomaten und Beamte regelmäßig treffen. Außerdem scheinen sie bereit zu sein, Streit um ihre Besitzansprüche in einem internationalen Schiedsverfahren beizulegen, wie es die UNO-Seerechtskonvention vorsieht. Das belegen auch die aktuellen Forschungsreisen, deren Zweck es ist, Argumente für dieses Schiedsverfahren zu sammeln.⁷⁵⁾ Es existieren vier spezifische Organisationen, die über arktische Umweltbelange und über Fragen der Festlandsockel und Bodenschätze beraten bzw. entscheiden:

- der Arktische Rat - *arctic council* - mit seinem Sitz in Kopenhagen,

- die Festlandsockelgrenzkommission (FSGK) - *commission on the limits of the continental shelf* - mit Sitz in New York (das zentrale Gremium für die Bestimmung von Festlandsockelgrenzen der arktischen Anrainerstaaten),

- die Internationale Meeresbodenbehörde (IMBB) - *international seabed authority* - mit Sitz in Kingston, Jamaika (zuständig für die Ausbeutung von Bodenschätzen auf dem Meeresboden jenseits des Festlandsockels und damit insoweit auch für den arktischen Meeresboden),

- der Internationale Seegerichtshof in Hamburg (ISGH) - *international tribunal for the law of the sea*.

Um den gegenwärtigen Streit zu entschärfen, hat Dänemark die Anrainerstaaten der Arktis zu einem „Gipfeltreffen“ eingeladen. Das Treffen soll vom 27. bis zum 29. Mai 2008 in Ilulissat im Westen Grönlands stattfinden. Denn aufgrund des Klimawandels und der Folgen ist die Arktis zu einer potenziellen Konfliktzone geworden. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Vgl. Bernhard Mackowiak: Das Internationale Polarjahr. In: Welt am Sonntag, Nr. 9, 4.3.2007, S.73.
- 2) Vgl. Die Arktis schmilzt. Menschenrechtsreport Nr. 44 der Gesellschaft für bedrohte Völker, Dezember 2006, S.24.
- 3) Vgl. Völkerbund. Human-Arktis-Projekt. In: FAZ, Nr. 218, 19.9.2007, S.N 1.
- 4) Vgl. Florian Seiler: Die Pol-Position. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 44, 22.2.2007, S.42.
- 5) Vgl. dpa „Text-Meldung“. In: Kölner Stadt-Anzeiger, Nr. 179, 4.8.2007, S.5.
- 6) Die Überwiegend englischsprachige Arktis-Diskussion begann Anfang der 1980er-Jahre. Vgl. Lincoln P. Bloomfield. The Arctic: Last Unmanaged Frontier. In: Foreign Affairs, Bd. 60, 1981/82, S.87-105.
- 7) Vgl. Rekordschmelze am Nordpol. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 184, 11.8.2007, S.20.
- 8) Vgl. Schwund am Pol. Arktis könnte früher eisfrei sein als gedacht? In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 101, 3.5.2007, S.20.
- 9) Vgl. Weltklimarat hält Klimawandel für nicht umkehrbar. In: Die Welt, 15.11.2007, S.31.
- 10) Vgl. Weltklimarat verschärft Warnung vor Klimawandel. In: Die Presse, 15.10.2007, S.7.
- 11) Vgl. Welche Rätsel in Arktis und Antarktis auf die Forschung warten. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 50, 1.3.2007, S.18.
- 12) Vgl. Wenn die Pole schmelzen. In: Atlas der Globalisierung. Le Monde diplomatique, 2. Aufl., Berlin 2006, S.10.
- 13) Vgl. Helfried Weyer: Nordwest- und Nordostpassage. Hamburg 2006.
- 14) Vgl. Helfried Weyer, a.a.O., S.172.
- 15) Vgl. Tor Bomann-Larsen: Amundsen: Bezwingen beider Pole. Oslo 1995 (dtsh. Ausgabe Hamburg 2007).
- 16) Vgl. Martin Schwind: Allgemeine Staatengeographie. Berlin 1972, S.19.
- 17) Vgl. Gerd Braune: Eisschmelze macht erstmals Wasserweg durch die Arktis frei. In: Handelsblatt, Nr. 179, 17.9.2007, S.9.
- 18) Vgl. „Die Nordwestpassage ist eisfrei“. In: Die Welt, 17.9.2007, S.1.
- 19) Vgl. „Geburt eines neuen Mittelmeeres“. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 218, 21.9.2007, S.15.
- 20) Vgl. Weltmeere und Polargebiete. Dtv-Perthes Weltatlas. Bd. 14, München 1980.
- 21) Vgl. A. E Nordenskjöld: Die Umseglung Asiens und Europas auf der „Vega“. Leipzig 1882.
- 22) Vgl. Martin Schwind: Allgemeine Staatengeographie. Berlin 1972, S.15ff.
- 23) Vgl. Falk Bomsdorf: Sicherheit im Norden Europas. Die Sicherheitspolitik der fünf-nordischen Staaten und die Nordeuropapolitik der Sowjetunion. Baden-Baden 1989, S.19.
- 24) Vgl. G. Graffenberger: Seeweg nach Japan kürzer und billiger. In: Die Welt, 16.10.92, S.5.
- 25) Vgl. Steffen Fründt: Güterstrom durch dünnes Eis. In: Welt am Sonntag, Nr. 38, 23.9.2007, S.32.
- 26) Vgl. statt vieler Arved Fuchs. In: FAZ, Nr. 29, 3.2.2007, S.Z6.
- 27) Vgl. Wem gehört der Nordpol? In: Der Spiegel, Nr. 34, 20.8.2007, S.137/138.
- 28) Vgl. Der Spiegel, Nr. 34, 20.8.2007, S.138.
- 29) Vgl. Die Welt, 21.8.2007, S.5.
- 30) Vgl. Reinhard Müller: Der Internationale Seegerichtshof. In: FAZ, Nr. 183, 9.8.2007, S.10.
- 31) Vgl. Der Spiegel, Nr. 34, 20.8.2007, S.138.
- 32) Vgl. Horst Rademacher: Die Arktis weckt Begehrlichkeiten. In: FAZ, Nr. 189, 16.8.2007, S.30.
- 33) Ebenda.
- 34) Vgl. Kanada und Dänemark im arktischen Streit. In: NZZ, Nr. 178, 3.8.2005, S.5.

Dr. disc. pol. Heinz Brill

Geb. 1940; Wissenschaftlicher Direktor a. D.; zuletzt stellvertr. Fachbereichsleiter für Sicherheitspolitik im Zentralen Forschungs- und Studienbereich des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr.

Nikolai Kondratjew und die Zukunft der Konflikte in der Weltgesellschaft

Bewertung eines Neuansatzes des „NATO Institute for Advanced Studies“

Arno Tausch

Sollte Samuel Huntingtons düstere Prognose über die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges die einzige realistische alternative Prognose zur liberalen Hoffnung Francis Fukuyamas vom Ende der Geschichte sein? Das *NATO Institute for Advanced Studies* brachte unlängst unter Herausgabe von Professor Tassaleno Devezas, Covilha, Portugal, einen Sammelband mit dem Titel „Kondratieff Waves, Warfare and World Security“

tembedingtheit des Großmachtkonflikts eine brisante Aktualität und kann neben Huntington als Erklärung dafür dienen, warum die Welt seit dem Fall des Eisernen Vorhangs eben nicht wirklich friedlicher geworden ist.

NATO und die Wiederentdeckung Kondratjews

Auf den ersten Blick mag es doch etwas seltsam erscheinen, wenn die NATO gemeinsam mit der *Russian Academy of Public Administration under the President of the R.F.* ein Symposium über „Kondratieff Waves, Warfare and World Security“ veranstaltete, das das Erbe Nikolai Kondratjews für die heutige Sicherheitspolitik bewertete, während der Name Nikolai Kondratjew für viele Jahrzehnte v.a. unorthodoxen Marxisten ein Begriff war und sowohl weite Strecken der etablierten Volkswirtschaftslehre des Westens als auch die kommunistische Ideologie des Ostens die Bedeutung dieses russischen Statistikers, der von 1892 bis 1938 lebte und ein Opfer des GULAG wurde, sehr gering schätzten.

Die heute nach Kondratjew benannte Gesetzmäßigkeit der marktwirtschaftlichen Entwicklung, die durch den Altösterreicher Joseph Alois Schumpeter popularisiert wurde, besagt streng genommen, dass - ausgehend von der Bewegung der Großhandelspreise - der Konjunkturverlauf neben den kurzfristigeren Schwankungen auch langfristigen, ca. 50 Jahre andauernden Wellen gehorcht.

Forschungen über den Zusammenhang von Weltkonjunktur und Kriegen sowie ein etwaiges starkes Auf und Ab von Frieden und Wohlergehen sind, streng genommen, ein ähnlich beunruhigender Erkenntnisstoff wie auch die Thesen über den „Zusammenprall der Kulturen“ nach dem Ende des „Kalten Krieges“. Während aber Huntington die Öffentlichkeit des Westens mit ihrem Glauben an die liberale Vision vom „Ende der Geschichte“ Fukuyamas mit der allseits bekannten These des Heraufdämmerns eines Konfliktpotenzials, das entlang der religiös-kulturellen Langzeitgrenzen des Westens aufbricht, und den Siegestaumel über den Fall der Mauer schockierte, geht die durch Kondratjew und seine Schule ausgehende „Bedrohung“ des neo-liberalen Sieg-Konsenses des Jahres 1989 viel tiefer in das Zentrum des Funktionierens der Marktwirtschaften selbst und besagt, dass letztlich weltwirtschaftliche Krisen wie 1929 ebenso wiederholbar und vorstellbar sind wie auch das Heraufbrechen starker, weltumspannender Konflikte zwischen globalen Führungsmächten und ihren Herausforderern, wie seinerzeit im Dreißigjährigen Krieg, in den Napoleonischen Kriegen und im „langen Weltkrieg des 20. Jahrhunderts“ (Immanuel Wallerstein) von 1914 bis 1945. Schlimmer noch für Amerika: Hegemonien gehen zu Ende, und das Schwinden der Hegemonien scheint, so die Schüler Kondratjews, mit dem langfristigen Auf und Ab der Weltkonjunktur auf das Tiefste verknüpft zu sein.

Anders als Huntington ist diese Denkschule auch darum bemüht, mit fortgeschrittenen Methoden der Wirtschaftsforschung




Bild nur im Heft verfügbar

Der Russe Nikolai Dmitriyewitsch Kondratjew (1892-1938) gilt als Begründer der „Theorie der langen Wellen“. Da aber seine These, wonach sich die Marktwirtschaft nach einer Depression wieder erholen würde, nicht zur sowjetisch-kommunistischen Ideologie passte, wurde er am 17. September 1938 hingerichtet.

Volume 5 der *Security through Sciences Series* der NATO heraus, der die vom US-Politologen Joshua Goldstein gestellte Frage der Unabänderlichkeit des Verhältnisses von langen Zyklen in Ökonomie und Weltpolitik neu aufrollt. Sind harte Großmachtkonflikte systembedingter Teil der Struktur des internationalen Systems? Unabhängig von den Ideologien? Mit dem Erstarken Chinas und dem Wiedererstarken Russlands erhält die Hypothese der Sys-

und quantitativen Politikwissenschaft im Sinne der herrschenden Popper'schen Methodenlehre ihre Aussagen quantitativ zu belegen.

Wie in diesem Beitrag zu zeigen sein wird, dürfte mit dem gemeinsamen Seminar der NATO und der russischen Verwaltungsakademie und der nun vorliegenden NATO-Buchpublikation die Befassung seitens der strategischen Analyse-Institute in den westlichen Staaten mit dem Erbe Kondratjews nicht mehr aufzuhalten sein.

Die aktuelle Schwäche des USD, der Höhenflug des Goldes, das offensichtliche Scheitern der US-Armee, den Irak und Afghanistan rasch befrieden zu können, der lange Aufstieg Chinas zur zweiten globalen Wirtschafts- und Militärmacht sowie das Wiedererstarken eines wieder zentralistischer gelenkten Russlands sind allesamt der Stoff dafür, weshalb der „Ausflug“ des *NATO Institute for Advanced Studies* in die Welt der langfristigen Konjunktur- und Weltpolitikprognose nicht allein bleiben dürfte und die Fachwelt zu neuen Studien zu diesem komplexen Thema motivieren wird.

Die Thesen von den langen Zyklen der Weltökonomie

Seit vielen Jahren diskutiert die Sozialwissenschaft also das Auf und Ab der Weltökonomie und Weltpolitik in „langen Wellen“. Das aktive Interesse der strategischen Planung der Sicherheitsapparate an diesen „langen Wellen“ ist aber erst jüngerer Datums. Waren es im ausgehenden 19. Jahrhundert v.a. marxistische Ökonomen, die von der Idee fasziniert waren, die ursprünglich schon bei Karl Marx formulierten Thesen von langfristigen, immer stärker werdenden Schwankungen im Wirtschaftsablauf der Marktwirtschaften zu belegen, haben im 20. Jahrhundert einige akademische Ökonomen des „Mainstreams“ der neo-klassisch und keynesianisch geprägten Volkswirtschaftslehre diese Ideen aufgegriffen.

Ein erster Blick auf die Datenreihe der wirtschaftlichen Schwankungen im 19. und 20. Jahrhundert belegt bereits, welch faszinierendes „Geschäft“ die langfristige Prognose selbst nur im wirtschaftlichen Bereich sein kann. Die starken Auf- und Ab-Bewegungen im 19. Jahrhundert, und die „lange Talfahrt“ der Weltwirtschaft am Vorabend der „Großen Depression“ sind der Stoff, warum mar-

xistische Ökonomen wie Otto Bauer, Rudolf Hilferding und Rosa Luxemburg dazu geneigt waren, ihre These vom „tendenziellen Fall der Profitrate“, bedingt durch die wachsende Technisierung der Produktion („organische Zusammensetzung des Kapitals“), sowie die langfristig durch den hohen Organisationsgrad der Arbeiterschaft in den Industrienationen nicht steigbaren „Mehrwertrate“ bestätigt und längere Zyklen in der Marktwirtschaft am Werke zu sehen.

Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts, die Zerstörungen und der Wiederaufbau vergrößerten sogar noch die ab ca. 1900 zu beobachtenden starken Schwankungen, und erst ab den 1950er-Jahren schien es zumindest für zwei Dekaden, dass ein störungsfreieres Wachstum in der Weltwirtschaft möglich wäre.

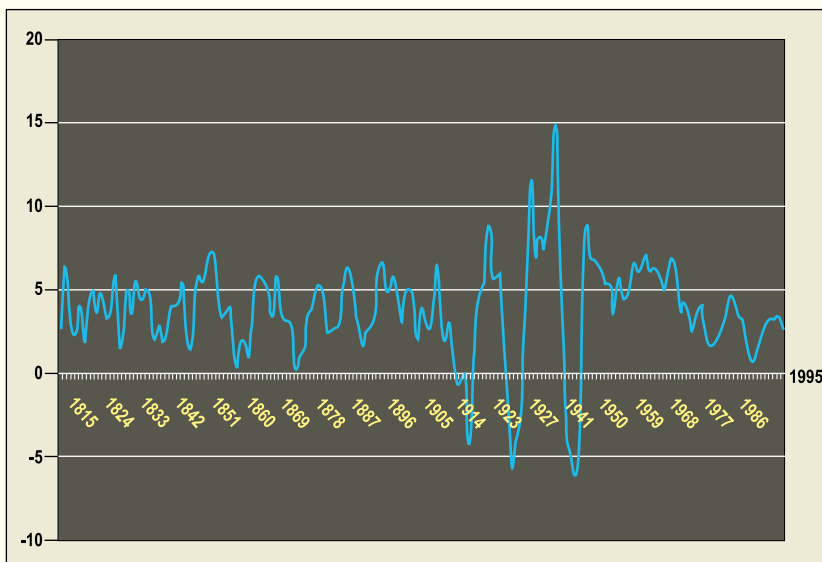
Nach dem Ersten Weltkrieg war es zunächst William Henry Lord Beveridge, ein britischer Mitstreiter von Lord Keynes bei der Idee eines sozialen Wohlfahrtsstaates, der in verschiedenen statistischen Untersuchungen über Produktions- und Preisschwankungen vergangener Epochen auf die Aktualität der „langen Zyklen“ hinwies. Pragmatikern wie Keynes und Beveridge war es herzlich egal, ob eine empirisch richtige Idee ursprünglich von Marxisten geprägt wurde - Hauptsache, der liberale Staat findet Mittel und Wege, um den krisenhaften Entwicklungen entgegensteuern zu können.

In der seither stattfindenden ökonomischen Theorienbildung wird die Diskussion um die langen Wellen der Konjunktur aber wohl immer mit den Namen Nikolai D. Kondratjew und Joseph Alois Schumpeter verbunden bleiben. Wiewohl der Altösterreicher und spätere Harvard-Professor Joseph Alois Schumpeter 1939 deutlich auf die Wichtigkeit der im Jahr 1926 erstmals im Westen publizierten Kondratjew'schen Entdeckungen hinwies, blieb es um Nikolai Kondratjew lange Jahre, bis zum Wachstumseinbruch in der „Erdölkrise“ des Jahres 1973, still. Kondratjew hatte mit seinem Artikel in der bis 1933 in Berlin redigierten und in Tübingen erscheinenden, damals weltweit führenden wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschrift im „Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik“ seine bahnbrechenden Thesen in der westlichen Welt präsentiert. Der hoch angesehene Ökonom Schumpeter hatte sich im Redaktionskollegium des „Archivs“ besonders stark für die Publikation von Kondratjews Artikel gemacht und später auch immer wieder daraus zitiert.

Kondratjew veröffentlichte den genannten Aufsatz unter dem Titel „Die langen Wellen der Konjunktur“. Hierin stellte er anhand empirischen Materials aus Deutschland, Frankreich, England und den USA fest, dass die kurzen Konjunkturzyklen von langen Konjunkturwellen überlagert werden. Diese 40 bis 60 Jahre dauernden langen Wellen bestehen, so Kondratjew, aus einer länger andauernden Aufstiegsphase und einer etwas kürzeren Abstiegsphase. Die Talsohle werde durchschnittlich nach 52 Jahren durchschritten. Kondratjew konnte zu diesem Zeitpunkt zweieinhalb solcher langer Wellen feststellen, wobei er davon ausging, dass sich die dritte Welle Ende der 20er-Jahre des 20. Jahrhunderts ihrem Ende zuneigen würde, was sich mit der verheerenden Weltwirtschaftskrise von 1929 bewahrheitete. So ging Kondratjews Aufsatz auch in die Geschichte der Sozialwissenschaften als eine Prognose ein, deren Wahrheitsgehalt sich dramatisch bestätigte.

Abb. 1

Wachstumsraten der weltweiten Industrieproduktion ab Ende der napoleonischen Kriege bis heute (in %)



Quellen: Berechnungen des Autors, kombiniert mit Datenreihen von Joshua Goldstein (Yale University Press, 1740 - 1974) und Tetsuo Yamada (Statistical Department, UNIDO, Vienna, 1975 bis 2004), 9-jährige, gleitende Durchschnitte

Gestaltung: Redaktion ÖMZ/Peter Lutz

Die Ursache für die langen Wellen sah Kondratjew in den Gesetzesmäßigkeiten des „Kapitalismus“, während neue Techniken nicht Ursachen, sondern Folgen der langen Wellen seien. Schumpeter prägte dann 1939 in seinem Werk über die Konjunkturzyklen für diese langen Konjunkturwellen den Begriff der „Kondratjew-Zyklen“.

Eine tiefe Tragik umgibt das Leben dieses großen russischen Statistikers und Ökonomen. Geboren am 4. oder 17. März 1892 in Golujewskaja im Gouvernement Kostroma, wurde er am 17. September 1938 Opfer des Gulag. Als Gründer und Direktor des Konjunkturinstituts in Moskau war Kondratjew an der Ausarbeitung des ersten Fünfjahresplans in der Sowjetunion beteiligt. Vorher war er in der Kerenskij-Regierung Vize-Ernährungsminister. Kondratjews These, wonach die Marktwirtschaft nicht zum baldigen Untergang verurteilt sei, sondern sich in der Aufschwungphase nach einer großen Depression wieder erholen werde, erregte den Zorn der damaligen politischen Eliten der UdSSR und insbesondere von Joseph Stalin. Der heutige Stand der historischen Forschung ist so weit, zu bezeugen, dass sogar Stalin persönlich einen Brief an Außenminister Molotow schrieb, in dem er - wegen der internationalen Reputation Kondratjews besorgt - trotzdem die Exekution Kondratjews anordnet. Das sowjetische Justizsystem hat zunächst acht Jahre Gefängnis für Kondratjew parat. 1932 wird er zum ersten Mal verurteilt, und er verbüßt seine Haftstrafe in der Nähe Moskaus. Noch im Gefängnis gelingt es ihm, einige Manuskripte abzuschließen und seine statistischen Berechnungen weiterzuführen.

Sein letzter Brief aus der Haft an seine Tochter Elena Kondratjewa ist mit 31. August 1938 datiert. Er wird erneut, diesmal zum Tode, verurteilt und durch ein Erschießungskommando am 17. September 1938 hingerichtet.

Kondratjews Analyse befasste sich mit den Schwankungen der Großhandelspreise und der Zinssätze, Löhne, Produktion und des Außenhandels in den USA, GB, Deutschland und Frankreich. Später analysierte er auch die Schwankungen in der Kohleproduktion, bei Roheisen und Blei. Er „filterte“ die kurzfristigen Schwankungen mit neunjährigen gleitenden Durchschnitten heraus und legte dann über die geglätteten Datenreihen mit der Hand berechnete Polynome höheren Grades über die Datenreihen.

In der Boom-Periode der Nachkriegszeit gerieten Kondratjews auch im Westen beunruhigende Erkenntnisse weitgehend in Vergessenheit. Noch 1982 bezeichnete der keynesianische Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Samuelson, von der Stabilität der Nachkriegsentwicklung überzeugt, Kondratjews Ideen als Science-Fiction.¹⁾ Wiewohl es auch in wichtigen Segmenten der akademischen Volkswirtschaftslehre Stimmen gab wie die der Nobelpreisträger Simon Kuznets, Ragnar Frisch und Jan Tinbergen, die am Ernst der Fragestellung von Kondratjew festhielten, war es doch erst die Erdölkrise des Jahres 1973, die das Interesse an den Arbeiten von Kondratjew erneut erweckte. Mit dem Boom der Clinton-Jahre wurde es erneut still um das theoretische Vermächtnis dieses russischen Gelehrten, während heute Dollarschwäche, ein Hoch des Goldpreises, ein Anstieg der Energiekosten etc. das Interesse an Kondratjews Arbeiten

wieder erwachen lassen. Offensichtlich ist der lange, unter Präsident Clinton begonnene Boom in Amerika nicht mehr aufrechtzuerhalten, und offensichtlich steht Amerika und im weiteren Sinne die Weltwirtschaft vor einer Phase langsamerer Wachstumsraten (die so genannte „B-Phase“ der Kondratjew'schen Welle).

Die Wiederentdeckung Kondratjews

V.a. die auf der Basis von Simulationsmodellen berechneten Abläufe der langfristigen Entwicklung der US-Wirtschaft im Rahmen des weltbekannten Forschungsprojekts des „Club of Rome“- „Die Grenzen des Wachstums“ stießen den damaligen Projektleiter und MIT-Professor Jay William Forrester auf die „Logik“ 50-jähriger Schwankungen in der Wirtschaft.



Von 14. bis 18. Februar 2005 fand an der Universität Beira Interior in Portugal ein Symposium mit dem Titel „Kondratieff Waves, Warfare and World Security“ statt (Bild), das gemeinsam vom *NATO Institute for Advanced Studies* mit der *Russian Academy of Public Administration (RAPA)* veranstaltet wurde. Inhalt war die Relevanz der Kondratjew'schen Theorie für die heutige Sicherheitspolitik.

Amerikas akademische und bürokratische Welt wäre nicht Amerika, hätten diese beunruhigenden Entdeckungen - oder besser gesagt Wiederentdeckungen - nicht auf den verschiedensten Ebenen zu einer wirklich systematischen Neubewertung der Wirtschaft und Politik der letzten Jahrhunderte und der Implikationen aus diesen Tendenzen für die globale Führungsmacht Amerika geführt. Pragmatisch, wie die akademische und auch sicherheitspolitische Welt ausgerichtet ist, war es unerheblich, dass Jahre und Jahrzehnte davor außer einigen Ökonomen v.a. Trotzisten wie Ernest Mandel sich mit dem Phänomen „Kondratjew“ auseinandersetzen.

Bibliografisch der erste offene Verweis, dass sich Amerikas „Intelligence Community“ tatsächlich aktiv mit Nikolai Kondratjew zu beschäftigen begann, war zweifelsohne die Arbeit von Pascal Levy-Ehud „An analysis of the cyclical dynamics of industrialized countries“, die völlig frei als Publikation erhältlich war, zunächst in der Ausgabe des *Central Intelligence Agency, Directorate of Intelligence, Office of Political Research*, 1976, und später auch 1978.

Auch im Rahmen der IIASA begann in den 1970er-Jahren das Interesse an den „langen Wellen“. Die Systemforscher Cesare Marchetti und Tessaleno Devezas, der als Professor an der Universidade de Beira Interior in Portugal engen Kontakt mit dem *NATO Institute*

for *Advanced Studies* hält, analysierten Hunderte von langen Datenreihen, insbesondere im Bereich Produktion und Energie, die allesamt die Kondratjew'schen Thesen bestätigten. George Modelskis Thesen, die den engen Zusammenhang zwischen Weltmacht, Großmachtprojektionen und Marinemacht belegten, erschienen in einer ersten Fassung unter dem Titel „World power concentrations: typology, data, explanatory framework“²⁾ Insbesondere der *U.S. Navy* in den USA nahe stehende Forscher interessieren sich seither für die von Modelski propagierten Thesen über den Konnex von Marinemacht, weltpolitischer Hegemonie und Wirtschaftszyklen.

Bild nur im Heft verfügbar

Am 27. Dezember 1979 besetzten sowjetische Truppen die afghanische Hauptstadt Kabul (Bild: Truppen der sowjetischen Armee kurz nach dem Einmarsch). Die USA reagierten mit einem Getreide- und Technologieembargo gegen die UdSSR, wodurch es dort zu Engpässen in der Nahrungsvorsorgung kam.

Auch die östliche Partnerseite in der IIASA begann sich für die langen Wellen zu interessieren, wie etwa die Publikation „The long-wave debate: selected papers from an IIASA (*International Institute for Applied Systems Analysis*)“.³⁾

Mit dem Ende des sehr langen wirtschaftlichen Nachkriegsbooms und dem Vietnamkrieg wuchs in der amerikanischen Politikwissenschaft auch das Interesse an den politischen Zyklen von Krieg und Frieden im internationalen System. Wegen des leider zu beobachtenden gewissen Schattendaseins dieser Forschungsrichtung in der deutschsprachigen Politikwissenschaft seien hier zunächst wesentliche Entwicklungen im Überblick skizziert, die erst den Neuanfang des *NATO Institute for Advanced Studies* wirklich verständlich machen.

Kriegszyklen quantitativ messen

Die Arbeiten der Politikwissenschaftler Jack Levy, Joel David Singer und Melvin Small, die auf zahlreichen mathematisch-statistischen Vorarbeiten des US-Politologen Quincy Wright, des russisch-amerikanischen Soziologen Pitirim Alexandrowitsch Sorokin und des britischen Mathematikers, Pazifisten und Quäkers Lewis Fry Richardson basierten, waren bei der quantitativen Forschung über die Bedingungen und Konsequenzen von Kriegen ein erster Meilenstein. Bis ins 15. Jahrhundert hinein wurden die historischen Aufzeichnungen über die Kriege systematisiert und quantifiziert. Ein eigenes, ab 1963 an der University of Michigan initiiertes und noch heute bestehendes Großprojekt der empirischen US-amerikanischen Politikwissenschaft, das *Correlates of War*-Projekt (COW), stellt sich

dabei die Frage, welche Bedingungen der Verfasstheit von Staaten und internationalen Beziehungsmustern dem Krieg förderlich waren, und welche dem Frieden. Wichtige Fachzeitschriften wie „*Journal of Peace Research*“, „*Journal of Conflict Resolution*“ und „*International Security*“ berichten immer wieder von den Ergebnissen der Forscher, die sich dem quantitativ-vergleichenden Ansatz in der Friedens- und Konfliktforschung verpflichtet fühlen und sich auf die Daten des COW-Projektes und der von ihm inspirierten Folgeprojekte, u.a. auch in Skandinavien, berufen.

Mit dem ab den späten 1950er-Jahren einsetzenden Trend, nationale, aggregierte statistische Daten über alle Staaten der Erde zu sammeln, verfügte ab diesem Zeitpunkt die Politikwissenschaft darüber hinaus auch über solide Daten für das Anstellen von Berechnungen, welche Bedingungen letztlich zu Krieg, Interventionen und Rüstungsprozessen führten und wie diese wiederum die nationale Entwicklung beeinflussten. Wichtige Arbeiten hierzu waren das *Dimension of Nations* (DON) - Projekt unter der Leitung von Rudolph Rummel an der University of Hawaii und die Datensammlungen des „*World Handbook of Political and Social Indicators*“, eines Projekts des *World Data Analysis Program* an der Yale University (ab 1963).⁴⁾ Mit all diesen statistischen Daten über die Entwicklung der Kriege, die mit der neueren, v.a. durch Jay William Forrester initiierten Forschung über die Kondratjew'schen Wirtschaftszyklen einhergingen, war es nur eine Frage der Zeit, bis in der Forschung die Frage gestellt wurde, die streng genommen bereits durch den schwedischen, an der Universität Lund tätigen Ökonomen

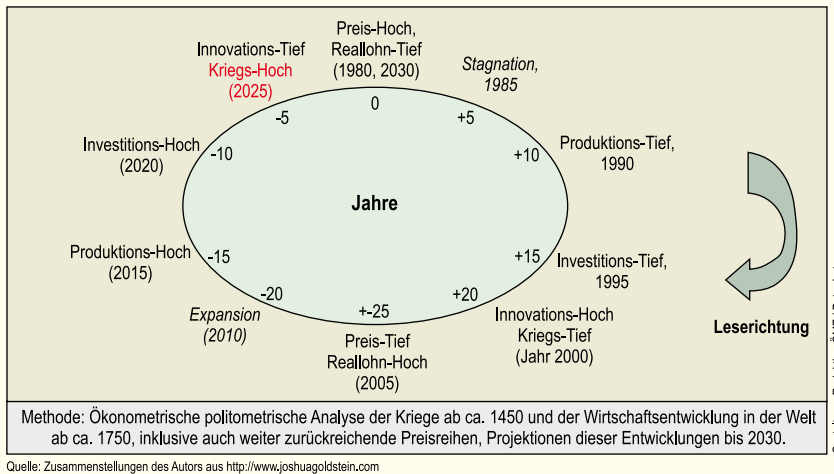
Johan Henryk Åkerman, 1896-1982, in seinem 1932 bei Macmillan in London erschienenen Werk „*Economic Progress and Economic Crises*“ aufgenommen wurde: Welche Beziehung besteht zwischen dem wirtschaftlichen Zyklus und dem Auf und Ab der Kriege?

In der amerikanischen Politikwissenschaft war es dann v.a. die PhD-Thesis an der Abteilung Politikwissenschaft in Yale von Joshua Goldstein, die den empirischen Durchbruch in der von Åkerman initiierten Forschung bedeutete. Welche Beziehung besteht tatsächlich zwischen der „Wirtschaftskonjunktur“ und der „Kriegskonjunktur“? Im Gegensatz zu den bisherigen vagen Vermutungen stützte Goldstein seine Arbeit auf die massive, ökonometrische und politometrische Datenanalyse über die Bewegungen von Preisen und Produktion sowie auf das Auf und Ab der Kriege im internationalen System ab 1495. Die genaue Beachtung der statistischen Methodenlehre, die Verwendung sehr aufwendiger Testverfahren sowie die noch nie da gewesene Zusammenschau der empirischen Evidenz machen Goldsteins 1988 bei Yale University Press erschienene Arbeit zu einer ähnlich wichtigen Prognose der Welt nach dem Ende des „Kalten Krieges“ wie Samuel P. Huntingtons „*Clash of Civilizations*“.

Beurteilung von Goldsteins Hauptaussagen in der neuen NATO-Studie

Professor Goldstein hat in seinem gewichtigen Hauptbeitrag zum erwähnten NATO-Sammelband⁵⁾ seine Thesen noch einmal zusammengefasst und sie für eine mittelfristige Prognose des internationalen Systems bis 2030 verwendet.

Abb. 2

Die „Konfliktuhr“ des internationalen Systems
nach Professor Joshua Goldstein

Goldstein sagt in seinem Beitrag dezidiert: „In my 1988 book I pointed to the period around the 2020s as a potential danger zone, and it still worries me.“⁶⁾

Grundlegend ist auch, dass sich nach Goldstein die internationale Ordnung bislang im Weltsystem der Marktwirtschaften, wie es sich seit ca. 1450 herausgebildet hat, stets nach den großen globalen Kriegen herauskristallisiert hat, so mit der niederländischen Dominanz nach dem Dreißigjährigen Krieg, mit der britischen Dominanz nach den Napoleonischen Kriegen, sowie der US-amerikanischen Dominanz nach 1945. Eine Welthegemonie dauert jedoch stets nur maximal einen Kondratjew-Zyklus, und es kommt dann zur De-Legitimation der internationalen Ordnung und, nach einem weiteren K-Zyklus, wiederum zu einem globalen Krieg.

Tatsächlich zeigen Re-Analysen der von Goldstein übernommenen Datenreihen über die „battle fatalities“ aus den Großmacht-kriegen ab 1495 die fatale weltpolitische Wucht dieser beiden Schemen. Wenn 1509, 1539, 1575, 1621, 1689, 1756, 1832, 1885, 1932, 1975 die Wendepunkte der „Kondratjew’schen Wellen“ waren, so fügen sie sich beklemmend genau in die größeren „Goldstein-Wellen“ der Weltpolitik ein. Zur Operationalisierung verwendeten wir von 1495 bis 1945 die Daten Goldsteins,⁷⁾ ab Ende des Zweiten Weltkrieges die Daten des PRIO-Instituts in Oslo.

So betrachtet, muss man von einem Kriegszyklus 1495-1648, 1649-1815 und 1816-1945 sprechen, mit den jeweiligen Herausforderern Habsburger, Frankreich, Deutschland und den jeweiligen das Weltsystem dann wirtschaftlich dominierenden Mächten Niederlande, Großbritannien, USA.

Die meisten Autoren der NATO-Studie gehen auch von dem Konsens aus, den George Modelski bereits 2002 formulierte und der die Abfolgen der Kondratjew’schen Wellen der Weltökonomie ab 930 eingebettet sieht in den globalen *leadership cycle*. Spätestens 2026 würde der Mitte der 1970er-Jahre des 20. Jahrhunderts begonnene Wirtschaftszyklus zu Ende gehen und in eine Depression münden.⁸⁾

Überblick über und eine Neubewertung der bestehenden Evidenz

Die in der rezenten NATO-Studie zusammengetragenen Fakten und teils einander widersprechenden Perspektiven über die langen Zyklen, die auch zu entsprechend unterschiedlichen Prognosen führen, sollen in diesem Überblicksartikel nun einer zusammenschau-

enden Bewertung und vorsichtigen eigenen Prognose aus dem Blickwinkel der Außen-, Sozial- und Sicherheitspolitik eines kleinen, hoch entwickelten, neutralen und westlich orientierten Landes zugeführt werden.

Zunächst wäre festzuhalten, dass gerade aus der Sicht der längerfristigen außen- und sicherheitspolitischen Prognose die Befassung mit den Kondratjew’schen Wellen eine gute Tradition hat und dass - der Skepsis von weiten Strecken der akademisch etablierten Volkswirtschaftslehre zum Trotz - Ökonomen wie Joseph Alois Schumpeter, Simon Kuznets, Ragnar Frisch, Gottfried Haberler, Alvin H. Hansen, Walt Rostow und Jan Tinbergen sowie Jay Forrester und die Systemforscher Cesare Marchetti und Tessaleno Devezas das Bezugssystem Kondratjews stets als brauchbaren Rahmen für die längerfristige Analyse

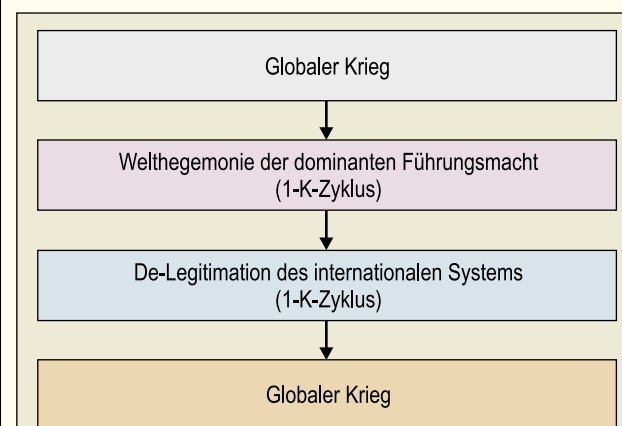
betrachteten. Besonders wesentlich ist, hier auch auf den Beitrag von Nobelpreisträger Simon Kuznets zu verweisen: Nicht nur die 50-jährigen, sondern gerade die kürzeren, 20-jährigen Zyklen haben eine beunruhigende Wucht und Regelmäßigkeit.

Spätestens gegen Ende unseres Jahrzehnts wäre demnach mit einem sehr kräftigen Kuznets-Abschwung zu rechnen, der den „Kuznets-Crashes“ von 1862, 1885, 1908, 1958, 1975 und 1992 durchaus vergleichbar wäre. Freilich wäre damit zu rechnen, dass die nächste Kondratjew’sche Depression erst in den 20er-Jahren des 21. Jahrhunderts eintritt.

Der Autor dieses Artikels vertritt mit dem Schweizer Soziologen Volker Bormschie eine gegenüber dem Mainstream des Weltsystem-Ansatzes etwas alternative Datierung der langen Kondratjew’schen Wellen. Für uns sind 1756, 1832, 1885 und 1932 die Talsohlen der Kondratjew-Zyklen, während 1756, 1774, 1793, 1812, 1832, 1862, 1885, 1908, 1932, 1958, 1975 und 1992 die Talsohlen der Kuznets-Zyklen sind. Zahlreiche andere zeitliche Schemen, wie sie u.a. von Goldstein und zuletzt auch von Anthony O’Hara vertreten werden, sind zu sehr an den Daten über die Zyklen fixiert, wie sie der belgische Marxist Ernest Mandel aufgrund der Preisbewegungen analysierte.

Tatsächlich zeigt die Analyse der bekannten Datenserie von Goldstein über die Schätzungen des Wachstums der weltweiten

Abb. 3 Welthegemonie, Kondratjew-Zyklen und globale Kriege - das Schema Joshua Goldsteins



Industrieproduktion ab 1740, dass ab Überwindung der Krise in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und den Napoleonischen Kriegen bis zur Krise der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Weltwirtschaft frei von jenen starken Einbrüchen war, wie sie für das späte 19. und das frühe 20. Jahrhundert so charakteristisch sind. Die Nachkriegswelt ab ca. 1950 ist eine Welt hoher Wachstumsraten, die aber mit der Ölkrise des Jahres 1973 kulminierend ihr jähes Ende finden.

Wenn es eine Kondratjew'sche Welle gibt, dann muss sie sich auch entsprechend in Zeitreihen-Korrelationen zwischen dem Wachstum der Industrieproduktion der letzten 25 Jahre sowie der Zeitachse zeigen. Besonders deutlich müssten solche Korrelationen im gleitenden Durchschnitt dieser Korrelationen auftreten. Tatsächlich zeigen sich sehr deutlich die Tiefs um 1816, 1880, 1929 und das Ende der 1980er-Jahre, wobei es auch Belege für die alte und für die liberale Wirtschaftstheorie beunruhigende Hypothese im Anschluss an Karl Marx zu geben scheint, wonach die Amplituden des Auf und Ab zwischen Prosperität und Krisen des „kapitalistischen Systems“ immer heftiger werden.

Gerade im Hinblick auf die in der NATO-Studie wiedergegebenen Thesen von Joshua Goldstein über die „Konfliktuhr“ des internationalen Systems ist auch zu bedenken, dass über die

Ablösung einer Hegemonie im internationalen System zu einer veritablen Systemkrise⁹⁾ führen kann und letztlich in den globalen Krieg mündete. Für Fulvio Attinà ist es die Paktdichte des internationalen Systems, die letztlich über den Aufschwung oder den langen Abschwung entscheidet. „Zerbröselte“ die internationale Ordnung, die sich in der Paktdichte äußert, ist es um die Chancen für einen lang anhaltenden Aufschwung schlecht bestellt; die transnationalen Unternehmen brauchen das Klima des weltpolitisch abgesicherten Vertrauens, um ihre Investitionen tätigen zu können. Phasen der Auflösung der Paktsysteme sind stets mit einer wachsenden Kriegsgefahr verbunden.

Die Thesen Attinàs lassen sich - wie der Autor dieses Aufsatzes in mehreren Fachpublikationen gezeigt hat - sehr deutlich empirisch bestätigen, v.a. unter Zuhilfenahme der Methode der „gleitenden Korrelationen“ des Wachstums der Industrieproduktion über den Zeitverlauf.

Blick in die Zukunft des internationalen Systems

Der ungeheure empirische und theoretische Reichtum der neuen NATO-Studie für das strategische Denken sowie die Gesellschaftspolitik kann hier auch nicht annähernd wiedergegeben werden; und

der Autor dieser Zeilen ist sich darüber im Klaren, dass die Studie sehr weite Kreise im strategischen und gesellschaftspolitischen Denken der Welt ziehen wird. Darüber hinaus bringen die unterschiedlichen, einzelnen methodischen Ansätze innerhalb des größeren Rahmens der Debatte um die langen Wellen mit sich, dass sehr unterschiedliche Prognosen vorliegen, die - wie zu hoffen sein wird - von der geo-strategisch orientierten Fachliteratur entsprechend gewertet werden. Da der Hauptansatz des Autors ja auf dem Gebiet der internationalen Sozialpolitik liegt und die fachliche Beurteilung der Aussagen mit militär-strategischem Inhalt der in- und ausländischen Fachwelt überlassen wird, konzentriert sich der Autor im Folgenden auf „destillierbare“ Sichtweisen und Prognosen, die einen unmittelbaren allgemeinen gesellschaftspolitischen Bezugsrahmen haben.

Als erste Konsequenz steht fest, dass sich die Hoffnungen der Globalisierungsbefürworter auf eine Beschleunigung des weltweiten Wachstums nicht erfüllt haben.

Dem übereinstimmenden Befund der quantitativen Weltsystemforschung, insbesondere in Boswell und Chase Dunn, 2000, zufolge war die Phase ab 1870 eine Phase sinkender Offenheit gegenüber dem internationalen Handel, während die Phase ab 1820 eine Phase wachsender Globalisierung war. Was liegt also näher, als die aktuelle Entwicklung ab 1950/60 mit den beiden Phasen zu vergleichen? Chase-Dunn, Kawano und Brewer haben in der „American Sociological Review“ ja einen Index der weltweiten durchschnittlichen wirtschaftlichen Offenheit (Gewicht der Importe am BIP) für die Weltwirtschaft konstruiert, der folgende Schwankungen zeigt: Die Phase der ultraliberalen Globalisierung ab den 1980er-Jahren des 20. Jahrhunderts brachte für die Weltökonomie sogar niedrigere Wachstumsraten als die „gelenkte“, „keynesianische“ Epoche der



Am 16. Oktober 1973 verkündeten die OPEC-Länder, die Ölausfuhren zu drosseln und die Abgabepreise zu erhöhen. Dadurch kam es zu einer weltweiten Rezession. Österreich versuchte dem u.a. mit einem autofreien Tag, den man durch einen Aufkleber an der Windschutzscheibe kenntlich machen musste (Bild), entgegenzuwirken.

Zyklen der Weltwirtschaft und der Weltkriege aus statistischer Sicht noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Die Kriegs-Datenreihe ab 1495 zeigt sehr deutlich, was der altösterreichische Soziologe Karl Polanyi einmal das „Jahrhundert des Friedens“ nach den Napoleonischen Kriegen nannte, das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch die kataklysmische Krise des Ersten Weltkrieges, der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkrieges abgelöst wurde.

Eine wesentliche weitere, in der NATO-Studie leider nicht zu Wort gekommene Perspektive ist die Analyse von zwei Sozialwissenschaftlern mit einem italienischen kulturellen Background - Giovanni Arrighi und Fulvio Attinà. Bekanntlich zeigt Arrighi, wie das Zusammentreffen einer Kondratjew'schen Krise mit der

Nachkriegszeit. Mit steigender Dissoziation von der Globalisierung beschleunigten sich ab 1870 die Wachstumsraten sogar. Die Periode der wachsenden Globalisierung ab 1820 mündete in den großen Crash der 60er-Jahre des 19. Jahrhunderts.

Als zweite Konsequenz lässt sich festhalten, dass das Auf und Ab der Zyklen in den Phasen der ultraliberalen Globalisierung ab 1820 und 1960 kürzer ist als in den „dirigistischen“ Epochen ab 1870 und in der Nachkriegsepoche. Das „Warum“ hierfür ist relativ einfach beantwortet: In einer Phase ultraliberaler Globalisierung werden die Schwankungen der Wirtschaft wesentlich rascher und ungehinderter weitergegeben als in Phasen der relativ gelenkten Marktwirtschaft, wie ab 1870 und ab 1950. Dies gilt also sowohl für die Kuznets-Zyklen mit der Dauer von an sich ca. 20 Jahren als auch für die 50-jährigen Kondratjew'schen Wellen.

Eine heikle, weitere, dritte, vielleicht die heikelste Frage von allen an die neue Denkschule des zyklischen Großmachtkonflikts ist die Frage: Wo stehen wir heute weltpolitisch? 1870, 1913, 1928 etc.? „Quetschen“ wir mit einem statistischen Kunstkniff die Zeitreihen über die Kriege und ihre Opfer unter den Soldaten der Heere der Großmächte, um die fraglos bestehenden verheerenden Entwicklungen der Kriegstechnologie im Zeitraum 1495 bis zum Ende des Vietnamkrieges mit ihren höheren Opferzahlen halbwegs in den Griff zu bekommen, so fällt grundsätzlich die Parallele in der Struktur der folgenden Kurven auf:

- Nach-Napoleonischer Zyklus ca. ab dem Krimkrieg 1853-56;
- Nach-Westfälischer Zyklus ab dem Spanischen Erbfolgekrieg 1701-1713;
- Kriegszyklus 1495 bis 1618 ab dem Spanisch-Französischen Krieg 1556-1559.

Gerade der Unilateralismus der Regierung Bush hat es mit sich gebracht, dass die übrigen Teilhaber des internationalen Systems mit den entsprechenden eigenen geostrategischen Machtressourcen (China, Russland, aber auch regionale Großmächte wie Brasilien, Argentinien, die Türkei etc. und auch die allseits bekannten „Schurkenstaaten“) sich der Hegemonie der USA nicht mehr so leicht beugen werden, wenn diese nicht mehr die Machtmittel konventioneller Kriegführung haben, ihre Hegemonie auch auf dem Boden durchzusetzen. Streng genommen, so lautet die Botschaft unserer Analysen, steht die amerikanische hegemoniale Außen- und Sicherheitspolitik vor dem gleichen Dilemma im Weltsystem wie die britische Politik zur Ära des Krimkrieges, die niederländische Hegemonie im Weltsystem etwa zur Zeit des Spanischen Erbfolgekrieges und die Habsburger zur Zeit des Spanisch-Französischen Krieges.

In all diesen Perioden wächst die Konflikthanfälligkeit in Form des mittleren Teils eines „W“, weil mehr und mehr Herausforderer der Hegemonie - auch angesichts der zu geringen konventionellen hegemonialen militärischen Kräfte - wagen werden, der Hegemonialmacht zu trotzen. Für die westlich orientierten regionalen Großmächte wie Brasilien, Argentinien, Türkei bedeutet das mehr Spielraum, für die großen möglichen Gegenspieler Amerikas mit bereits jetzt noch beeindruckender Nuklear- und Seemacht, ihre

insbesondere seegestützten Abschreckungspotenziale auszubauen und Amerikas Hoheit über die Weltmeere herauszufordern; für die verbliebenen „Schurken“ hingegen, die Gunst der Stunde auszunutzen und eigene unkonventionelle und konventionelle Bedrohungspotenziale weiter auszubauen.

Weil aber die Konfliktstruktur des internationalen Systems eine „W-Struktur“ ist, kommt es sicherlich nicht jetzt schon zur globalen Konfrontation.

Der Weltsystem-Ansatz wagt auch, die zu Grunde liegende Logik der Schwankungen und des Konflikts in der Weltökonomie seit ca. 1350 abzuschätzen und vielleicht warnende Schlüsse daraus für die Zukunft zu ziehen.

1. Seit 1495 - von da ab liegen Joshua Goldsteins minutiöse Datensätze über den Konflikt zwischen den Großmächten vor - erklären drei untransformierte Polynome 6. Grades die geschätzten *annual battle fatalities* im Weltsystem; die Kurven haben die Gestalt eines nach rechts gerichteten W und zeigen die Wiederkehr globaler Kriege (Dreißigjähriger Krieg, Napoleonische Kriege, Deutschlands Herausforderung ab 1914).



In den Zeiten des Kalten Krieges wurde v.a. die Entwicklung von Nuklearwaffen vorangetrieben. Dadurch stiegen die Rüstungsausgaben um ein Vielfaches an. Letztlich führte das zum Zusammenbruch der UdSSR (Bild: Test einer nuklearen Artilleriegranate).

2. Die kurzfristigeren 50- und 20-jährigen Schwankungen der Weltwirtschaft interagieren mit diesen längerfristigen Kriegs- und Hegemonialzyklen.

3. Die Ablösung einer Hegemonie (Genua, Niederlande, GB, USA) ist stets mit einer kataklysmischen Krise des weltweiten Kapitalismus verbunden (1340, 1560, 1750, 1930); regulatorische Muster werden stets von de-regulativen Phasen abgelöst.

4. Jeder 50-jährigen Schwankung entspricht ein soziales Modell, das wiederum eine Karriere des Aufstiegs, Höhepunkts, der Krise, der temporären Erholung und des Niedergangs hat (Defeudalisierung ab 1756, Freiheit des Unternehmertums ab 1832, allgemeine Schulbildung und Koalitionsfreiheit ab 1885, Korporatismus ab 1932, neo-liberale De-Regulierung ab 1975/82).

5. Der Zeitabstand zwischen all diesen Schwankungen wird kürzer.

6. In der Peripherie neigen die Aufschwungphasen eher zu autoritären Reformmodellen; so betrachtet bestünde eine Kontinuität des „Aufs“ mit der Zentralisierung des russischen Herrschaftsapparats (Iwan der Schreckliche ...) und des „Abs“ von Boris Godunow bis „Gorbi“. Wer auch immer über Hegemonien und Herausforderungen spricht, sollte diese - wie wir befürchten - fast unausweichliche Logik bedenken.

Die Logik der globalen Kriege, so der Weltsystemansatz, entspricht immer dem gleichen Schema: Es gibt kontinentale Reiche, die eine Weltherrschaft errichten wollen. Gegen sie kämpft eine Koalition. Die Seemächte gewinnen die Hegemonie; ihre Bündnispartner werden durch das Auf und Ab der Weltwirtschaft „dezimiert“ und versuchen ihrerseits, ein globales Weltreich zu errichten; sie scheitern wiederum an der von einer Seemacht geführten Koalition usw.

Die früheren Kontrahenten um die globale Hegemonie im Krieg n-2 werden nach gewissen Schwankungen stets Teil der Koalition, die den neuen Herausforderer bekämpft.

Globale Zyklen und globaler Terror

Wenn der Großmachtkonflikt die determinierende Struktur der Weltpolitik ist, so besteht relativ wenig Platz für die Huntington'sche Sicht des globalen Zusammenpralls der Kulturen als treibendes Motiv der Politik im 21. Jahrhundert. Die vorhandenen Datenreihen - so des *U.S. State Department* - zeigen, dass bis zur Intervention der „Koalition“ im Irak ein sehr eindeutiger, linearer, nach unten gerichteter Trend in der Entwicklung des internationalen Terrorismus ab Anfang der 1980er-Jahre bestanden hat. Diese Aussage mag als sehr überraschend gelten, v.a. im Hinblick auf die Lehren des 11. September 2001, aber die bestehenden und ab 2003 in dieser Form vom US-Außenamt nicht mehr geführten Zeitreihen zeigen, dass der Kampf gegen den internationalen Terror unter den Regierungen Reagan, Bush Sr. und Clinton recht erfolgreich war. Es bliebe hier anzumerken, dass die Regierung Bush jr. mit ihrem Unilateralismus die Erfolge der drei Amtsvorgänger auf diesem Gebiet nachhaltig zu gefährden scheint.

Da erst ca. ein Vierteljahrhundert Beobachtungsjahre über den Zyklus des internationalen Terrors vorhanden sind, können Aussagen über den Zusammenhang von Terrorismus und den langen übrigen Zyklen nur kurzfristig sein.

Vergleicht man die Zeitreihen früherer terroristischer Ereignisse, so könnte der Schluss nahe liegen, dass terroristische Gruppen - wie etwa die Anarchisten - eher in der B-Phase der früheren Kondratjew'schen Zyklen tätig wurden und dass die lange Liste des Terrors im 20. Jahrhundert sicherlich in der B-Phase des Kondratjew-Zyklus, der mit der großen Depression der 1930er-Jahre begann, kulminierte.¹⁰⁾ Berücksichtigt man die sehr interessanten, für die weitere Forschung zu den Kondratjew-Zyklen wichtigen Erkenntnisse des russischen Gelehrten Alexander Bobrownikow, der leider im vorliegenden NATO-Studienband keine Berücksichtigung fand, ergibt sich freilich doch ein differenzierteres Bild.

Bobrownikow hat die sehr unterschiedlichen Wirkungen der Kondratjew'schen Wellen - eine sicherlich sehr russische Frage - auf die Länder des Zentrums, der Peripherie und der Semi-Peripherie nachzuzeichnen versucht, und er hat die Entdeckung gemacht, dass die Zyklen in den reichen und ärmeren Ländern phasenmäßig verschoben sind, mit längeren Depressionen in der Peripherie und Semi-Peripherie, einem verspäteten Aufschwung und einer, quasi herbstlichen, verspäteten und kurzen Blüte. In der B-Phase verschiebt darüber hinaus das Kapital aus den Zentren einen Teil seiner Aktivitäten in die Peripherie, weshalb dann in der B-Phase die Wirtschaft in der Peripherie und Semi-Peripherie rascher wächst als im Zentrum. Die Zentren haben ein Wachstumsplus im Hoch und ein Wachstumsminus gegenüber der Peripherie in der B-Phase, während umgekehrt die Länder der Peripherie und Semi-Peripherie beim Vorauspreschen der Zentren im Aufschwung

Bild nur im Heft verfügbar

Der wirtschaftliche Aufschwung der USA in den 1920er-Jahren wurde durch den Börsencrash am „Schwarzen Donnerstag“ schlagartig beendet. Als die Anleger an diesem Tag in Panik gerieten (Bild) und die Kurse in den Keller stürzten, löste das die erste große Weltwirtschaftskrise aus.

George Modelski und Giovanni Arrighi haben aufgezeigt, welche gesellschaftliche Logik jeweils ein hegemonialer erfolgloser Herausforderer und welche Logik der in den langen Weltkriegen jeweils triumphierende neue Hegemon vertreten hat:

Der gescheiterte Herausforderer:

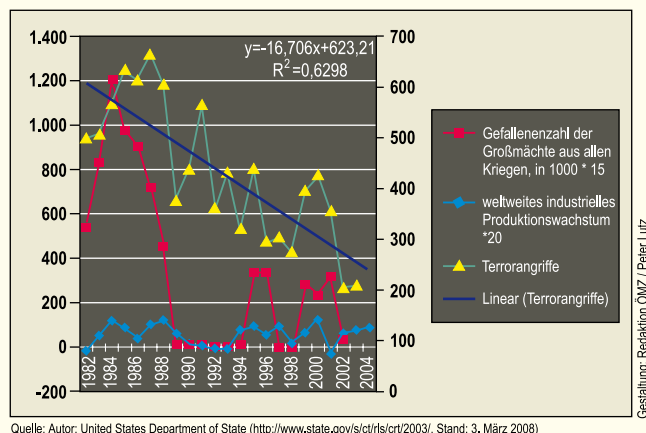
- eine große Landarmee,
- eine große Wirtschaft,
- eine geschlossene, kontrollierte Gesellschaftsformation,
- eine schwache und ethno-zentrische Öffentlichkeit.

Der spätere Sieger:

- eine starke Marine,
- wirtschaftliche Vormachtstellung in den führenden, zukunftsorientierten Sektoren,
- höheres demokratisches Potenzial (zeitbezogen),
- eine stärkere Öffentlichkeit (zeitbezogen).

Abb. 4

US State Department Daten über den globalen Terror und die Kondratjew/Goldstein-Zyklen der Weltwirtschaft und Weltpolitik



zurückfallen. Der Autor dieses Artikels hat die vorhandenen Daten auch dahingehend überprüft, ob die These Bobrownikows auch ihre Entsprechung in einer differenziellen Entwicklung der Ungleichheit im Zentrum und in der Peripherie hat. Tatsächlich zeigen die Zeitreihen der University of Texas für 17 Staaten des Zentrums und 61 Staaten der Peripherie und Semi-Peripherie, dass von 1963 bis ca. 1984 ein relativ konstantes, kurzfristig zyklisch schwankendes Defizit des Zentrums an Ungleichheit (und damit Plus an Gleichheit) gegenüber der Peripherie bestand, das sich ab 1983 wirklich dramatisch zu Ungunsten der Peripherie verschlechterte. Die Wucht der „Reagan recovery“ schob - und das ist wohl auch der übereinstimmende Konsens der „kritischen Entwicklungsländerforschung“ - die Last des Aufschwunges auf den Rücken der Peripherie, die Hochzinspolitik trieb die Schuldenlast der Peripherie in schwindelerregende Höhen und ließ die Ungleichheit in der Peripherie im Vergleich zum Zentrum explodieren. Um 1993/94 war der Höhepunkt der im Vergleich zum Zentrum relativ hohen Stagnation der Peripherie und der relativ hohen Ungleichheit erreicht, und es ist das Zentrum - und dort v.a. die sozial schwachen Schichten, das nun die wachsenden Lasten der Globalisierung zu tragen hat.

Die Synopse unserer Datenanalyse mit den kompletten Datenarchiven der Weltbank, der ILO und der University of Texas zeigt auch (siehe abschließende Bemerkungen), dass paradoxerweise der Rückgang des Terrors - v.a. mit Wurzel in der Peripherie - mit der um 1986 einsetzenden veritablen Talfahrt der relativen Position der Peripherie in puncto Wachstum und Gleichheit einherging. Durchaus denkbar ist - im Gegensatz zu naiven Verelendungstheorien des globalen Terrors, dass mit Beginn der schweren Lasten der Globalisierung im Zentrum selbst und bei den damit aufbrechenden sozialen Konflikten die Staaten des Zentrums nun zu einem wachsenden Rekrutierungsfeld des Terrorismus werden. Jüngste Entwicklungen in Großbritannien deuten jedenfalls sicherlich in diese Richtung.

Implikationen für Österreich

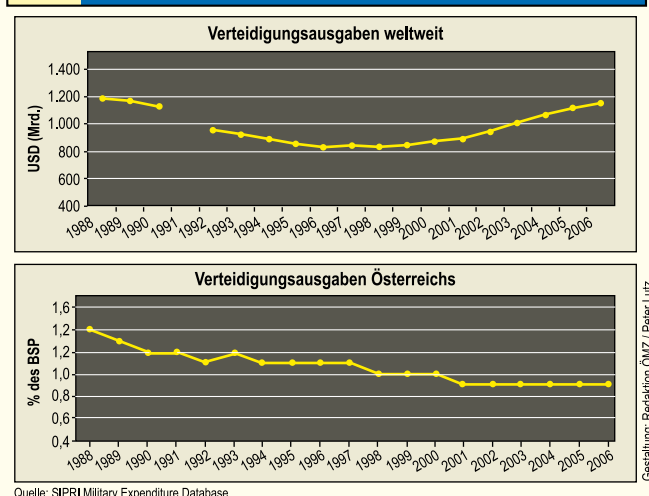
Die erste und wichtigste Konsequenz der neuen Zyklenliteratur für Österreich und die übrigen neutralen Länder Europas ist, dass wegen der bisherigen, für den Weltsystemansatz systembedingten Konflikthanfälligkeit des internationalen Systems bis etwa 2030 mit einer wachsenden Rivalität zwischen den größten Militärmächten

zu rechnen sein wird. Ohne einer etwaigen künftigen Analyse über den Trade-Off von Verteidigungsausgaben, Bedrohungspotenzialen und der sozio-ökonomischen Entwicklung vorzugreifen, kann hier gesagt werden, dass der Abwärtstrend der Verteidigungsbudgets in den neutralen Staaten Europas langfristig sicherlich nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Nicht erst seit dem 11. September 2001, sondern bereits ab 1997 zeigen SIPRI-Daten über die weltweiten Militärausgaben bereits einen merklichen Anstieg. Sowohl bei den Budgets als auch beim Personalstand werden die neutralen Staaten Europas früher oder später skandinavische Niveaus erreichen müssen, um ihre Sicherheit in einer unsicherer werdenden Welt garantieren zu können.

Ein Blick auf die strategische Landkarte Europas, bemessen in Verteidigungsausgaben pro BSP, zeigt, wie sehr die europäischen Neutralen (mit Ausnahme der skandinavischen Neutralen), Spanien, Lettland, Litauen, Albanien, Georgien und Belarus noch eine Zone relativ dünner Sicherheit darstellen, während Großbritannien, Frankreich und Russland zu ihren historisch relativ hohen Militärausgaben zurückkehren und der Westbalkan, Griechenland und die Türkei eine Zone wachsender sicherheitspolitischer Bedrohungswahrnehmungen werden.

Eine Konsequenz unserer Analyse ist auch, dass die schönen neuen Welten der Globalisierung nicht wahr geworden sind und dass Globalisierung mit wachsender sozialer Verwundbarkeit einhergeht.

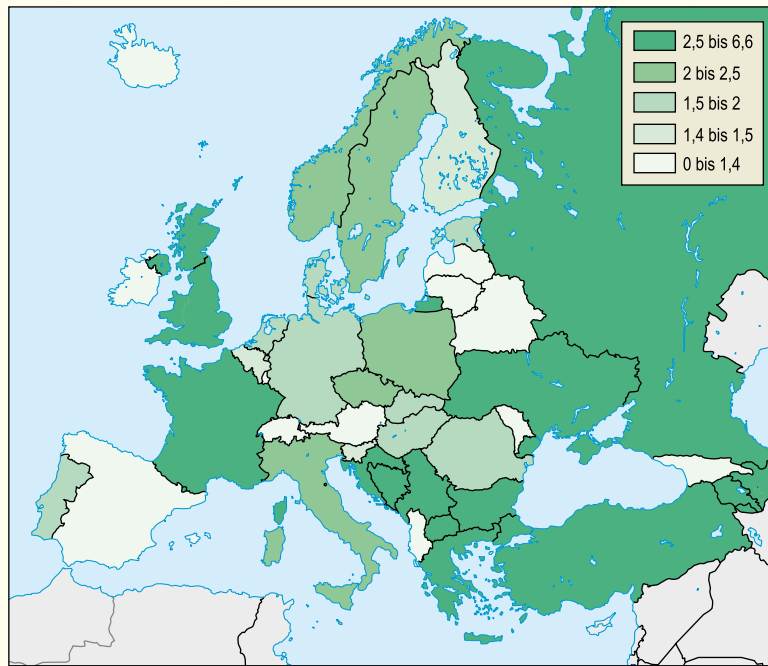
Abb. 5 Verteidigungsausgaben nach dem Kalten Krieg



Die Daten der US-Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde ACDA (letzte erhältliche Ausgabe: 2003) zeigen auf geradezu dramatische Weise die Richtigkeit der in diesem Artikel getroffenen Grundaussage der wahrscheinlich wieder zunehmenden Großmacht Konflikte im internationalen System. Während Huntington in seiner Prognose die kulturelle Bedingtheit der künftigen Konflikte in den Vordergrund stellt, geht die Schule der „langen Wellen“ der Weltpolitik davon aus, dass sich über kurz oder lang wieder jene Strukturen einstellen, wie sie das Weltsystem seit 1450 bereits gekennzeichnet haben: Hegemonien, De-Legitimierungen von Hegemonien, Herausforderungen, globale Kriege.

Die „Ausdünnung“ der Sicherheitsstrukturen der zentraleuropäischen Neutralen, Schweiz und Österreich, mag zwar vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Krieges noch logisch gewesen sein, aber es wäre verhängnisvoll, aus dem niedrigen Niveau der Verteidigungsanstrengungen in Europa auf eine konfliktfreie Welt

Abb. 6

Verteidigungsbudget in % des BSP in Europa
(laut US ACDA-Bericht 2003)

zu schließen. Deshalb bleibt es den neutralen Staaten in Europa künftig nicht erspart, bei sich wandelnden Bedrohungspotenzialen künftig größere Anstrengungen für ihre nationale Verteidigung machen zu müssen.

Während die USA und andere westliche Länder, unter ihnen die heutigen militärischen Bündnispartner der USA, ihre relativen Verteidigungsanstrengungen z.T. deutlich senkten, kristallisierten sich folgende Regionen heraus, in denen die Rüstungsausgaben überdurchschnittlich stiegen:

- a) die nördliche Andenregion in Lateinamerika,
- b) das gesamte westliche Afrika von den Maghreb-Staaten bis nach Namibia,
- c) der gesamte Nahe Osten (mit Ausnahme Israels, das eine Reduktion seiner Verteidigungsanstrengungen riskierte),
- d) Russland und einige weitere Staaten der ehemaligen UdSSR, insbesondere im Kaukasus und in ehemals sowjetisch-Zentralasien,
- e) Myanmar.

Insbesondere die sehr weit vorausblickende schwedische Verteidigungspolitik hatte die Zeichen der Zeit bereits sehr frühzeitig erkannt und entsprechend reagiert.

Für die Zwecke dieser Analyse hat der Autor auch die jüngsten Daten der Menschenrechtsentwicklung von „Freedom House“ - der anerkanntesten Dokumentations-NGO - weltweit in Sachen Menschenrechte auf Landkarten übertragen und einer ähnlichen statistischen Trendanalyse unterworfen wie die Militärausgaben.

Während in Lateinamerika, in zahlreichen Staaten Afrikas, auf dem Westbalkan, in der Türkei, in mehreren Staaten des Nahen Ostens, in Indien und in Indonesien eine sehr zufriedenstellende demokratische Entwicklung fortgesetzt wurde und sich unter diesen Staaten nota bene zahlreiche muslimische Länder befinden, fallen die Großmächte China und Russland hier deutlich zurück und gehören zu den Staaten mit den unbefriedigendsten Ergebnissen.

Noch deutlicher, aber auch differenzierter ist allerdings der Befund auf der Ebene der Menschenrechte: Während in Lateinamerika mit Ausnahme Perus, Paraguays und einiger Staaten in Zentralamerika, in zahlreichen Staaten Afrikas, auf dem Westbalkan, in der Türkei, in mehreren Staaten des Nahen Ostens, in Indien und in Indonesien wiederum eine sehr zufriedenstellende Entwicklung fortgesetzt wurde und sich unter diesen Staaten wieder nota bene zahlreiche muslimische Länder befinden, fällt erneut die Großmacht Russland hier zurück und gehört zu den Staaten mit den unbefriedigendsten Ergebnissen. China hingegen hat wenigstens auf dem Gebiet der Menschenrechte eine noch bessere Performance als auf dem Gebiet der politischen Rechte.

Die Großmachttheorie Goldsteins erhält in dieser Analyse jedenfalls eine viel bessere Bestätigung als die Islam-kritische Theorie Huntingtons. Der Westen täte gut daran, das Potenzial der demokratischen Entwicklung in der muslimischen Welt weiter und verstärkt zu fördern.

Bis hierher reichte der Weg der konsequenten Analyse. Welche Schlüsse aus dieser Analyse auf der politischen Ebene gezogen werden, ist freilich Sache der Politik. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Business Week, 11.10.1982, S.126.
- 2) Hrsg. George Modelski, Morristown, N.J., General Learning Press, 1974.
- 3) International Meeting on Long-Term Fluctuations in Economic Growth, their causes and consequences, held in Weimar, GDR, June 10-14, 1985, Hrsg. Tibor Vasko, Berlin, New York 1987, Springer-Verlag, ISBN: 0387181644.
- 4) Das Projekt stand unter der Leitung von Arthur S. Banks, Bruce M. Russett und Robert B. Textor (erste Ausgabe), Charles Lewis Taylor und Michael C. Hudson (zweite Ausgabe) und Charles Lewis Taylor und David A. Jodice (dritte Ausgabe; zum DON-Projekt sei auf den Überblicksartikel von Professor R. Rummel, herunterladbar unter <http://www.hawaii.edu/powerkills/NOTE10.HTM>, verwiesen).
- 5) Devezas, 2007.
- 6) Goldstein, 2005: 8, abgedruckt in Devezas, 2007.
- 7) Annual battle fatalities from major power wars, Goldstein, 1988, S.235.
- 8) Vgl. George Modelski, 2002, frei erhältlich auf seiner Webseite: <http://faculty.washington.edu/modelski/Evoweconomy.html>.
- 9) 1340ff., 1560ff., 1750ff., 1930ff.
- 10) Vgl. http://en.wikipedia.org/wiki/List_of_non-state_terrorist_incidents#11th-18th_century.

Univ. Doz. Dr. Arno Tausch

Doktorat aus Politikwissenschaft und Publizistik 1976 an der Universität Salzburg; ordentlicher Zivildienst 1976/77; ab Herbst 1977 Universitätsassistent an der Universität Innsbruck, habilitierte sich 1988 an seiner Fakultät in seinem Fachbereich (venia docendi: quantitative Entwicklungs- und Friedensforschung). Über 150 Publikationen in sechs Sprachen für über 40 Journale, Publikationsreihen und Verlagshäuser in 24 Staaten der Welt (darunter 13 Bücher auf Englisch) sowie Forschungs- und Lehr-tätigkeit an österreichischen Universitäten und an der University of Hawaii at Manoa und am Wissenschaftszentrum (West-)Berlin; 1992 Eintritt in das Sozialministerium; (1992-1999 Arbeits- und Wanderungsattaché an der Österreichischen Botschaft in Warschau); Ernennung zum Ministerialrat 2001. Die vorliegende Publikation erfolgt im Rahmen der venia docendi des Autors nach dem Universitätsgesetz in der derzeit geltenden Fassung.

Vernetzte Sicherheit

Über die Konzeptionen gesamtstaatlichen Zusammenwirkens

Ralph Thiele

Das Zusammenwirken militärischer und nichtmilitärischer Kräfte und Organisationen im Rahmen des Krisenmanagements, aber auch der Krisenprävention wird derzeit in ganz unterschiedlichen nationalen und internationalen Organisationen und Gremien konzeptionell erfasst - darunter in Österreich und Deutschland, in der EU und im Nordatlantischen Bündnis. Ein neues Zauberwort macht dabei die Runde: „Vernetzte Sicherheit“.

- nationaler und internationaler Sicherheitspolitik,
- staatlicher/hoheitlicher und nichtstaatlicher/privater Sicherheitsvorsorge,
- ziviler und militärischer Sicherheitsvorsorge sowie
- nach Ressorts getrennten Operationsführungen neu gedacht und neu konzipiert werden muss.

Vernetzte Sicherheit gibt künftiger Sicherheitspolitik eine zweckmäßige Orientierung. Sie stützt sich auf einen ganzheitlichen, ressortübergreifenden und multilateral angelegten Ansatz, der im Rahmen einer nachhaltigen Gesamtstrategie staatliche und nichtstaatliche Instrumente zur Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge wirksam integrieren soll. Dies ist schon allein mit Blick auf die zahlreichen Schnittstellen zwischen den beteiligten Akteuren erforderlich. Folgerichtig stellt der deutsche Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung fest: „*Entscheidend für Vernetzte Sicherheit (ist) ... die eng abgestimmte Zusammenarbeit vor allem zwischen dem (Nordatlantischen) Bündnis, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen.*“¹⁾

Ein abgestimmtes, nationales wie auch internationales sicherheitspolitisches Instrumentarium muss eine angemessene Reaktionsfähigkeit sowie die Wahrung von Sicherheit durch Stabilität sicherstellen. Es darf daher nicht ausschließlich auf militärische Bedingungen fokussieren, sondern muss auch gesellschaftliche, ökonomische, ökologische und kulturelle Gegebenheiten berücksichtigen. Die enge Einbindung und kontinuierliche Abstimmung mit allen relevanten Akteuren zur Einhegung der genannten Risiken ist Voraussetzung, um die Kohärenz und Handlungsfähigkeit einzelner Staaten wie auch der Staatengemeinschaft insgesamt zu verbessern. Der gesamte Verbund ziviler und militärischer Mittel muss im Blickfeld der Sicherheitspolitik stehen, Streitkräfte ebenso wie beispielsweise Polizeikräfte, Verwaltungsfachleute, Richter usw. Auf dieser Grundlage lässt sich den absehbaren sicherheitspolitischen Herausforderungen Erfolg versprechend begegnen.

Sicherheit neu gedacht

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen veränderte Anforderungen an Politik und Sicherheitskräfte. Manche der alten Bedrohungen sind verschwunden. Andere sind geblieben, haben neue Formen oder Gesichter oder können sich zumindest rekonstituieren. Neue Bedrohungen sind hinzugekommen. Der internationale Terrorismus bringt Bedrohungen mit sich, denen man nicht erfolgreich mit den hergebrachten Anti-Terror-Instrumenten begegnen kann. Hinzu kommt die Gefährdung durch ökologische, technische und Naturkatastrophen, die steigende Gefahr von Epidemien und Pandemien. Aber auch Migration und demografische Entwicklungen gewinnen an sicherheitspolitischer Bedeutung.

Die terroristischen Anschläge von New York und Bali, von Madrid und London haben schlaglichtartig die Verwundbarkeit freier Gesellschaften aufgezeigt. Der mögliche Zugang terroristischer Gruppen zu chemischem, biologischem oder radioaktivem Material kündigt bisher unvorstellbare Bedrohungsszenarien an. Weltweite Akkumulations- und Aufrüstungstendenzen tragen er-



Die Terroranschläge der letzten Jahre, wie etwa der Giftgasanschlag in der U-Bahn von Tokio am 20. März 1995, machten die Gefahr durch mögliche biochemische Angriffe bewusst. Aus diesem Grund werden alle erdenklichen Bedrohungsszenarien (wie hier bei einer Übung im Jahr 2006 in New York) simuliert, um für den Ernstfall gerüstet zu sein.

Mit Vernetzter Sicherheit verbinden sich überaus große Erwartungen für zukunftsfähige Sicherheit und Prosperität. Sie ist als Schlüsselbegriff künftiger Sicherheitspolitik im Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr verankert und basiert auf der Einsicht, dass Sicherheit jenseits der klassischen Unterscheidungen zwischen

- Krieg und Frieden,
- innerer und äußerer Sicherheit,



Um sicherheitspolitische Krisen abzuwenden, muss man ein sicheres und stabiles Umfeld für die Bevölkerung schaffen. Wichtig dabei ist das gemeinsame Vorgehen militärischer und ziviler Einrichtungen, wie hier bei der Errichtung einer Wasserleitung im afghanischen Baghlan (deutsche und ungarische ISAF-Soldaten, zivile Organisationen und einheimische Arbeiter verlegen die Wasserleitung).

hebt zur Verschärfung von Konflikten und zur Destabilisierung gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen bei. Das Machtvakuum infolge zerfallender Staatsstrukturen und Bürgerkriege eröffnet Aktionsräume für terroristische und kriminelle Akteure, zu deren gefährlichsten Zielen die Destabilisierung der westlichen Ordnung und die Untergrabung staatlicher Macht zählen.

Die globalen Wirtschaftsprozesse sind anfällig für Störungen aller Art, ob diese nun aus technischem Versagen oder auch aus der Verschärfung von Sicherheitsbestimmungen oder gezielten Angriffen resultieren. Intensive, wechselseitige Abhängigkeiten bewirken, dass krisenhafte Entwicklungen auch in entfernten Regionen sofort und direkt Auswirkungen für das eigene Land haben können. Gerade der europäische Integrationsraum bietet hierfür Besorgnis erregende Angriffspunkte, darunter:

- knapp 500 Mio. Menschen,
- eine Fläche von über 4,3 Mio. km²,
- ein Straßennetz von über 4,5 Mio. km,
- ein Eisenbahnnetz von ca. 170.000 km,
- eine Öl- und Gasleitungsinfrastruktur von 1,2 Mio. km,
- 210 Atomkraftwerke.

Fortlaufend entstehen neue neuralgische Punkte und kritische Verbindungen. Gerade der offene, freiheitliche, mediengeprägte Zuschnitt demokratischer Marktwirtschaften bei zunehmender Vernetzung ihrer kritischen „wissens- und informationsgeprägten“ Infrastruktur macht sie zu einem leichten Opfer asymmetrischer Attacken. Die weitgehende Privatisierung eines Großteils der kritischen Infrastruktur - beispielsweise in den Bereichen Energie, Transport und Kommunikation - führt allerdings dazu, dass der Staat seinen Grundaufgaben nur erfolgreich nachkommen kann, wenn die Sicherheitsvorsorge dieser Unternehmen leistungsfähig ist. Dabei sind die Unternehmen häufig selbst das Ziel sicherheitsgefährdender Aktionen - von Produktboykotten bis zur Produktpiraterie, von Wirtschaftsspionage bis hin zu Angriffen

gegen die Mitarbeiter und die Infrastruktur. Zukunftsfähige, vernetzte Sicherheitspolitik muss vor diesem Hintergrund den Wandel gestalten und sicherstellen, dass sie mit wachsender Komplexität und Dynamik Schritt hält.

Wesentlich für die Gestaltung der Vernetzung ist die Analyse des zukünftigen operativen Umfelds. Dieses wird zunehmend durch eine Verwischung der Grenzen zwischen innen und außen, zwischen Staaten- und Bürgerkrieg, zwischen den Rollen ziviler und militärischer Instrumente der Sicherheitspolitik bestimmt und gestaltet sich damit komplexer als je zuvor. Die derzeit existierenden sicherheitspolitischen Fähigkeiten werden diesen Erkenntnissen jedoch nur bedingt gerecht. Insbesondere die mit den asymmetrischen Konfliktformen einhergehenden Bedrohungen sowie die daraus resultierenden neuen Aufgaben, darunter der Schutz kritischer Infrastruktur, Terrorismusabwehr, Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, spiegeln sich nur in Ansätzen in der Fähigkeitsentwicklung von Streitkräften wider. Damit fehlen wesentliche Bausteine zur Beherrschung der beschriebenen Komplexität.

Die veränderten sicherheitsbezogenen Anforderungen führen in eine neue Dimension der Integration des Militärischen in das Politisch-Gesellschaftliche - in eine neue Dimension militärischen Könnens -, die derzeit wohl noch niemand voll beherrscht, deren Profil allerdings zusehends Konturen gewinnt und in deren Ausgestaltung noch viel Arbeit zu investieren ist - v.a. Denkarbeit.

Drei entscheidende Katalysatoren des Wandels sind zu adressieren: die Globalisierung, die rasante Entwicklung der Informations-/Kommunikationstechnologie und die Revolution der Kriegführung.

In der Globalisierung wachsen Länder zusammen, Geschäftsbereiche und Ressorts, Wirtschaft und - nicht zuletzt auch - Sicherheit. Die Unternehmen stehen beispielsweise unter erhöhtem Performancedruck und werden kontinuierlich besser. Andernfalls drohen

signifikante Wettbewerbsnachteile. Für den Nationalstaat und seine Streitkräfte ist dies nicht anders. Auch deren Performancedruck wächst. Denn Terrorismus und organisierte Kriminalität haben in ihrem Inventar vieles von dem, was gut und teuer ist. Sie nutzen Schnittstellenprobleme innerhalb und zwischen Staaten für ihre Zwecke und organisieren sich in Netzwerken.

Die rasante Entwicklung der Informations-/Kommunikationstechnologie gestattet sprunghafte Innovationsschübe, Kommunikation und Wissensnutzung ohne Beispiel. Viele - darunter auch Terroristen - profitieren von den neuen Möglichkeiten. Die weltweite Wissensproduktion steigt rasant. Immer neue Perspektiven erschließen sich. Geschwindigkeit und Umfang der Informationsverarbeitung machen Wissen selbst zur maßgeblichen Ressource, auch unter militärischen Gesichtspunkten.

Nach Lineartaktik, Massenfeuer und Blitzkrieg wird den sicherheitspolitischen Verantwortungsträgern derzeit eine vierte Generation der Kriegführung aufgezwungen, die im Wesentlichen durch politische, religiöse und soziale Wurzeln und Strukturen gekennzeichnet ist. Kultur, Identität und mediale Omnipräsenz stehen dabei im Zentrum des Selbstverständnisses und des Handelns. Mehr denn je geht es darum, sein Gegenüber zu verstehen - auch seine Freunde und Partner. Je besser man deren Handlungsfaden nachvollziehen kann, desto wirksamer kann man darauf Einfluss nehmen. Nie zuvor mussten Streitkräfte so integriert und vielseitig, so komplex und schnell wirken können wie heute. Nie zuvor mussten sie sich so schnell und fortgesetzt anpassen können.

Vernetzungserfordernisse ergeben sich insbesondere, weil Einzelakteure nicht die notwendigen Ressourcen besitzen, um die gegebenen sicherheitspolitischen Ziele zu erreichen. Bei steigenden Steuerungsanforderungen und gleichzeitig sinkenden Steuerungskapazitäten sehen sich Nationalstaaten im Spannungsverhältnis ihrer eigenen Leistungsfähigkeit.²⁾ Probleme und ihre Lösungen werden zwar erkannt, können jedoch aufgrund mangelnder Ressourcen oder Pfadabhängigkeit nicht bearbeitet werden. Außerdem sinkt die Reichweite staatlicher Steuerungskompetenz mit der kontinuierlichen Ausdifferenzierung von Gesellschaften.

Die Vernetzung von Sicherheit zielt deshalb auf ein kohärentes Denken und Handeln im Politikfeld Sicherheit. Dabei geht es insbesondere um erweiterten Handlungsspielraum. Die sicherheitsrelevanten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure stimmen ihre Ziele, Prozesse, Strukturen und Fähigkeiten bewusst aufeinander ab, verknüpfen sie systematisch und integrieren sie in ihr langfristiges Handeln. Vernetzung sichert durch Bündelung von Wissen und durch gemeinsame Verarbeitung von Erfahrungen die breite Nutzung von Transferwissen über Schnittstellen hinweg.³⁾

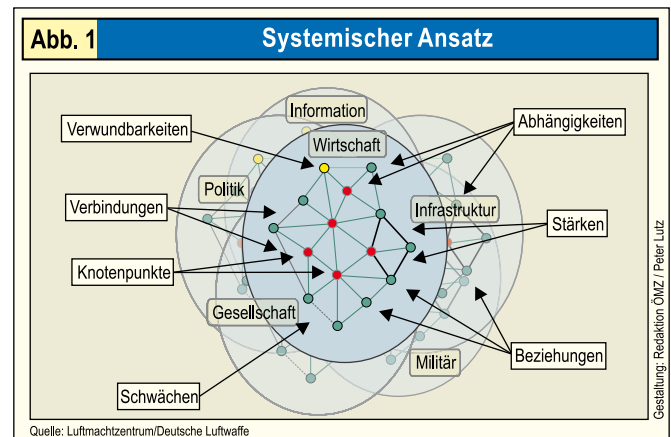
Dabei zeichnen sich als Vorgaben vernetzter Sicherheitspolitik ab:

- Man muss den veränderten Herausforderungen und Risiken dort begegnen, wo sie entstehen, insbesondere auch an den Schnittstellen von Verantwortlichkeiten;
- beim Zusammenwirken von Polizei und Streitkräften,
- bei der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern,
- bei der internationalen Kooperation,
- bei der Zusammenarbeit internationaler Organisationen wie NATO, EU und UNO;
- Maßnahmen zur Krisenvorbeugung müssen zunehmend im multinationalen Verbund erfolgen.
- Ein vernetzter, ganzheitlicher politischer und operativer Ansatz ist zwingend erforderlich, der neben militärischen vorrangig poli-

tische, diplomatische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Mittel einschließt.

Gewusst wie

Vernetzte Sicherheit ist wissensbasiert und gründet auf einem gemeinsamen, konturen- und tiefenscharfen Lageverständnis. Dieses setzt die nutzer- und situationsgerechte Bereitstellung von führungs- und entscheidungsrelevanten Daten, Informationen und Expertisen an alle relevanten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure voraus. Moderne Informations- und Kommunikationstechnologie kann derartige Prozesse heute kostengünstig unterstützen.



Die neuen Möglichkeiten der Vernetzung einer Vielzahl von Akteuren und damit Wissensträgern, die Erschließung und situationsgerechte Bereitstellung verfügbarer Daten, Informationen und Expertisen treffen sich in einem gemeinsamen, rollenorientierten Lagebild. Dieses visualisiert dann einerseits die erforderlichen kontinuierlichen Prozesse der rollenorientierten Informations-sammlung, Informationsauswertung und Informationsverteilung. Andererseits visualisiert das Lagebild aber auch die eigentliche - informations- und kommunikationstechnologisch unterstützte - Führung, ist damit Grundlage für die Erarbeitung von Handlungsoptionen und deren Bewertung.

Ein gemeinsames, rollenorientiertes Lagebild ist damit nicht nur Grundlage für das erforderliche gemeinsame Lageverständnis, es ist geradezu das Schlüsselinstrument zur Durchführung vernetzter Einsätze von zivilen und militärischen Kräften bzw. von Behörden und Organisationen öffentlicher Sicherheit, denn:

- es ermöglicht, schnell und kontinuierlich Lagefeststellung zu betreiben,
- es kann unverzüglich und rollenorientiert verteilt werden,
- mit seiner Hilfe lassen sich Handlungsalternativen schnell prüfen und bewerten,
- auf dieser Grundlage kann sich Führung auf eine zweckmäßige Orchestrierung/Synchronisierung der Instrumente eigenen Handelns sowie eine integrierte Auftragsvergabe konzentrieren,
- lassen sich Führungsaufgaben wesentlich schneller durchführen,
- auf dieser Grundlage kann das Antwort-Zeit-Verhalten nachhaltig verbessert werden.

Daraus resultiert ein dreifacher Mehrwert:

- Ein konsistentes und kontinuierlich aktualisiertes Lagebild ermöglicht Entscheidungsüberlegenheit. Diese resultiert aus der systematischen Bündelung und Visualisierung des verfügbaren Wissens, differenziert nach Themen, Regionen und zeitlicher Dringlichkeit des Handelns.

- Gestützt darauf können die verfügbaren Instrumente der Politik hinsichtlich ihrer Wirkung synergetisch miteinander verbunden werden. Zugleich kann das eigene Handlungstempo im Sinne der übergeordneten Absicht souverän gestaltet werden. Daraus resultiert Führungsüberlegenheit.

- Im Verbund führen Entscheidungs- und Führungsüberlegenheit zu Wirkungsüberlegenheit.

Konzeptionelle Grundlagen

Nicht nur das deutsche Weißbuch 2006, sondern insbesondere auch die Europäische Sicherheitsstrategie vom 12. Dezember 2003 sowie das NATO BI-SC *Discussion Paper on the Development of NATO's Effects Based Approach to Operations* (EBAO) vom Juli 2007 liefern wichtige konzeptionelle Abholpunkte für Vernetzte Sicherheit. Der Aktionsplan der deutschen Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ vom April 2004, fügt sich in diesen Bezugsrahmen ein.



Bild nur im
Heft verfügbar

Zu den Aufgaben der *Provincial Reconstruction Teams* (PRTs) gehört es, die sozialen, wirtschaftlichen, finanziellen und landwirtschaftlichen Aspekte Afghanistans zu verbessern. Dazu gehören neben der Sicherung von Trinkwasser auch die Unterstützung bei der Koordinierung und Bedarfsermittlung für Hilfsprojekte (Bild: PRTs liefern Decken, Kleidung und Nahrung für Einheimische).

Die Europäische Sicherheitsstrategie zieht für die EU die strategischen Konsequenzen aus dem doppelten Paradigmenwechsel nach dem 9. November 1989 und dem 11. September 2001. Sie zielt auf ein aktiveres außenpolitisches Handeln im Rahmen von Konfliktprävention und Krisenbewältigung. Dabei rücken beispielsweise auch Bedrohungen für Umwelt und Wirtschaft, innerstaatliche Konflikte und internationaler Terrorismus in das Blickfeld von Sicherheitspolitik. Krisenprävention und Konfliktbewältigung werden zur Querschnittsaufgabe aller Bereiche der Politik. Im Fokus bleibt natürlich der Schutz des Staates vor äußeren und inneren Gefährdungen.

Dominierten bisher bei Fragen innerer und äußerer Sicherheit sowie internationaler Krisenprävention und Krisenbewältigung die Sichtweisen einzelner Akteure, zielt Vernetzte Sicherheit darauf ab, die Sichten und Beiträge der verschiedenen Akteure vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Zielerreichung zu integrieren.

Ausgerichtet an einem gemeinsam zu erreichenden Ziel, ermöglicht der integrierende Ansatz Vernetzter Sicherheit sowohl die Abstimmung der Sicherheitsanforderungen aller Beteiligten als auch die Orchestrierung ihrer jeweiligen Fähigkeiten.

Die Kombination der verschiedenen Perspektiven der Bereiche von Außen-, Wirtschafts-, Entwicklungs-, Justiz-, Innen- und Verteidigungspolitik ermöglicht eine umfassende Vorgehensweise in Planung und Durchführung zur Konfliktlösung, um auf diese Weise den Anforderungen komplexer Konflikt- bzw. Krisenszenarien gerecht zu werden und dabei sowohl die Ursachen einer Krise bzw. eines Konflikts als auch deren Folgen zu bekämpfen.

Das 2006 veröffentlichte Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr adressiert folgerichtig „... den Einsatz eines breiten außen-, sicherheits-, verteidigungs- und entwicklungspolitischen Instrumentariums zur frühzeitigen Konflikterkennung, Prävention und Konfliktlösung ... Die Sicherheitspolitik steht heute vor neuen und zunehmend komplexeren Herausforderungen. Deshalb

bedarf es für eine wirksame Sicherheitsvorsorge eines präventiven, effektiven und kohärenten Zusammenwirkens im nationalen wie internationalen Rahmen, einschließlich einer wirksamen Ursachenbekämpfung.“

In Deutschland verfügen inzwischen bereits zahlreiche Ressorts über Instrumente des Krisenmanagements, beispielsweise das Krisenreaktionszentrum des Auswärtigen Amtes oder auch das Gemeinsame Lagezentrum von Bund und Ländern. Im Zuge wachsender institutionalisierter Zusammenarbeit zwischen den Ressorts wächst die Einsicht über weiteren ressortübergreifenden Handlungsbedarf. Dabei geht es insbesondere um die Verstärkung ressortgemeinsamer Ansätze im nationalen Rahmen mit Fokus auf Krisenprävention. Noch wird ressortübergreifende Zusammenarbeit insbesondere von informellen Beziehungen getragen. Es zeichnet sich ab, dass diese künftig stringenter zusammengeführt und institutionalisiert werden, um die erforderliche Handlungsfähigkeit zu stärken.

In der NATO verfolgt der *Comprehensive Approach* entsprechende Zielsetzungen im Zuge konkreten Krisenmanagements. Der NATO-Generalsekretär hat den *Comprehensive Approach* in seine Roadmap für den NATO-Gipfel im Jahr 2008 aufgenommen. Im *Senior Political Committee* des Bündnisses wurde ein Aktionsplan entwickelt, der Aufgabenfelder mit Zuständigkeiten und zeitlichen Vorgaben zur Realisierung eines derartigen *Comprehensive Approach* aufzeigt.

Die Notwendigkeit eines *Comprehensive Approach* begründet sich maßgeblich aus den bisherigen Einsatzerfahrungen der NATO-Streitkräfte, insbesondere deren Erfahrungen im täglichen Ringen um Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Akteuren in den Krisengebieten. Auch wenn diese Akteure weitgehend unabhängig agieren wollen und keine hierarchische Zuordnung zulassen, bedarf es mit Blick auf gemeinsame Stabilitätsziele klarer Regeln und Verfahren, um die Zusammenarbeit so wirksam wie

möglich zu gestalten. Zahlreiche Aspekte sind zu berücksichtigen bzw. zu regeln, darunter die Einbindung aller relevanten Akteure, die Abstimmung einer gemeinsamen Zielsetzung bereits in der Planungsphase eines etwaigen Einsatzes, ebenso eine frühzeitige Festlegung von Federführungen für die vorhersehbaren Phasen des Krisenmanagements.

Der *Effects Based Approach to Operations* setzt den *Comprehensive Approach* praktisch um und basiert auf der systemtheoretisch angelegten Analyse aller Zusammenhänge zwischen Akteuren und Interaktionen innerhalb eines Gesamtsystems. In seinem Rahmen erfolgt die praktische Integration politischer und militärischer, entwicklungspolitischer und wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im Dienste einer multinational und ressortübergreifend angelegten „Grand Strategy“. Dieser zielt über dessen politisch-militärisch-soziale Strukturen primär auf das Verhalten des Widersachers. Entsprechend steht nicht das Handeln im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern vielmehr die zu erzielende Wirkung. Das PRT-Konzept⁴⁾ im Rahmen des ISAF-Einsatzes in Afghanistan stellt einen ersten praktischen Ansatz dar, der jedoch der Weiterentwicklung bedarf.

Der *Effects Based Approach to Operations* stützt sich entscheidend auf die Fähigkeit zur Vernetzten Operationsführung. Diese bezieht sich im Schwerpunkt auf die Führung und den Einsatz von Streitkräften auf der Grundlage eines streitkräftegemeinsamen, führungsebenenübergreifenden und interoperablen Kommunikations- und Informationsverbundes, der alle relevanten Personen, Stellen, Truppenteile und Einrichtungen sowie Sensoren und Effektoren miteinander verbindet. Die damit verbundene Kompetenzbündelung, umfassende Informationsteilhabe und wissensbasierte, durch intensive ebenenübergreifende Zusammenarbeit optimierte Entscheidungsfindung leisten einen zentralen Beitrag zur angestrebten Wirkungsüberlegenheit. Diese neue Dimension des Verbundes von Führung, Aufklärung und Wirkung erlaubt es, durch enge und schnelle Abstimmung von Handlungsoptionen militärisches Handeln im gesamten Aufgabenspektrum schneller, effektiver und effizienter im Sinne des Auftrages zur Wirkung zu bringen. Die Informationsteilhabe zusätzlicher Akteure insbesondere auch aus zivilen Ressorts und internationalen Organisationen sowie die Berücksichtigung der vielfältigen nichtmilitärischen Faktoren sind konzeptionell ausdrücklich berücksichtigt. Vernetzte Operationsführung verbessert nicht nur signifikant das militärische Fähigkeitsprofil der Bundeswehr. Sie sichert zugleich die Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit wichtigen politischen, zivilen und militärischen Partnern in NATO, EU und UNO.

Streitkräftetransformation

„Die Transformation der Bundeswehr ist auf dem Weg und muss konsequent fortgesetzt werden. Durch den eingeleiteten Transformationsprozess richtet sich die Bundeswehr konsequent an den Erfordernissen des Einsatzes aus und bleibt entwicklungs offen, um jederzeit auf denkbare Veränderungen der sicherheitspolitischen und militärischen Anforderungen reagieren zu können. Sie wird ihr Fähigkeitsprofil weiter verbessern und als Teil einer zunehmend vernetzten Sicherheitspolitik

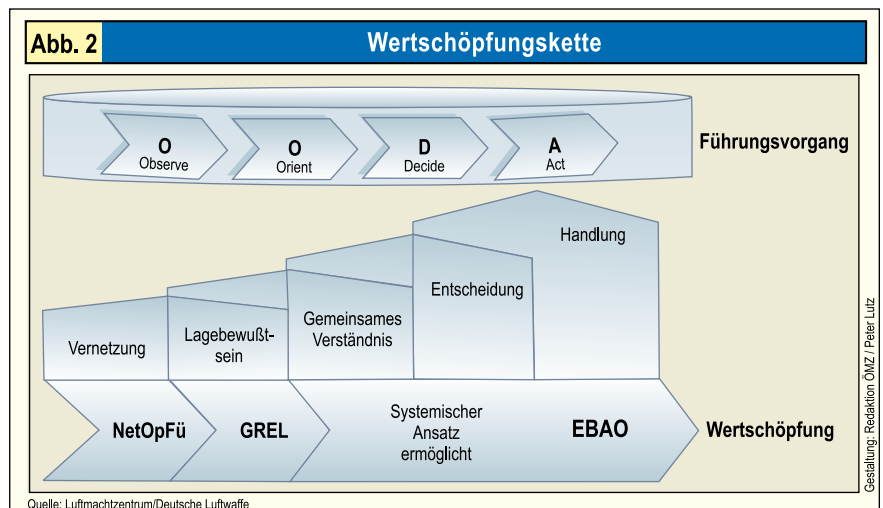
ihren Beitrag zur gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge leisten.“⁵⁾ Mit diesen Sätzen führt der Bundesminister der Verteidigung Dr. Franz Josef Jung in das Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr ein.

Im Gegensatz zu den bisher in unregelmäßigen Abständen durchgeführten Reformen mit vorgegebenem Endzustand bezeichnet Transformation danach einen fortlaufenden, vorausschauenden Anpassungsprozess, um die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zu erhöhen und auf Dauer zu erhalten. Sie umfasst sowohl die fortwährende Anpassung der Fähigkeiten an sich verändernde Sicherheitsbedrohungen und neue militärische Erfordernisse als auch die konsequente Nutzung von Innovationen im technologischen Bereich, die stärkere Integration, Vernetzung und Synergie von Konzepten, Ausbildung, Material und Technologien. Die erfolgreiche Gestaltung dieses Anpassungsprozesses ist Gegenstand der Transformation. Dabei liegt der Schlüssel zum Erfolg in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen innovativen und experimentierfreudigen Ansätzen und einer besonnenen Modernisierung bewährter Fähigkeiten.

Die Bundeswehr hat bereits ein beachtliches Maß an konzeptionellen Hausaufgaben geleistet, um sich den immer schneller wandelnden politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen in einem Prozess permanenter Anpassung zu stellen. Wesentliche Kernelemente der Transformation der Bundeswehr sind die Konzentration auf die wahrscheinlichsten Einsätze, die streitkräftegemeinsame und multinationale Ausrichtung sowie die Befähigung zur bereits dargestellten Vernetzten Operationsführung.

Die bisherige Transformation der Bundeswehr kann sich sehen lassen. Die „... einsatzorientierte Neuausrichtung der Bundeswehr unter Konzentration auf ihre wahrscheinlichen Aufgaben (ist) bereits ein gutes Stück vorangekommen. Wir bewegen uns damit auf Augenhöhe mit den Entwicklungen bei unseren Partnern in NATO und EU.“⁶⁾ Inhaltlich ist in den Streitkräften eine beachtliche Landschaft konzeptioneller Grundlagen entstanden, die mit hohem Tempo weiterentwickelt und vervollständigt werden, allerdings in den zivilen Ressorts wohl noch auf längere Zeit ihresgleichen suchen werden.

Die inzwischen in den Streitkräften bewährten drei Prinzipien der Transformation versprechen auch als Grundlage einer wirkungsorientierten Vernetzung der politischen, militärischen, wirtschaftlichen und zivilen Mittel für die Neuausrichtung des gesamten Sicherheitssektors hohe Relevanz:



1. die „Wertschöpfungskette“ der Vernetzten Operationsführung, die auf der Herausbildung eines gemeinsamen, konturen- und tiefenscharfen Lageverständnisses sowie der Vernetzung aller relevanten Akteure gründet. In der Umsetzung gelingt es, in den Entscheidungszyklus - die so genannte OODA-Loop⁷⁾ - von kriminellen, terroristischen bzw. gegnerischen Akteuren wirkungsvoll einzudringen und diese an der Ausführung ihrer Planungen zu hindern bzw. eingetretenen Schaden unverzüglich zu begrenzen;

2. die ressortübergreifende Wirkungsorientierung des *Effects Based Approach to Operations*, denn die heutigen Risiken und Herausforderungen lassen sich nur bewältigen, wenn Außen-, Verteidigungs-, Entwicklungs- und Innenpolitik wirksam ineinander greifen, sowie

3. die Konzeptentwicklung und ihre experimentelle Überprüfung als Werkzeug der unverzüglichen Implementierung von Innovation.



Da eine vernetzte Operationsführung besonders die Urteilsfähigkeit der militärischen Autorität im Einsatz, aber auch für systematische Zusammenhänge erfordert, ist eine fordernde, einsatzbezogene Ausbildung Voraussetzung (Bild: Führungskräfteausbildung beim Generalstabslehrgang des österreichischen Bundesheeres).

Change Management

Trotz aller Anfangserfolge muss Streitkräftetransformation noch erfolgreicher werden, will sie mit dem Innovationstempo außerhalb der Bundeswehr - in Wirtschaft, Gesellschaft und Technologieentwicklung - Schritt halten. Nach den vielen Restrukturierungs- und Reformwellen in der Bundeswehr ist ein energischer Transformationsprozess schon deswegen ohne realistische Alternative, weil zahllose, diskontinuierliche Kürzungen, Restrukturierungen und - im Zuge offensichtlich immer wieder überraschender Einsätze - Eingriffe in den investiven Anteil des Verteidigungshaushalts die Streitkräfte ausgezehrt und ausgehöhlt haben. Dabei liegt es in der Natur der Aufgabe, Transformation als Change Management anzulegen. Ein derartiger Ansatz schafft neue Perspektiven für Soldaten und zivile Mitarbeiter in den Streitkräften, für Politik und Öffentlichkeit, die sich heute fragen, welche Relevanz die Streitkräfte im 21. Jahrhundert haben.

Change Management zielt auf die Umsetzung einer Vision mittels der Trias Mensch-Organisation-Technik und die Kommunikation dieses Ansatzes nach innen und außen. Die Vision

liegt mit der Zielsetzung Vernetzter Sicherheit vor. Die Trias der Umsetzung zielt

- beim Menschen über Bildung, Ausbildung und Erziehung auf systemisches Denken und Führungskönnen im ressortübergreifenden, multinationalen Einsatz,

- in Aufbau- und Ablauforganisation auf einer dezentralen, vernetzten Ausrichtung zur Beherrschung zunehmender Komplexität und Dynamik,

- in der Technologie auf *Network Enabling Capabilities*. Dabei muss eine ambitionierte Invest-Strategie sicherstellen, dass preiswerte und dennoch moderne, mit den Partnern anderer Ressorts und Nationen interoperable Technologie frühzeitig die Truppe erreicht.

Mensch

Der Mensch - insbesondere der militärische Führer - steht

mit seinem Wissen, seinem Können und seinen Einstellungen im Zentrum des Change Managements. Neben Auswahl und Motivation geht es vordringlich um Bildung, Ausbildung und Erziehung. Die Einsatzszenarien, die Komplexität der Einsatzerfordernisse sowie die absehbaren Anforderungen der Vernetzten Operationsführung fordern vom militärischen Führer insbesondere dessen Urteilsfähigkeit - übrigens nicht nur im Einsatz, sondern gerade auch für systemische Zusammenhänge beispielsweise in der Zusammenarbeit mit anderen Ressorts und Nichtregierungsorganisationen, mit Wirtschaft und Industrie oder im Umgang mit Hochtechnologie einschließlich Forschung und Entwicklung. Sicherheit in einer vernetzten Welt globaler Reichweite beansprucht die hellsten Köpfe und die besten Fähigkeiten.

Auf diesem Fundament muss eine fordernde und fördernde, eine lebendige, herausfordernde, praxisnahe multinationale und multilaterale Ausbildung gründen

sowie eine werteorientierte, einsatzbezogene Erziehung. Die so genannten Sekundärtugenden - darunter Fleiß, Loyalität und Disziplin - erweisen sich dabei im und für den militärischen Einsatz durchaus nicht sekundär, sondern vielmehr unverzichtbar. Sie entwickeln sich nicht von selbst. Was nicht in Elternhaus und Schule erworben wurde, muss spätestens durch Ausbildung und Erziehung vermittelt werden.

Dezentralisierung und Auftragstaktik sind wesentliche Merkmale einer wirksamen und effizienten Vernetzten Operationsführung. Vorgesetzte müssen unter den veränderten Bedingungen führen können und führen wollen. Führen mit Auftrag - die Fähigkeit zum Handeln im Sinne der übergeordneten Führung - ist insbesondere in den Krisenmanagement-Szenarien des 21. Jahrhunderts noch mehr als bisher unverzichtbar. Hier verbinden sich die Möglichkeiten moderner Informations- und Kommunikationstechnologie mit einem auf Dezentralisierung gründenden, Veränderung gestaltenden Führungsstil. Wenn Streitkräfte jedoch besser dezentral geführt werden, dann müssen auch durch entsprechende Bildung, Ausbildung und Erziehung Mitarbeiter befähigt werden, selbst die richtigen Entscheidungen treffen zu können.

Vernetzte Sicherheit führt zu einer erhöhten, sehr dynamischen „Komplexität“. Es gilt, diese Komplexität unter Kontrolle zu bringen und zu halten - Kontrolle im Sinne von „regeln“, „steuern“, „lenken“. Die differenzierten Fähigkeiten und Einsatzformen der Land-, Luft-, See- und Seeluftstreitkräfte müssen im Einsatz so im Konzert der verwendeten politischen, wirtschaftlichen, militärischen und zivilen Instrumente orchestriert werden, dass die Kombination von deren Fähigkeiten, Kräften und Mitteln dem *Effects Based Approach to Operations* zur angestrebten politischen und militärischen Wirkung verhilft. Moderne Management-Methoden tragen dazu bei, wichtige und langfristige Trends frühzeitig zu erkennen und auf diese zeitgerecht zu reagieren.

Methoden und Funktionalitäten des Wissensmanagements können beispielsweise die klassischen Methoden der Informationsversorgung und des Informationsmanagements ergänzen und weiterentwickeln und den anhaltend wachsenden Bestand an Daten, Informationen und Wissen handhabbar machen. Planungs- und Entscheidungsprozesse lassen sich durch die Nutzung neuer Möglichkeiten der Informationstechnologie sowie die Automatisierung von Verfahren - wie verteilte Planung, Anwendung simulationsgestützter Entscheidungshilfen und kontextbezogener Planungshilfen - beschleunigen und qualitativ verbessern. Derart können Führungskräfte und deren Stäbe von automatisierbaren Tätigkeiten entlastet werden. Sie gewinnen erhebliche Zeitvorteile und Handlungsfreiräume.

Konzeptentwicklung und Experimentierung ist inzwischen ein etabliertes, wichtiges Werkzeug zur Validierung von neuen Konzepten Vernetzter Sicherheit. Statt einzelner Plattformen und Systeme wird man künftig beispielsweise einen Aufklärungs-/Wirkungsverband anstreben, der von der Sensorik und dem Waffensystem, den jeweiligen Plattformen, der Munition, dem Daten-, Informations- und Führungsverbund, den Auswerteeinheiten, der Logistik, der Wartung und Instandsetzung bis hin zur Ausbildung des Bedienungspersonals reicht. Architekturuntersuchungen und Gesamtsystemsimulationen müssen das Veränderungspotenzial und den zu erwartenden politischen und militärischen, wirtschaftlichen und zivilen Nutzen vorgeschlagener Lösungsansätze nachweisen, um die Möglichkeiten und die Notwendigkeit der späteren Realisierung rechtzeitig abzuklären.

Dezentrale Führung basiert auf Vertrauen. Sie funktioniert nur mit Vertrauen. Wenn in immer komplexeren Situationen keine Sicherheit mehr vermittelt werden kann, bleibt Vertrauen die letzte belastbare Grundlage. Wenn die Komplexität keine Eindeutigkeit mehr zulässt - denn es gibt nicht mehr die richtige Strategie, Struktur oder Musterlösung für Problemstellungen -, dann kommt es auf Glaubwürdigkeit an.

Hierfür ist die Einstellung der Führungskräfte - deren Wille zur Gestaltung der Zukunft und die Fähigkeit Veränderung zu kommunizieren - von besonderer Bedeutung. Sie müssen ihre Risikobereitschaft unter Beweis stellen und darüber hinaus die Bereitschaft, sich und anderen anspruchsvolle Ziele zu setzen und diese, auch wenn es schwierig wird, konsequent zu verfolgen. Führungskräfte

müssen Balancen zwischen ganz unterschiedlichen Rollen finden. Sie brauchen Überblick, müssen aber auch vorbildlich zupacken und ganz konkret werden können. Sie brauchen eine starke Persönlichkeit, müssen zugleich belastbar sein, risikobereit, unabhängig, emotional stabil, mit einem starken inneren Antrieb, sich aber auch zurücknehmen können, ganz im Dienst der Sache. V.a. aber müssen sie Vorbilder sein. Die Vorbildfunktion ist entscheidend. Je komplexer die Welt ist, je unpersönlicher die Technologien, je globaler und komplexer Organisation und Aufgaben, desto mehr zählt die Persönlichkeit.

Organisation

Bei der Organisation sind Strukturen und Prozesse zu adressieren. Es geht um die Aufbau- und die Ablauforganisation.



Planungs- und Entscheidungsprozesse lassen sich durch die Nutzung neuer Technologien wie etwa durch die Anwendung simulationsgestützter Entscheidungshilfen beschleunigen und können zudem qualitativ verbessert werden (Bild: Soldaten des Jägerbataillons 25 bei der Arbeit am Führungssimulator).

Dezentralisierung ist die aufbauorganisatorische Herausforderung in der Vernetzten Sicherheit. Umfassende und zugleich schnelle Prozesse, die uns angesichts der Dynamik und Komplexität sicherheitspolitischer Risiken und Herausforderungen reüssieren lassen, stehen ablauforganisatorisch im Fokus. Je mehr Führungsebenen, desto höher ist die Durchlaufzeit - je höher die Durchlaufzeit, desto unangemessener ist das Antwort-Zeit-Verhalten. Strikt zentral oder hierarchisch ausgerichtete Organisationen sind nicht gut geeignet, komplexe Funktionen vernünftig zu erfüllen. Sequentielle Führungsprozesse können deshalb nicht mehr alleine stehen bleiben, sondern müssen mit parallelen Führungsprozessen ergänzt werden, starre Organisationen mit flexiblen und deren modulare sowie virtuelle Komponenten. Die Vorteile von Stab-/Linien-Organisationen mit ihren klaren Verantwortlichkeiten überwiegen dabei tendenziell im Einsatz. Im Heimatland helfen hingegen flexible, modulare und virtuelle Organisationsstrukturen, um im so genannten „Reach Back“ Tempo zu gewährleisten.

Beispielhaft kann man dies in der Natur beobachten, die ihre komplexen Systeme durch Selbstregulierung und Selbstorganisation steuert. Ebenso sieht das die moderne Management-Lehre.⁸⁾

Dabei geht es keineswegs um Dezentralisierung um jeden Preis. „Eine verzweigte Struktur braucht ein belastbares Rückgrat“,⁹⁾ unterstreicht Burkhard Schwenker, Chief Executive Officer der Unternehmensberatung Roland Berger. Zentrale Führung und dezentrale Ausführung passen in der Transformation zusammen. Sie sichern Orientierung und Kompetenz, Kostenvorteile und Flexibilität, Kontrolle und Agilität. Eine dezentrale Ausrichtung begünstigt das Erreichen von Transformationszielen gerade mit Blick auf die besonderen Bedingungen Vernetzter Operationsführung.

Teilstreitkräfteübergreifende Konzepte sind das Herzstück der Streitkräftetransformation. Redundanzen sind militärisch zwar zuweilen durchaus vorteilhaft, jedoch kosten sie Geld - und Finanzmittel sind ein sehr knappes Gut. Schon aus Kostengründen ist es nicht praktikabel, dass jede Teilstreitkraft ihren eigenen Weg geht. Aufgrund der technologischen Entwicklung kommt es beispielsweise zu einer verstärkten Überschneidung der Fähigkeiten von Land- und von Luftstreitkräften. Sieht man von den beiden Polen ab, Häuserkampf abgesessener Infanteristen bei den Landstreitkräften und strategische Luftkriegführung bei den Luftstreitkräften, dann kann der „mittlere Bereich“ zunehmend von beiden Teilstreitkräften abgedeckt werden. Das Heer kann immer weiter in die Tiefe „schauen“ und mit Feuer großer Reichweite in die Tiefe wirken, und die Luftwaffe kann zunehmend besser Einzelzielbekämpfung mit hoher Präzision durchführen.



Die Beschaffungsplanung der Bundeswehr richtet sich nach dem Bedarf an militärischen Mitteln, so beispielsweise in der Katastrophenhilfe (Bild: Ein Hubschrauber der Bundeswehr evakuiert Erdbebenopfer aus dem pakistanischen Teil Kaschmirs im Oktober 2005).

Vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen und der neuen Herausforderungen hat sich ein fähigkeitsorientiertes Denken und Handeln durchgesetzt. So richtig die fähigkeitsorientierte Bundeswehrplanung und die Beschaffungssystematik des *Customer Product Management* (CPM) grundsätzlich sind - sie halten bisher nicht Schritt mit den dynamischen technologischen Entwicklungen einschließlich deren kostengünstiger Marktverfügbarkeit. Zudem hat das zunehmend ressortübergreifende Sicherheitsverständnis noch keine Entsprechung in der Beschaffungsplanung der Streitkräfte gefunden. So entsteht - mehr oder weniger unter Ausschluss der Streitkräfte - ein ressortübergreifender Sicherheitsmarkt mit zahlreichen preiswerten und zugleich hochmodernen Produkten für

Stabilisierungsaufgaben wie auch Aufgaben der Inneren Sicherheit - insbesondere im Bereich von Kommunikation und Aufklärung -, die von sehr unterschiedlichen Bedarfsträgern verwendet werden können und mit Blick auf deren erforderliches Zusammenwirken auch verwendet werden sollten.

Wenn nun militärische Beschaffungsplanung bedarfsorientierte - also primär an der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr orientierte -, finanziell leistbare Lösungen für militärische und sicherheitspolitische Herausforderungen anbieten soll - bezahlbare Lösungen für die dringendsten Sicherheitsaufgaben in den Streitkräften, im vernetzten, ressortübergreifenden Kontext -, dann ist es an der Zeit, Überlegungen für eine Investitionsstrategie auszugestalten, die ressortübergreifend eine hohe technologische Qualität in kurzer Zeit und in großer Stückzahl den mit Sicherheitsaufgaben und Katastrophenhilfe beauftragten Kräften in Bund und Ländern zur Verfügung stellt. Diese Systeme wären preiswert, leistungsfähig und systemisch interoperabel.

Technik

Das inhärente Potenzial preiswerter und zugleich hochleistungsfähiger Sensor-, Informations- und Kommunikationstechnologien eröffnet enorme Möglichkeiten für die zeitkritische, erfolgreiche Wahrnehmung komplexer Aufgabenstellungen auch im ressortübergreifenden Kontext. In *Effects Based Operations* und Vernetzter Operationsführung steigen die Anforderungen an Informationsbedarf, -management und -sicherheit.

Die zentralen Voraussetzungen für die wirksame Nutzung dieser entscheidenden Ressource sind allerdings der Aufbau, die ständige Weiterentwicklung sowie die gesicherte Verfügbarkeit einer ganzheitlichen Wissensbasis. Erst auf dieser Grundlage lassen sich realitätsnahe und umfassende Ursache-Wirkungsbeziehungen bzw. belastbare Effektketten prognostizieren, um erfolgreich mögliche Handlungsoptionen zu entwickeln und gegeneinander abzuwägen. Dabei ist ein Wandel in der Informationsverteilung unausweichlich, andernfalls drohen Informationsüberflutung einerseits und Informationsdefizite andererseits. Der Trend geht von der vertikalen zur horizontalen Vernetzung.

Sowohl für die Einsatzfähigkeit wie auch die Weiterentwicklung von Streitkräften hat die Fähigkeit zur vernetzten Kollaboration eine entscheidende Rolle. Sie löst Zug um Zug die hergebrachten, proprietären Führungs- und Informationssysteme ab, denn:

- Kollaborationsportale tragen durch die Schaffung eines integrierten Arbeitsplatzes zur Lösung des Komplexitätsproblems bei. Informationszugang, -verbreitung und -verarbeitung werden über verschiedene Ebenen durch nur einen Zugangskanal ermöglicht.

- Sie vereint die Führungs- und Informationssysteme, Wissensbestände, Such- und Interaktionsmöglichkeiten, Links und Dienstleistungen und ermöglicht einen persönlich angepassten Zugriff auf diese Inhalte und Dienste.

- Mit diesem Ansatz werden die technischen Voraussetzungen geschaffen, um unterschiedliche Datenbanken und Systeme zu nutzen, ohne dass Daten dabei verloren gehen oder die Nutzer neue Systeme erlernen müssen. Zugleich erfolgt eine Harmo-



REUTERS/FABRIZIO BENICH

Bild nur im Heft verfügbar

Die Vernetzung von sicherheitsrelevanten Bereichen betrifft nicht nur die äußere Sicherheit, sondern auch die innere. Durch ressortübergreifendes Zusammenwirken von Feuerwehr, Polizei und Militär (im Bild während der Katastrophenschutzübung *Triangel* im März 2006 in Berlin-Tempelhof/ Deutschland) können u.a. Großveranstaltungen und kritische Infrastruktur geschützt werden.

nisierung und Vernetzung der Informations- und Kommunikationssysteme. Somit werden Schnittstellen zwischen vorher isolierten Informationsbanken gebildet, die eine Verarbeitung und Interpretation von Informationen gestatten und somit die Produktion von neuem Wissen ermöglichen.

- Sie stellt einen virtuellen Arbeitsplatz dar, von dem aus ein zentralisierter Zugriff auf verschiedene Systeme möglich ist. Unabhängig von der Quelle werden benötigte Informationen im Browserfenster des Portals angezeigt.

- Sie ermöglicht durchgängige, schnittstellenübergreifende Prozesse sowie unabhängig von zeitlichen und geografischen Barrieren eine Echtzeitkommunikation bzw. synchrone oder asynchrone Zusammenarbeit.¹⁰⁾

Collaboration-Suites sind Voraussetzung für Mensch und Organisation, die geforderten anspruchsvollen Managementleistungen zu erbringen. Sie verbessern durch ein ganzheitliches Informations-, Prozess- und Wissensmanagement auf Basis einer intranetbasierten Portal- und Kollaborationsplattform die Führungseffizienz der beteiligten Akteure und Entscheidungsträger nicht nur im Einsatz, sondern bereits im Vorfeld, indem durch vernetzte Kollaboration explizit vorhandene Informationen und Wissen bereitgestellt sowie die Mitarbeiter zum impliziten Wissenstransfer und zur Zusammenarbeit unabhängig von Ort und Zeit befähigt werden. Ohne zeitgemäße *Collaboration-Suites* geraten noch so hochwertige IT- und Kommunikationsausstattungen schnell an ihre Nutzungsgrenzen.

Was für Lagebild und Lageverständnis ausgeführt wurde, gilt übertragen auch im Bereich von Sensoren und Effektoren. Insbesondere die Austauschbarkeit von Wirksystemen zwischen verschiedenen Systemträgerkategorien und deren Standardisierung gewinnen an Bedeutung. Die Systemvernetzung wird in der Ver-

netzten Sicherheit zum bedeutendsten Charakteristikum künftiger Einsatzsysteme. Demgegenüber treten die sich eher kontinuierlich, pragmatisch vollziehenden laufenden Verbesserungsmaßnahmen bei Teilsystemen und Komponenten in ihrer Bedeutung in den Hintergrund. Die Notwendigkeit zu einem umfassenden, ganzheitlichen Verbundsystemansatz wird auch durch die Tatsache verstärkt, dass innere und äußere Sicherheit zusammenwachsen.

Neben die traditionellen Verteidigungssysteme und deren Vernetzung treten vermehrt ressortübergreifende Problemlösungen für neue Sicherheitsherausforderungen, die „traditionell“ dem Bereich der inneren Sicherheit zugeordnet wurden, beispielsweise Feuerwehren, technisches Hilfswerk, Seuchenbekämpfung, Zivilschutz, Computersicherheit etc. Dieser integrale Ansatz trägt zur gesamtstaatlichen und multilateralen Effektivität und Effizienz bei und erlaubt industrielle Ressourcen und Fähigkeiten für einen „multiple use“ optimal zu nutzen. Das inhärente Potenzial moderner Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Sensorik eröffnet bisher unvorstellbare Wirkmöglichkeiten - auch im ressortübergreifenden Kontext. Grenzen und Küsten, Versorgungspipelines und Stromnetze, Großveranstaltungen und kritische Infrastruktur, Warenketten und Transportwege können bereits heute durch Multiple-Use-Technologien geschützt werden, die noch vielen futuristisch anmuten.

Vor diesem Hintergrund sind Auswertungs-, Kommunikations-, Einsatzplanungs- und Einsatzkontroll- sowie Führungszentren neu zu definieren und in ein neu zu schaffendes, vernetztes Gesamtsystem einzubringen. Die einheitliche Ausrüstung verschiedener Institutionen, Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben mit dem gleichen digitalen, abhörsicheren Kommunikationsmedium wäre damit beispielsweise gerade im Kontext der Vernetzten Sicherheit von großer Bedeutung.

Erfolgsfaktor Kommunikation

Kommunikation ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor im Change Management. Nach außen vermittelt die Kommunikationsstrategie den Transformationsansatz, darüber hinaus aber auch die Bedeutung der Transformation für militärische Interoperabilität und politische Kooperationsfähigkeit im Bündnis, in der EU und mit anderen Partnern. Aber auch nach innen - in die Streitkräfte hinein - ist ein Informations- und Kommunikationskonzept unentbehrlich, denn es

- schafft Problembewusstsein,
- vermittelt glaubwürdig die wesentlichen Botschaften von Transformation,
- erleichtert deren Rezeption und
- trägt zugleich bei, die Planungskomplexität zu reduzieren.

Dabei stehen nicht nur die Führungskräfte im Fokus, sondern gerade auch die Mitarbeiter. Für diese muss vordringlich Klarheit über den Transformationszweck und die Transformationsziele bestehen. Sie müssen über Ziele und Meilensteine, Methoden und Fortschritte ins Bild gesetzt werden. Jeder muss wissen: Wo geht es hin?!

Es gilt, externe wie interne Informationslücken zu schließen und Transformationsziele umzusetzen. Die Organisationsmitglieder müssen erfahren, welche wesentlichen Leistungen in Anbetracht unzähliger flüchtiger Veränderungsereignisse ihre politische und militärische Führung im Transformationsprozess tatsächlich von ihnen erwartet. Der Erfolg der Transformation hängt davon ab, dass es gelingt, die Beteiligten mitzunehmen. Die Nutzung neuer Medien ist wichtig, genügt aber nicht. Mehr noch zählen Gespräche und das Vorbild der Führungskräfte. Transformation dieses Zuschnitts wird erlebbar. Spezifische Probleme werden leichter identifiziert und auch eher gelöst.

Das Kommunikationskonzept muss insbesondere die Glaubwürdigkeit der Transformation unterstreichen, die Ernsthaftigkeit einer konsequenten Umwandlung des „Unternehmens Bundeswehr“ sowie deren Einbettung in den erforderlichen ressortübergreifenden, multinationalen Kontext. Im Ergebnis muss deutlich werden, dass die Bundeswehr den Transformationsweg gehen muss und kann, will und wird! Auch muss klar werden, dass dieser Weg von Vorteil für alle ist - für Staatswesen, Steuerzahler, Industrie und internationale Partner! Diese Transparenz gibt Dritten Überblick und Zuversicht in die Qualität der Leistung von Sicherheitskräften. Gerade auch diese Dimension ist wachstumsrelevant.

Es geht um zivile Führung

Hohe Transaktionsraten und Operationsgeschwindigkeiten, strukturelle Lernfähigkeit und Flexibilität sowie die Beherrschung von Dynamik und Komplexität auf allen Ebenen sind die Voraussetzungen für künftige sicherheitspolitische Erfolge. Dies unterstreicht die Bedeutung von systemischem, energischem, wachstumsorientiertem Change Management. Streitkräfte müssen sich dabei mit ihrem Beitrag in zunehmend vernetzten, gesamtstaatlichen und globalen sicherheitspolitischen Strukturen neu verorten - Strukturen, in denen alle Instrumente der Politik sowie die Beiträge der vielfältigen nichtstaatlichen Organisationen wirksam zu verbinden sind. Der konzeptionelle Rahmen hierzu wird im Rahmen der Vernetzten Sicherheit, des *Comprehensive Approach*, des *Effects-Based Approach to Operations* sowie der Vernetzten Operationsführung Zug um Zug erarbeitet. Die Wirksamkeit dieses Ansatzes erfordert v.a. einen Wandel in den Köpfen.

Dabei geht es im Kern um zivile Führung. Gerade diese muss sich unter den Bedingungen Vernetzter Sicherheit leistungsfähig

und leistungsbereit aufstellen. Angesichts der komplexen Wirkzusammenhänge zwischen Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge/Wiederaufbau kann nur eine kontinuierliche zivile Führung aus einer Hand auf Dauer erfolgreich sein.

Die Erfahrung im Krisenmanagement zeigt, dass der schnelle Aufbau staatlicher Strukturen - darunter Verwaltung, Justiz, Polizei - die Schlüsselherausforderung für den Stabilisierungserfolg der Auslandseinsätze insgesamt ist. Insbesondere das Innen- und Justizressort sind gefordert. Die erforderliche ressortübergreifende Koordinations- und Führungsaufgaben vor Ort können weder Entwicklungshilfe noch Außenpolitik leisten - auch wenn die Außenpolitik die politisch-strategische Zielsetzung vorgibt - und auch nicht die Streitkräfte. Streitkräfte stellen den militärischen Sicherheitsrahmen. Sie kaufen Zeit, damit sich die zivilen Kräfte hinsichtlich Stabilität und Good-Governance erfolgreich entfalten können. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung, Deutschland, Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Köln 2006, S.31.
- 2) Edgar Grande: Vom Nationalstaat zum transnationalen Politikregime - Staatliche Steuerungsfähigkeit im Zeitalter der Globalisierung, S.384-401; Globalisierung und staatliche Steuerung. In: Entgrenzung und Entscheidung, Ulrich Beck und Christoph Lau (Hrsg.), Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2001, S.388.
- 3) Karen S. Cook: Exchange Networks and Generalized Exchange: Linking Structure and Action. In: Bernd Marin: Generalized Political Exchange - Antagonistic Cooperation and Integrated Policy Circuits, Campus Verlag, Frankfurt am Main 1990, S.215-230, S.215f.
- 4) Provincial Reconstruction Team.
- 5) Weißbuch 2006, a.a.O., S. 5.
- 6) General Wolfgang Schneiderhan: Die Streitkräfte im Transformationsprozess. In: Europäische Sicherheit 2/2006, S.20.
- 7) Observe - Orient - Decide - Act.
- 8) Fredmund Malik fordert: „Organisiere das Unternehmen so, dass es sich soweit wie möglich selbst organisieren und selbst regulieren kann.“ Siehe: Fredmund Malik: Komplexität, Management und Patterns of Control. In: Bernhard von Mutius (Hrsg.): Die andere Intelligenz, Wie wir morgen denken, Stuttgart 2004, S.174ff.
- 9) Burkhard Schwenker: Führung und Führungspersönlichkeit im Zeichen der Globalisierung, Vortrag an der Führungsakademie der Bundeswehr am 30.8.2005.
- 10) Durch die Integration können verschiedene Ebenen der Organisationsbereiche an unterschiedlichen Standorten als virtuelle Einheit agieren. Instrumente wie Online-Meetings, Instant Messaging, virtuelle Teamräume, Yellow Pages, Foren u.v.m. erlauben dem Nutzer, schnell und leichter als mit traditionellen Kommunikationsmitteln (wie Telefon oder Fax) mit Partnern zu interagieren. Dies ist ggf. auch multinational möglich.

Diplom-Kaufmann Ralph Thiele

Geb. 1953; Oberst i.G.; Beauftragter Sondervorhaben Luftwaffenamt, Köln; 1974-1978 Studium der Wirtschafts- und Organisationswissenschaften an der Universität der Bundeswehr München; 1976-1978 Studium der Politikwissenschaften an der Hochschule für Politik, München; 1973 Eintritt in die deutsche Luftwaffe. Verwendungen beim Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr, im Führungsstab der Luftwaffe und Planungsstab des Bundesministers der Verteidigung, Kommandeur Flugabwehrraketengruppe 39, HAWK, Leck, Dozent Militärstrategie an der Führungsakademie der Bundeswehr, Kommandeur des Zentrums für Transformation der Bundeswehr, Direktor Lehre an der Führungsakademie der Bundeswehr. Internationale Verwendungen als Military Assistant beim Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Europa, Mons, und als Chef de Cabinet/Chef des Stabes, NATO Defense College, Rom; seit 1997 Gründungsvorsitzender der Politisch-Militärischen Gesellschaft e.V. (pmg), Bonn-Berlin; seit 2007 Mitglied der Wissenschaftskommission beim Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien; zahlreiche Veröffentlichungen.

Krise um Österreichs Luftraum

Politische Aufwallungen und Verstimmungen im Zuge der Libanonkrise des Jahres 1958

Walter Blasi

Der erste Artikel des Bundesverfassungsgesetzes über die Neutralität Österreichs, das vom Nationalrat am 26. Oktober 1955 beschlossen wurde, beginnt mit den Worten:

„Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.“



Bild nur im
Heft verfügbar

Obwohl sich Österreich mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages zur Neutralität verpflichtet hatte, konnte diese nicht gänzlich eingehalten werden. Besonders betroffen davon war der österreichische Luftraum (Bild: Staatsvertragsunterzeichnung 1955 im Schloss Belvedere).

Bundeskanzler Julius Raab vergaß in seinen später noch oft zitierten Ausführungen aber auch nicht darauf hinzuweisen, „dass die (militärische) Neutralität den Staat verpflichtet, nicht aber den einzelnen Staatsbürger“. Der Leser bzw. der gelernte Österreicher hat sicherlich schon erraten, dass dieses in der großen Stunde der Neutralitätserklärung abgegebene feierliche „Versprechen“ in den kommenden Jahren nur bedingt eingelöst werden sollte - auf jeden Fall, was die Maßnahmen in der Luft betrafen. Hier waren die Defizite am stärksten spür- und sichtbar.

Mit der „Neutralität, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird“ hatte Österreich zwar wieder seine Freiheit erworben, sich zwangsläufig aber für die teuerste Form der militärischen Verteidigung entscheiden müssen, denn bei den Staatsvertragsverhandlungen im Jahre 1955 hatte es nur die Wahl zwischen dem Status quo (weiterhin Besetzung) oder der Neutralität (also „Freiheit“) gegeben - eine andere Option hat nie bestanden.²⁾ Der Schweizer Sozialdemokrat Walter Bringolf, der als Gastredner am SPÖ-Parteitag von 1955 auftrat, klärte seine österreichischen Parteigenossen, die ursprünglich statt Neutralität den Begriff Allianzfreiheit bevorzugt hatten, unmissverständlich auf: Neutralitätspolitik sei keine billige Politik. Sie verlange eine Armee und eine solche brauche Geld, denn diese müsse modern, wirksam geschult und ausgerüstet sein.³⁾ Man darf der Schweiz getrost genügend Erfahrung mit der bewaffneten Neutralität zubilligen. Gerade diese Erfahrungen haben gezeigt, dass nur eine bewaffnete Neutralität Aussicht auf Bestand haben könne. Grundvoraussetzung ist allerdings eine kampfbereite Armee.

Das „ungeliebte Kind“ dieser Liaison: Das Bundesheer der Zweiten Republik

In Österreich schritt man 1955 eher lustlos zum Aufbau des Bundesheeres - laut dem Historiker Ernst Hanisch eine indirekte Folge des Staatsvertrages. Es sollte auch nie gelingen, das Heer im öffentlichen Bewusstsein so recht zu festigen.⁴⁾ Zwar war am außerordentlichen Parteitag der ÖVP am 18. Mai 1955 von der aus ÖVP und SPÖ gebildeten Bundesregierung die unverzügliche Aufstellung eines Bundesheeres zur Verteidigung der Neutralität und der Grenzen Österreichs gefordert worden. Dieses sollte von jedem parteipolitischen Einfluss frei bleiben und auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht gebildet werden. Es gab aber gleichzeitig Stimmen in der Partei, die die Aufstellung eines Heeres als „militärisch und finanziell unmöglich“ bezeichneten bzw. eine Garantie der Neutralität durch die Großmächte für erheblich sinnvoller hielten.⁵⁾ Bundeskanzler Julius Raab hatte noch ein Jahr zuvor die Meinung vertreten, eine militärisch ausgebildete Exekutive⁶⁾ würde für sicherheitspolitische Aufgaben völlig genügen.⁷⁾ Wenn Raab nun auch ein Bundesheer befürwortete, so versuchte er dennoch, was die Forderungen der militärischen „Führung“ betraf, auf die Bremse zu treten. Als z.B. in der Kasernenfrage die einzelnen Objekte besprochen wurden, soll er öfters zu dem Mann der ersten Stunde des künftigen Heeres, General der Artillerie Ing. Dr. Emil Liebitzky, gesagt haben, „Herr General, de brauch ma net!“, bis dieser ihn vom Gegenteil überzeugen konnte.⁸⁾

Auch die SPÖ äußerte sich am 14. Mai 1955, also einen Tag vor Unterzeichnung des Staatsvertrages, zur Heeresfrage. Sie sah „in einer Armee des Volkes den besten Schutz der Republik“. Ihr schwebte ein Heer mit milizartigem Charakter, möglichst einfacher Gestaltung, ohne große Stäbe und mit möglichst kurzer Dienstzeit vor. Die Parteiführung distanzierte sich bewusst von der „in der SPÖ und in ganz Österreich häufig vertretenen Ansicht“, die den Schutz der Grenzen verstärkten Gendarmerie- und Polizeieinheiten

überlassen wollte.⁹⁾ Als auf dem Kärntner SPÖ-Parteitag am Staatsvertragswochenende stürmische Debatten über die Wehrpflicht ausbrachen, definierte Bruno Pittermann das Problem dahingehend, dass die SPÖ vor der Frage stehe, „entweder an der Gestaltung eines Bundesheeres mitzuwirken oder diese unvermeidliche Einrichtung der ÖVP zu überlassen“.¹⁰⁾ Soweit den damaligen Pressestimmen zu entnehmen ist, schlug dem künftigen Bundesheer auch bei der Bevölkerung nicht unbedingt eine Welle der Begeisterung entgegen - die antimilitärische Grundstimmung der Nachkriegszeit dauerte an. Eine eher kritisch, vorsichtig bejahende Haltung unter gewissen Bedingungen - v.a. unter den älteren männlichen Staatsbürgern mit militärischer Erfahrung - dürfte überwogen haben.¹¹⁾ Als Katastrophe für das Heer bis in die heutigen Tage sollte sich auch das geringe Budget erweisen, das auf Basis der geschenkten Ausrüstung der abziehenden Alliierten erstellt wurde; es wurden in den Jahren 1956

Im Gegensatz zum Heer gab es für die Luftstreitkräfte keine großen Geschenke; einzig die abziehende sowjetische Besatzungsmacht hinterließ ein bescheidenes Präsent in Form von acht Propellermaschinen (vier Schulflugzeuge *Yak-18* und vier Schul-Kampfflugzeuge *Yak-11*), die in Kisten verpackt erst einmal zusammengebaut werden mussten und der Pilotengrundsicherung dienen sollten. In den Jahren 1956 bis 1958 wurden weitere Flugzeugtypen (einschließlich der ersten Hubschrauber) beschafft. Dabei handelte es sich lediglich um Schul-, Verbindungs- und Zielschleppflugzeuge. Dazu zählte auch der einzige Düsenflugzeugtyp der österreichischen Luftstreitkräfte, der Strahltrainer *De Havilland DH 115 Vampire Mk.T11*, von dem 1957 fünf Stück beschafft wurden. Das erste „echte“ für Kampfeinsätze konstruierte Düsenflugzeug, der Jagdbomber *Saab J 29F*, wegen seiner Form liebevoll „Fliegende Tonne“ genannt, sollte erst 1961 in entsprechender Stückzahl beschafft werden.



Bild nur im
Heft verfügbar

Nach Abschluss des Staatsvertrages machte man sich an den Wiederaufbau der österreichischen Streitkräfte. Die *B-Gendarmerie* (hier beim Bajonettexerzieren in geschlossener Formation in Leoben 1951) bildete den Grundstock für dieses neue Bundesheer.

bis 1958 nur geringe Finanzmittel für Neuinvestitionen veranschlagt. Dies hatte für die Jahre danach, als die „Rüstungsgeschenke“ durch neues Gerät zu ersetzen waren, dramatische Folgen.¹²⁾ Ebenfalls eingeführt wurde auch die für eine Armee des Kalten Krieges einmalig kurze Wehrdienstzeit - nämlich neun Monate minus zwei Wochen Abrüsterurlaub.

Die bescheidenen Anfänge der österreichischen Luftstreitkräfte

In diesem Klima - von den Politikern als unvermeidlicher Preis für die wieder gewonnene Freiheit seufzend akzeptiert, von der (männlichen) Bevölkerung trotzig bis resignierend zur Kenntnis genommen und vom Finanzminister finanziell unterversorgt - begann der Aufbau des Heeres. Mit der Aufstellung des Bundesheeres war es selbstverständlich, dass neben Landstreitkräften auch Luftstreitkräfte notwendig waren. Für Letztere waren in der 1952 aufgestellten Vorgängerinstitution, der *B-Gendarmerie*, weder materielle noch personelle Vorsorgen getroffen worden. Während die Landstreitkräfte des neuen Bundesheeres, basierend eben auf den Kadern der *B-Gendarmerie* und einer Waffen- und Geräteausrüstung für Infanterie-, Artillerie-, Pionier- und Fernmeldeverbände, den Aufbau sofort antreten konnten, begann die Aufstellung der Luftstreitkräfte des Bundesheeres ohne entsprechende Vorleistungen - dies sowohl in personeller, materieller als auch infrastruktureller Hinsicht.

Diese Typenvielfalt an Luftfahrzeugen sorgte für die ironische Bezeichnung „Schmetterlingsammlung“, die in den nächsten Jahren noch erweitert werden sollte. Aufgrund der angespannten finanziellen Situation war durch Geschenke, Gelegenheitskäufe („Schnäppchenjagd“) und notwendige Erstanschaffungen dieses Sammelurium zustande gekommen. Als behindernd für eine geradlinige Entwicklung kam noch das lange umstrittene Konzept über die Organisation und den Ausbau der österreichischen Luftstreitkräfte hinzu.¹³⁾

In diese Situation platzte 1958 die Libanonkrise. Nun mag sich der Leser fragen, was ein tausende Kilometer von Österreich entfernter Krisenherd für Auswirkungen auf unser Land haben konnte. Konnte er: Im Zuge der Libanonkrise kam es nämlich zu einer Verletzung der österreichischen Souveränität sowie einer nachhaltigen Verstimmung zwischen Wien und Washington, und Österreich wurde unvermittelt in die Ost-West-Auseinandersetzung hineingezogen. Für die UdSSR hingegen bot diese Episode die Möglichkeit, eine Kurskorrektur in der Neutralitätspolitik Österreichs zu bewirken. Außerdem demonstrierte sie die Hilflosigkeit der österreichischen Landesverteidigung auf dem Luftsektor.¹⁴⁾

Die Libanonkrise von 1958: Ursache und Verlauf

Eineinhalb Jahre nach der Suezkrise kam es im Nahen Osten neuerlich zu Spannungen. Auslöser war die labile Lage im Libanon - trotz des guten Rufes war die „nahöstliche Schweiz“ durch ein ethnisch-religiöses Gemisch ein potenzieller Krisenherd. Im April 1958 sorgten Gerüchte um eine (unzulässige) Wiederwahl des christlichen Staatspräsidenten Camille Chamoun für Unruhen, Streiks, Demonstrationen und Zusammenstöße zwischen Regierung und Opposition.¹⁵⁾ Dazu kam, dass sich Syrien und Ägypten am 1. Februar 1958 unter der Ägide des ägyptischen Staatspräsidenten Gamal Abdel Nasser zur „Vereinigten Arabischen Republik“ (VAR) zusammengeschlossen hatten; auch im Libanon war es daraufhin zu Demonstrationen für die VAR gekommen. Bei den libanesischen Christen wuchs daraufhin die Angst, in einem panarabischen Großstaat zu einer unbedeutenden (und möglicherweise unterdrückten) Minderheit herabzusinken.¹⁶⁾ Am 7. Mai 1958 gab Chamoun jedenfalls seine „Wiederwahl“ bekannt, die er nach zwei Monaten blutiger Unruhen widerrief. Die Ermordung eines Chamoun-Gegners und die

Ausrufung eines Generalstreiks durch die Opposition am 8. Mai 1958 waren dann der Funke, der das Pulverfass zum Explodieren brachte: Im Libanon herrschte (wieder einmal) Bürgerkrieg.¹⁷⁾

Die libanesisische Regierung vermutete hinter den Unruhen eine Agitation Syriens bzw. der VAR und forderte am 22. Mai 1958 eine Sitzung des UNO-Sicherheitsrates wegen der Einmischung der Vereinigten Arabischen Republik in die inneren Angelegenheiten des Libanon sowie der Unterstützung der Rebellion durch Waffenlieferungen und das Einschleusen bewaffneter Kräfte aus Syrien. Am 11. Juni 1958 beschloss der Sicherheitsrat die Entsendung einer Beobachtergruppe in den Libanon (*United Nations Observation Group in Lebanon* = UNOGIL).¹⁸⁾ Einen Monat später, am 14. Juli 1958, spitzte sich die Lage infolge des Sturzes der irakischen Monarchie weiter zu. Einige Tage lang glaubten die Moslemmilizen, die Begeisterung der Massen über den Umsturz im Irak und den damit verbundenen Sieg Nasser-freundlicher Politiker könnte jenen „Sturm“ entfachen, der die christliche Front im Libanon zum Einsturz bringen würde. Camille Chamoun bat daraufhin die USA um militärische Unterstützung. Unter Berufung auf die „Eisenhower-Doktrin“, die eine US-Intervention auch im Nahen Osten rechtfertigte, wann immer sich eine rechtmäßige Regierung vom Kommunismus bedroht fühlte und amerikanische Hilfe forderte, entsandten die USA am 15. Juli 1958 vorerst mehrere Bataillone Marineinfanterie in den Libanon. Eine völkerrechtliche Absicherung bot der Artikel 51 der UNO-Charta (das individuelle und kollektive Recht auf Selbstverteidigung).¹⁹⁾

Die *U.S. Marines* wurden in den folgenden Tagen durch weitere amerikanische Truppen aus den europäischen Kommandobereichen der US-Armee verstärkt. Gleichzeitig wurde eine starke *Composite Air Strike Force* aus den USA entsandt und noch während der ersten Stunden der Intervention ein operatives Kommando auf dem Luftstützpunkt Adana, Incirlik, in der Türkei eingerichtet. Operation *Blue Bat*, wie der Codename der amerikanischen Intervention im Libanon lautete, war angelaufen.²⁰⁾

Die Verstärkungen aus Europa, als *Task Force 201* bezeichnet, sollten von den Flugplätzen Fürstenfeldbruck und Erding (Bundesrepublik Deutschland) zunächst nach Adana verlegt werden. Von dort sollte der Weiterflug in den Libanon erfolgen.²¹⁾ Allerdings gab es einen Schönheitsfehler, dessen sich die Militärs erst am 16. Juli um 01:00 Uhr morgens bewusst wurden. Wie Roger Spiller, der Autor einer Studie über den amerikanischen Libanoneinsatz, bemerkte, hatten die Planer bis dahin keinerlei Gedanken an Überfluggenehmigungen verschwendet, obwohl die Maschinen über halb Mitteleuropa fliegen mussten, um in den Nahen Osten zu gelangen. Offenbar war es überhaupt das erste Mal, dass man sich mit diesem Problem beschäftigte. Eine frühere Anweisung der Vereinigten Stabschefs (*Joint Chiefs of Staff*) betreffend ausländische Überflugs- und Durchflugsrechte zur Stationierung von Truppen, die dem *Specified Command Middle East* zugeteilt wurden, hat wiederholt zu verstehen gegeben, dass dies dort, wo solche Rechte nicht zu erhalten waren, „einfach ignoriert werden sollte“ (auf die Regelung mit Österreich wird später noch eingegangen werden).²²⁾ Der Autor einer früheren Studie zu dem Thema „Lessons of Lebanon“, Albert P. Sights jr., hält dazu fest, dass die Planer von *Blue Bat* angenommen haben, die entsprechenden Lande- und Überfluggenehmigungen würden „schon vorhanden sein, wenn man sie benötige“. Der Autor führt

weiter aus, dass sich zwei befreundete Regierungen gezwungen gesehen hätten, die Überflugrechte über ihre Länder wegen unerwarteter politischer Komplikationen einzuschränken.²³⁾ Tatsächlich wurden im Falle der Libanonkrise von der griechischen Regierung keine Überfluggenehmigungen erteilt und von den US-Streitkräften auch akzeptiert, sodass die Flugzeuge umgeleitet werden mussten. Am 16. Juli 1958 startete um 08:17 Uhr die erste Maschine, eine *C-119*, von Fürstenfeldbruck in Richtung Türkei.²⁴⁾ Am 16. und 17. Juli flogen insgesamt rund 100 amerikanische Militärmaschinen von Bayern über Tirol in den Nahen Osten.²⁵⁾



Am 15. Juli 1958 entsandten die USA mehrere Bataillone Marineinfanterie in den Libanon (Bild). Der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower reagierte damit auf die Bitte des libanesischen, pro-westlich eingestellten, christlichen Präsidenten Camille Chamoun um militärische Hilfe.

Das „Vorspiel“ zu den Überflügen

Was die Erlaubnis zum Überfliegen²⁶⁾ durch amerikanische Flugzeuge bzw. die Transitrechte für US-Gütertransporte über österreichisches Staatsgebiet betraf, handelte es sich um kein neues Problem. Bereits einen Tag nach Unterzeichnung des Staatsvertrages, also am 16. Mai 1955, besuchte eine amerikanische Delegation unter Führung des Gesandten in Österreich, J. K. Penfield, Bundeskanzler Julius Raab und Vizekanzler Adolf Schärf. Neben Fragen der Landesverteidigung, den - ihrer Meinung nach zu langsamen - Aufbau des Bundesheeres betreffend, ging es den Amerikanern u.a. auch um Durchmarschrechte zu günstigen Bedingungen über österreichisches Territorium („Österreich wolle neutral sein, aber, soweit es möglich ist, wollen die Amerikaner trotzdem bitten, nach dem Inkrafttreten des Staatsvertrages versiegelte Fracht- und Personenzüge sowie Flugzeuge durch Österreich durchzulassen“).²⁷⁾ Tatsächlich befanden sich die österreichischen Politiker - Golo Mann hätte sie wohl als „unbeholffene, redliche Durchschnittsmenschen“ charakterisiert - in einer schwierigen Situation, denn einerseits war die Neutralität zu beachten, andererseits aber wollte man sich gegenüber dem amerikanischen „Gönner“ nicht als „undankbar“ zeigen und hat sich vermutlich bei dem Versuch, es allen recht zu machen, in eine Lage manövriert, mit der man letztlich heillos überfordert war.

Schon Anfang 1956 hatte die sowjetische Presse die USA wegen der Verletzung der österreichischen Neutralität durch Überflüge amerikanischer Militärflugzeuge scharf angegriffen. Der US-Botschafter

in Wien, Llewellyn E. Thompson, fragte daraufhin bei Außenminister Leopold Figl an, ob man hinsichtlich der Überflugsfrage zu einer Entscheidung gekommen sei - offenbar dürften die Amerikaner eine generelle Regelung angestrebt haben. Figl wiederholte den österreichischen Standpunkt, dass Österreich jedes formelle Abkommen zu diesem Thema vermeiden und zumindest vorläufig das bestehende System beibehalten wolle, das soweit zufriedenstellend funktioniere. Dieses Arrangement sah folgendermaßen aus: Der amerikanische Luftattaché (in Wien) wurde per Telefon oder Fernschreiber vom Kommando der *U.S. Air Force Europe* (USAFE) verständigt und suchte auf telefonischem Wege beim österreichischen Außenamt



Schon einen Tag später, am 16. Juli 1958, flog zum Zweck der Luftunterstützung die erste von etwa 100 Maschinen, eine C-119 (Bild), von Fürstenfeldbruck in Bayern über Tirol in den Nahen Osten.

um Erteilung einer Überflugsgenehmigung an. Diese wurde in der Regel sofort gewährt; die Österreicher fragten nur nach der Anzahl der Flugzeuge und dem geschätzten Zeitpunkt, wann die Maschinen über dem Innsbrucker Korridor sein würden. Botschafter Thompson berichtete dies dem amerikanischen Außenminister und empfahl, zumindest vorläufig keine weiteren Vorstöße zu unternehmen, um das Verfahren für die Überfluggenehmigungen zu ändern, weil die Österreicher überaus ängstlich bemüht seien, die militärische Neutralität einzuhalten und die Überflüge überhaupt auf ein Minimum zu beschränken. Das gipfelte dann in den herrlich naiven, beinahe kabarettartigen Vorschlag von österreichischer Seite, dass, wenn derartige Flüge schon notwendig wären, sie wenigstens in großer Höhe und möglichst unter solchen (Wetter-)Bedingungen stattfinden sollten, dass sie nicht bemerkt werden könnten²⁸⁾ - was natürlich nicht funktionierte, wodurch das „Arrangement“ letztlich aufflog.

Botschafter Thompson dürfte freilich mit seiner Empfehlung, die Zahl der Flüge zu beschränken, in Washington auf wenig Gegenliebe gestoßen sein: Schon im März 1956 musste er den österreichischen Außenminister über eine geplante Vermehrung der Überflüge informieren. Figl protestierte zwar nicht, gab aber der Hoffnung Ausdruck, dass es doch nicht allzu viele sein würden - zumindest bis zu den Wahlen (die am 13. Mai 1956 stattfanden). Er bat auch wiederholt dringend darum, die Flüge in großer Höhe und bei Wet-

terbedingungen durchzuführen, die eine Beobachtung vom Boden aus unmöglich machten.²⁹⁾ Diese „Regelung“ zwischen Österreich und den USA dürfte ganz gut funktioniert haben, obwohl sich die US-Vertretung in Wien schon im Frühling 1958 über Hinweise besorgt zeigte, wonach die österreichische Regierung von der bis dahin eindeutig pro-westlichen Haltung abweichen könnte und - in Vorbereitung des Besuchs Bundeskanzler Raabs in Moskau im Sommer 1958 - stärker einen Kurs der „Äquidistanz“ zwischen den Blöcken anstrebe.³⁰⁾ Dennoch hielt das „Überflugsarrangement“ bis zur Intervention der Amerikaner im Libanon im Juli 1958.³¹⁾

Schon am 26. Juni 1958 hatte der österreichische Botschafter in Washington, Wilfried Platzter, nach Wien berichtet, dass die Westmächte angesichts der Ereignisse im Libanon überlegten, der kleinen Republik direkt zu Hilfe zu kommen, falls die Maßnahmen der UNO nicht ausreichen sollten, die Unabhängigkeit des Landes zu sichern. Der österreichische Botschafter meinte, dass sich die USA unter dem Vorwand eines Schutzes ihrer eigenen Staatsangehörigen zu einer direkten Aktion entschließen könnten. Die USA würden jedoch einen derartigen Schritt nur sehr ungern unternehmen und vorher jedenfalls alles daransetzen, um den Bemühungen der UNO zu einem Erfolg zu verhelfen, den in Washington alle erhofften, viele jedoch bezweifelten.³²⁾ Wie bereits erwähnt, erfolgte im Juli ein Hilferuf des libanesischen Präsidenten, auf den die USA auch prompt reagierten. Hatte die Neutralität Österreichs in Friedenszeiten für die USA relativ wenig praktische Auswirkungen, so gewann sie in Krisenzeiten, wie eben in der Libanonkrise, tatsächlich eine gewisse Bedeutung.³³⁾

Die Überflüge im Juli 1958

Angesichts der großen Zahl der Überflüge Mitte Juli 1958 versagte nämlich das „Instrument“, die Flüge durch Höhe und Wetterlage zu verschleiern. Die österreichische Bundesregierung begann nun aus den vorhin genannten Gründen einen politischen „Eiertanz“ zu vollführen. Erschwerend kam noch hinzu, dass man unmittelbar vor dem Besuch einer österreichischen Regierungsdelegation in Moskau stand, bei dem man wirtschaftliche Erleichterungen erreichen wollte.³⁴⁾ Daher legte man sich in der Regierung folgende Strategie zurecht: Offiziell wurde wegen der Sowjets Protest eingelegt, gleichzeitig wurden die Amerikaner - natürlich inoffiziell - beruhigt und um Verständnis gebeten. Die Sowjets waren vielleicht sogar das geringere Problem, denn sie schienen das neutrale Österreich für ihre Pläne einspannen zu wollen, und man durfte daher mit Milde rechnen. Die Amerikaner standen den Bemühungen um eine Verbesserung der sowjetisch-österreichischen Beziehungen hingegen misstrauisch bis ablehnend gegenüber und ließen dies auch deutlich spüren, obwohl Österreich ein klares Bekenntnis zum westlichen Lager abgelegt hatte.³⁵⁾

Am 14. Juli 1958 genehmigte das österreichische Außenamt auf Ersuchen der US-Botschaft mündlich den Überflug von 32 Transportflugzeugen. An diesem Tag hatte die amerikanische Regierung beschlossen, im Libanon militärisch einzugreifen und die amerikanischen Staatsbürger zu evakuieren. Drei Tage später erfolgte dann die schriftliche Genehmigung für die Evakuierungsmaßnahmen über österreichisches Staatsgebiet mit 32 Flugbewegungen in den Libanon und zurück.³⁶⁾ Beim Kommando der US-Luftstreitkräfte in Europa in Wiesbaden war man der Meinung, dass das *State Department*

ohnedies allfällige Überfluggenehmigungen über Österreich erwirkt habe, worauf am 16. Juli 56 Maschinen Tirol überquerten. Die Flugsicherung Innsbruck meldete allerdings fälschlicherweise, 150 bis 200 Transportflugzeuge hätten Österreich überflogen; diese Information wurde von der Innsbrucker KPÖ nach Wien weitergemeldet, und der Vorgang stand dann am 17. Juli in den Zeitungen.³⁷⁾

Noch am Nachmittag des 16. Juli 1958 trat Außenminister Figl mit der amerikanischen Botschaft in Verbindung und beklagte sich, dass weit mehr als die vereinbarten und genehmigten 32 Transportflugzeuge („for which permission had been given to overfly Austria“) sowie außerdem Jagdflugzeuge in militärischer Formation und in beiden Richtungen den ganzen Tag über Innsbruck geflogen seien. Dies sei der Bevölkerung nicht verborgen geblieben und habe für große Unruhe gesorgt. Die Regierung sehe sich veranlasst, sofort eine Presseerklärung zu veröffentlichen. Figl plädierte um Verständnis für diesen Schritt und betonte, es handle sich um keinen „Protest“. Der Politische Direktor, Dr. Heinrich Haymerle, malte noch das Schreckgespenst von möglichen sowjetischen Überflugsuchen an die Wand. US-Botschafter H. Freeman Matthews zeigte - zumindest nach außen hin - Verständnis für die österreichischen Bedenken und versprach, sich mit Washington und den militärischen Dienststellen in Deutschland in Verbindung zu setzen.³⁸⁾ Gleichzeitig wies man aus Wien den österreichischen Botschafter in Washington, Wilfried Platzer, an, im amerikanischen Außenministerium in der Doppelrolle als geharnischter Beschwerdeführer und untertäniger Bittsteller vorzusprechen. Platzer sollte nämlich wegen der Überflüge protestieren, gleichzeitig aber bitten, die in der bedrohten Region lebenden Österreicher zusammen mit den Amerikanern zu evakuieren.³⁹⁾

Die österreichischen Vorsprachen blieben erfolglos; am 17. Juli fanden weitere Flüge amerikanischer Militärmaschinen (darunter auch von neun F-86-Jagdflugzeugen) statt. Ein Sprecher des *State Department* bequeme sich immerhin zu der Aussage, dass die Amerikaner Österreich in Hinkunft „voraussichtlich“ umfliegen würden.⁴⁰⁾ In- und ausländische Pressevertreter wandten sich an das Bundesministerium für Landesverteidigung und wollten wissen, welche militärischen Maßnahmen getroffen würden bzw. beabsichtigt seien. Noch am Abend des gleichen Tages ordnete Verteidigungsminister Ferdinand Graf die unverzügliche Verlegung von Flugzeugen und Fliegerabwehrbatterien (die letztlich doch nicht verlegt wurden)⁴¹⁾ in den Raum Tirol/Vorarlberg an.⁴²⁾

Insgesamt waren die militärischen Maßnahmen aber eher von Hilflosigkeit gekennzeichnet. Am 18. Juli 1958 wurden drei *Vampire* der Jagdbomber-Schulstaffel und zwei *Yak-II* von Langenlebarn nach Innsbruck verlegt.⁴³⁾ Die Piloten hatten den Befehl erhalten, einfliegende militärische Maschinen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Landung zu zwingen.⁴⁴⁾ Im Zeitraum vom 18. bis zum 22. Juli wurden sieben Patrouillenflüge durchgeführt. Die Bordwaffen der *Vampire* waren für alle Fälle mit scharfer Munition bestückt worden. Es kam - Gott sei Dank - zu keinen Kontakten mit „Luftraumverletzern“. Die Überwachung des Luftraumes konnte nur mit Auge und Ohr erfolgen. Radargeräte vom Typ *AN/TPS-I* waren zwar bestellt, aber noch nicht geliefert worden. Auch die Fliegerabwehr-Abteilung I sollte von ihrem damaligen Aufenthaltsort auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig zumindest eine Batterie nach Innsbruck verlegen. Man erwog sogar die Aufstellung von 4-cm-Geschützen auf dem Patscherkofel oder dem Seefelder-Plateau, um

an Höhe zu gewinnen; es kam allerdings zu keiner Verlegung. Die Rückverlegung der abkommandierten österreichischen Flugzeuge erfolgte am 25. Juli, nachdem für einen weiteren Einsatz der Luftstreitkräfte keine Notwendigkeit mehr gegeben war.⁴⁵⁾ Die Sperre des Luftraumes, die am 19. Juli 1958, 00:00 Uhr, westlich des 13. Längengrades (d.h. westlich von Salzburg) und ab einer Höhe von 5.000 Metern verfügt worden war, wurde am 28. Juli 1958 auf dem Verordnungswege aufgehoben.⁴⁶⁾

Doch kehren wir zur (außen-)politischen Ebene am 18. Juli 1958 zurück. Die österreichische Presseerklärung („keine Genehmigung für Überflüge von Militärflugzeugen irgendeines Landes in der derzeitigen Situation“) wurde von Botschafter Matthews zur Kenntnis genommen. Die Österreicher versicherten ihm erneut, die Verweigerung von Überfluggenehmigungen und die Stationierung von Einheiten der österreichischen Luftstreitkräfte im Raum Innsbruck seien in erster Linie für die Akten gedacht. Diese Schritte waren nicht nur durch den bevorstehenden Raab-Besuch in Moskau motiviert (den man schon abzusagen erwogen hatte, um sich nicht massivem sowjetischen Druck auszusetzen⁴⁷⁾), sondern auch durch die Notwendigkeit, die militärische Neutralität im Hinblick auf mögliche



Beim Staatsbesuch von Bundeskanzler Julius Raab, der eine wirtschaftliche Unterstützung durch die Sowjetunion erreichen wollte, wurden die Überflüge der USA über österreichischen Luftraum thematisiert (Im Bild: der österreichische Bundeskanzler Julius Raab und sein Stellvertreter Bruno Pittermann vor der Abreise nach Moskau).

Überflugsuchen des Sowjetblocks zu wahren. Matthews meldete nach Washington, dass die Österreicher aus politischen Gründen auf keinen Fall in der Lage sein würden, Überflüge zu genehmigen. Allerdings verlangten die zuständigen österreichischen Stellen - vermutlich aus einer gewissen „Schlitzohrigkeit“ heraus - auch nicht ausdrücklich, dass die noch notwendigen Flüge einzustellen seien. Der US-Botschafter betonte sogar am 18. Juli, dass die Flüge über österreichisches Staatsgebiet dank seiner Mithilfe den ganzen 17. Juli und in der Nacht zum 18. Juli ohne Genehmigung erfolgen konnten. Da noch mit einigen Flügen zu rechnen sein werde, warnte er jedoch vor einer voreiligen US-Presseerklärung über die Respektierung des österreichischen Luftraumes und riet vielmehr dazu, die Flüge möglichst umzuleiten und nur die dringendsten über österreichisches Hoheitsgebiet zu führen.⁴⁸⁾

Bei einem Treffen am frühen Nachmittag des 18. Juli zwischen Matthews, Figl und dem Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Dr. Martin Fuchs, wurden von Seiten Österreichs die Befürchtungen hinsichtlich der amerikanischen Überflüge und deren Folgen wiederholt. Während nochmals betont wurde, man lege keinen Protest dagegen ein, wurde inständig gebeten, bis auf weiteres darauf zu verzichten. Matthews vermutete, dass Raab für diese Haltung des Außenministers verantwortlich war. Der amerikanische Botschafter versicherte, dass es sich seines Wissens nach bis auf einen - genehmigten - Überflug von Jagdflugzeugen in die Türkei nur um Transportflugzeuge gehandelt habe.⁴⁹⁾

In Washington war Botschafter Platzler mittlerweile abermals im US-Außenamt vorstellig geworden und drängte auf eine Erklärung, dass die Amerikaner keine Überflüge mehr durchführen würden. Er erhielt zumindest eine mündliche Zusage; für eine offizielle Presseaussendung, wie man dies in Wien haben wollte, waren die Amerikaner jedoch nicht zu haben.⁵⁰⁾



Bild nur im
Heft verfügbar

Bei seinem Besuch im Frühjahr 1959 kam der sowjetische Verteidigungsminister Rodion Jakowlewitsch Malinowski (Bild) noch einmal auf die US-Überflüge zu sprechen und bot seine Hilfe bei der Überwachung und Sicherung des österreichischen Luftraumes an.

Am 19. Juli berichtete der amerikanische Botschafter in Wien seinem Außenminister, dass die österreichische Regierung - trotz der privat proamerikanischen Einstellung sowie dem Verständnis der österreichischen Beamten für „unsere“ Sache - keine weiteren Überfluggenehmigungen erteilen könne. Matthews sah v.a. in Bundeskanzler Raab ein Problem, da dieser von seiner Moskau-Reise unbedingt einen Erfolg mit nach Hause bringen müsse, dabei aber mit Gastgebern konfrontiert sein werde, die die Überflüge zu ihrem Nutzen auszuschlachten trachteten. Matthews sah angesichts des Abflauens der Krise im Libanon mittlerweile keine Rechtfertigung für eine Fortsetzung der nicht genehmigten und nicht zu verheimlichenden Überflüge, da dies sowohl die eigene Moral als auch die Stellung der USA in den Augen der Welt aufs Spiel setzen müsste. Der US-Botschafter empfahl daher Washington die Respektierung der österreichischen Souveränität. Im gleichen Atemzug meinte er jedoch, dass man, falls künftige Umstände erneut Überflüge erforderlich machen sollten, bei den österreichischen Behörden gar nicht erst um Genehmigung ansuchen, sondern die Flüge möglichst geheim halten sollte.⁵¹⁾

Erst am 19. Juli, an dem keine Überflüge amerikanischer Militärmaschinen mehr stattfanden, veröffentlichte das *State Department*

die vom österreichischen Botschafter erbetene Presseaussendung.⁵²⁾ Darin wurde versichert, dass „die amerikanische Luftwaffe die österreichische Lufthoheit in Hinkunft respektieren werde“.⁵³⁾ Ein formelles Bedauern wurde jedoch nicht ausgesprochen.⁵⁴⁾ Die Verzögerung wurde von Washington mit technischen Problemen, v.a. Übermittlungsproblemen, begründet, da es für die USA peinlich gewesen wäre, wenn nach erfolgter Presseaussendung wieder amerikanische Maschinen österreichisches Territorium überflogen hätten, weil sie der entsprechende Befehl nicht mehr erreicht hätte. Das war natürlich eine Ausrede. Die einzelnen Kontingente hatten mittlerweile ihr Ziel erreicht bzw. waren umgeleitet worden. Dafür war allerdings nicht allein der Protest des kleinen Österreich oder die Empfehlung des amerikanischen Botschafters in Wien ausschlaggebend gewesen, sondern vielmehr, dass die NATO-Partner Griechenland und Italien ebenfalls Schwierigkeiten machten.⁵⁵⁾ Als Kuriosum am Rande sei noch vermerkt, dass - soferne die Überflüge in den USA überhaupt ein Pressethema waren - eine Zeitung die Hal-

tung Österreichs verteidigte, und zwar die „Grand Rapids Press“ in einem Artikel vom 25. Juli 1958. Sie pflichtete den Österreichern bei, die Überflüge als Verletzung ihrer Neutralität zu betrachten. Allerdings überschätzte diese Zeitung aus Michigan die österreichische Fliegerabwehr bei weitem, denn sie machte sich Sorgen, was gewesen wäre, wenn es zum Abschuss von einigen Maschinen gekommen wäre.⁵⁶⁾

Neutralitätspolitische Nachwehen

Am 21. Juli 1958 reiste eine Regierungsdelegation unter Bundeskanzler Raab nach Moskau. In der österreichischen Regierung wusste man um die Brisanz dieser Reise. Dies geht eindeutig aus einem als „geheim“ eingestuften Papier des Außenministeriums hervor, in dem betont wurde, dass die künftigen wirtschaftlichen Erleichterungen ihren Preis haben würden. Der sowjetischen Außenpolitik werde es u.a. darum gehen, das neutrale Österreich für seine eigenen politischen Zwecke einzuspannen und eine Entfremdung zwischen Wien und der übrigen westlichen Welt einzuleiten. Der Verfasser des Papiers mahnte von der österreichischen Regierungsde-

legation „doppelte und dreifache Vorsicht“ ein und warnte, dass die Sicherheit des neutralen Österreich ausschließlich im Gleichgewicht des Interesses liege, das sowohl der Westen als auch der Osten seiner speziellen Position entgegenbringe. Jede Veränderung dieses Gleichgewichtszustandes könnte - längerfristig - die österreichische Eigenstaatlichkeit ernsthaft bedrohen.⁵⁷⁾

Die Sowjetunion protestierte jedenfalls am Tag der Ankunft der Österreicher beim *U.S. State Department* gegen die Verletzung der österreichischen Neutralität.⁵⁸⁾ Bundeskanzler Raab sah sich veranlasst, in einer Rede vor den sowjetischen Gastgebern zu betonen, dass Österreich den Abschluss des Staatsvertrages primär der Sowjetunion verdanke und man sich abseits von den zwei Blöcken halte, wie man dies anlässlich der jüngsten Überflüge amerikanischer Flugzeuge über Tirol bewiesen habe.⁵⁹⁾ Die Sowjets waren vermutlich aus den oben angeführten Gründen milde gestimmt: Sie kreideten den Österreichern weder die Schuld für die Duldung der amerikanischen Überflüge an, noch sprachen sie von einer einseitigen Ausrichtung nach dem Westen.⁶⁰⁾ Die zur selben Zeit vom Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Dr. Karl Stephani, in Wien erhobene Forderung nach Anschaffung von Raketen zur wirksamen Verteidigung des Luftraumes wurde jedoch überhört. Ganz ungeschoren wollten die

Sowjets die Österreicher nicht wegkommen lassen, sie versuchten nämlich, in das Schlusskommuniqué einen Passus aufzunehmen, wonach die UdSSR bereit wäre, die österreichische Neutralität zu verteidigen, was von österreichischer Seite entschieden abgelehnt wurde.⁶¹⁾ Bei dem im Frühjahr 1959 stattgefundenen Besuch des sowjetischen Verteidigungsministers Rodion Jakowlewitsch Malinowski kam dieser übrigens noch einmal auf die US-Überflüge des Vorjahres zu sprechen. Er erklärte, dass Moskau durchaus Verständnis für die Probleme des noch jungen Bundesheeres habe, die Sowjetunion würde aber in solchen Fällen gerne bei der Überwachung und Sicherung des Luftraumes „helfen“.⁶²⁾

Angesichts des Lobes von Bundeskanzler Raab für die Sowjets wegen des Staatsvertrages bzw. des österreichischen „Protests“ wegen der Überflüge reagierten die Amerikaner verständlicherweise verärgert. Am 31. Juli 1958 wurde der österreichische Botschafter zu einer Aussprache in das *State Department* geladen. Botschafter Platzer versuchte zu beruhigen: Der so genannte Protest wegen der Überflüge sei ja nur mündlich erfolgt, was doch als Zeichen „unseres Vertrauens in die amerikanische Regierung“ zu werten sei und in Wahrheit die freundschaftliche Einstellung gegenüber den USA beweise. Der österreichische Botschafter dürfte allerdings wenig überzeugend gewesen sein – die Amerikaner blieben misstrauisch.

Die Libanonkrise konnte in Österreich allerdings noch nicht ad acta gelegt werden, denn die USA wollten ihre Truppen im September 1958 auf dem kürzesten Wege wieder zurücktransportieren und ersuchten um eine Überfluggenehmigung über österreichisches Staatsgebiet. Am 19. September fand dann eine Besprechung von Vertretern des Bundeskanzleramtes (das Amt für Auswärtige Angelegenheiten war bis 1959 Teil des Kanzleramtes) und des Verteidigungsministeriums statt. Man⁶³⁾ genehmigte die Flüge zwar – als einmalige Ausnahme –, stellte jedoch kaum erfüllbare Auflagen.⁶⁴⁾

Als diese Entscheidung getroffen wurde, befand sich Außenminister Figl gerade auf Besuch in den USA. In einem Gespräch mit dem stellvertretenden Außenminister C. Burke Elbrick kamen die Überfluggenehmigungen natürlich zur Sprache. Figls amerikanischer Gesprächspartner zeigte sich über die österreichischen Vorschläge zwar erfreut, wünschte allerdings eine Rückkehr zu dem Arrangement von vor dem 18. Juli 1958. Figl wollte sich nicht festlegen und verwies auf die großen Schwierigkeiten und heftigen Angriffe, die die Überflüge eingebracht hätten. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der „Rückzieher“ des ebenfalls anwesenden österreichischen Generalsekretärs im Außenamt, Botschafter Fuchs. Schien die Genehmigung für den Rücktransport der amerikanischen Truppen aus dem Libanon „als einmalige Ausnahme“ von Wien prinzipiell erteilt, glaubte Fuchs nicht an eine derartige Bewilligung. Die österreichischen Gäste betonten wiederholt die klare prowestliche Haltung ihres Landes, warben aber um Verständnis für ihre Interpretation der Pflicht zur Einhaltung der militärischen Neutralität.⁶⁵⁾ Die Überflugbewilligung für die Truppenrückführung wurde schließlich am 7. Oktober 1958 erteilt, wobei Österreich den Änderungswünschen der Amerikaner nachkam.⁶⁶⁾ Den Sowjets war diese Genehmigung, wenn auch im weitesten Sinne durch einen UNO-Beschluss zum Truppenabzug aus dem Libanon gedeckt, nicht verborgen geblieben. Der österreichische Botschafter in Moskau, Norbert Bischoff, wurde von sowjetischen Regierungsmitgliedern auf die „eigenartige“ Neutralität Österreichs im Zusammenhang mit den Überflügen der aus dem Libanon abziehenden US-Truppen nicht drohend, sondern mehr oder weniger scherzhaft angesprochen. Die Sowjets befürchteten

nämlich die Schaffung eines Präzedenzfalles durch das militärisch neutrale Österreich im Falle militärischer Operationen durch die Amerikaner.⁶⁷⁾

Für die Amerikaner war die Angelegenheit noch immer nicht erledigt – zu groß war ihre Verstimmlung. Am 8. Dezember 1958 fand in Washington eine Aussprache zwecks Klärung der seit einiger Zeit belasteten österreichisch-amerikanischen Beziehungen zwischen dem *Deputy Assistant Secretary for European Affairs*, Fredrick W. Jandrey, einigen Mitarbeitern des *State Department* und den österreichischen Diplomaten Haymerle und Platzer statt. Jandrey hatte eine ganze Reihe an Beschwerden vorzubringen. Die Auslegung der Neutralität und die vermeintliche Annäherung an die Sowjetunion lagen ihm besonders am Herzen, und schließlich brachte er den alten Wunsch der Amerikaner nach einer liberalen Regelung der Überflüge vor, wie sie vor dem Juli 1958 bestanden hatte. Haymerle lehnte dies mit dem Hinweis auf die Neutralität und die Gefahr möglicher Neutralitätsverletzungen durch militärische Flugzeuge des Ostblocks ab.⁶⁸⁾

Washington wollte deutlich machen, dass es den österreichischen Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion misstrauisch bis ablehnend gegenüberstand. Österreich hingegen wollte seine Beziehungen zu allen Signatarmächten des Staatsvertrages problemlos gestalten.⁶⁹⁾

Schlussfolgerungen

Österreichs Neutralität kam mit der „Krise“ um die Libanon-Überflüge im Sommer 1958 zum zweiten Mal – nach der Ungarnkrise von 1956 – „auf den Prüfstand“. 1956 hatte klar gezeigt, dass sich die österreichische Neutralität tatsächlich auf die engen Grenzen der „militärischen Neutralität“ beschränkte.

Die amerikanischen Überflüge über österreichisches Territorium im Jahre 1958 hatten eine andere Qualität. Die USA waren wegen des österreichischen Verhaltens verärgert, obwohl die Proteste aus Furcht vor sowjetischen Reaktionen erfolgt und nicht so sehr gegen die USA selbst gerichtet waren. Nutznießer aus dem Wirbel um die US-Überflüge war eindeutig die Sowjetunion, die die Amerikafreundliche Haltung Österreichs sowie das gute Verhältnis des Landes zu den USA nachhaltig stören konnte.

Außerdem wurde die Hilflosigkeit der österreichischen Luftstreitkräfte auf dramatische Weise sichtbar. Bis man sich allerdings zu einer ernst zu nehmenden „Neutralitätswacht“ durchringen konnte, sollten trotz aller Handlungsbeteuerungen noch viele Jahre ins Land ziehen. ■

ANMERKUNGEN:

1) Gerald Stourzh: Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955, Wien-Köln-Graz 1998, S.558.

2) Ebenda, S.596f.

3) Protokoll des 11. Parteitages der Sozialistischen Partei Österreichs, Wien, 9.-11. November 1955, S.37.

4) Ernst Hanisch: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 1994, S.448.

5) Christine Stöckl: Die Verteidigungspolitik der ÖVP und der Stellenwert der militärischen Landesverteidigung im österreichischen Neutralitätskonzept 1955-1970, phil. Dissertation an der Universität Wien, ohne Jahr, S.91f.

6) Laut Aussage von General Zdenko Paumgarten eine „Infanterie-Pionier-Truppe“, Militärgeschichtliche Forschungsabteilung (künftig MGFA), Karton II. Bundesheer (Aufstellung 1955 und Paumgarten), Schreiben Paumgartens an Rauchensteiner v. 7.11.1975.

7) MGFA, Karton II. Bundesheer (Broschüren, Stand der Landesverteidigung), Wirtsch., Zur Geschichte der ÖVP-Wehrpolitik von 1945 bis 1971, S.295.

8) General i.R. Albert Bach in einem Interview mit dem Autor in Graz am 8.9.1997.

9) Gerhard Böhner: Die Wehrprogrammatische der SPÖ, Wien 1982, S.121ff.

- 10) Bild-Telegraph v. 17.5.1955.
- 11) Bild-Telegraph v. 21.5.1955.
- 12) Harald Pöcher: Geld, Geld und noch einmal Geld. Streitkräfte und Wirtschaft - Das Österreichische Bundesheer als Wirtschaftsfaktor von 1955 bis in die Gegenwart, Band 9 Schriften zur Geschichte des Österreichischen Bundesheeres, Wien 2006, S.108.
- 13) Paul Reitter: FliegerTelTruppe im Aufbau. Erlebnis, Erinnerung, Mahnung, unveröffentlichtes Manuskript von Dezember 1980, S.13f.
- 14) Walter Blasi: Die Libanonkrise 1958 und die US-Überflüge. In: Österreich im frühen Kalten Krieg 1945-1958, hrsg. von Erwin A. Schmidl, Wien-Köln-Weimar 2000, S.242 u. S.239.
- 15) Das libanesische Parlament wählte den Präsidenten auf sechs Jahre, wobei es jedoch untersagt war, dass sich dieser nach einer Amtsperiode direkt zur Wiederwahl aufstellen ließ. Dazu Ulrich H. Brunnhuber: Die Libanonkrise 1958: U.S. Intervention im Zeichen der Eisenhower-Doktrin? Hamburg 1997, S.65 und 86. An dieser Stelle sei auch auf das Buch von Irene L. Gendzier hingewiesen, Notes from the Minefield: United States Intervention in Lebanon and the Middle East, 1945-1958, New York 1997.
- 16) Brunnhuber: Libanonkrise 1958, S.86f.
- 17) Brunnhuber: Libanonkrise 1958, S.92ff.
- 18) UNO-Sicherheitsrat Resolution 128 (1958) vom 11.6.1958. The Blue Helmets: A Review of United Nations Peacekeeping, New York, 3. re. Aufl. 1996, S.115.
- 19) Gerhard Konzelmann: Der unheilige Krieg: Krisenherde im Nahen Osten, Hamburg 1985, S.114; Mona Ghali: United Nations Observation Group in Lebanon 1958. In: William J. Durch (ed.): The Evolution of UN Peacekeeping: Case Studies and comparative Analysis, New York 1993, S.173.
- 20) Roger J. Spiller: „Not War But Like War“: The American Intervention in Lebanon, Leavenworth Papers No. 3, Fort Leavenworth Kansas 1981, S.1.
- 21) Manfred Rauchensteiner: Die Zwei. Die große Koalition in Österreich 1945-1966, Wien 1987, S.383.
- 22) Spiller: Not War But Like War, S.29ff.
- 23) Albert P. Sights jr.: Lessons of Lebanon. A Study in Air Strategy, Air University Review July-August 1965, S.37.
- 24) Spiller: Not War But Like War, S.31.
- 25) Rauchensteiner: Die Zwei, S.384.
- 26) Die Akten des österreichischen Außenministeriums in dieser Angelegenheit liegen übrigens noch immer unter Verschluss im Panzerschrank und stehen für die Forschung nicht zur Verfügung, sodass lediglich die amerikanischen Außenamtsakten in den National Archives benutzt werden konnten; Anmerkung des Autors.
- 27) Österreichisches Staatsarchiv/Kriegsarchiv, Nachlass Liebitzky B/1030:227, Erinnerungsvermerk über eine Besprechung mit Gesandten Penfield, General Arnold u.a. am 16. Mai 1955.
- 28) National Archives (=NA), Record Group (=RG 59), General Records of the Department of State 1955-1959 Central Decimal File, Folder 763.5411/2-2356, Box 3583: Vienna to Secretary of State, February 23, 1965.
- 29) Ebenda, Vienna to Secretary of State, March 23, 1965.
- 30) NA, RG 59, General Records of the Department of State 1955-1959, Central Decimal File, Folder 763.5 MSP/1-555, Box 3583: Vienna, November 7, 1958.
- 31) Am 6. Juni 1958 war eine Verordnung hinsichtlich des „Überfliegens der Bundesgrenze“ verlaubar worden. Der § 3 forderte für den Einflug, Ausflug und den landungslosen Überflug ausländischer Staatsluftfahrzeuge in jedem Fall die Bewilligung durch das Bundesamt für Zivilluftfahrt. Handelte es sich um ein ausländisches Militärflugzeug, durfte die Bewilligung nur mit Zustimmung des Bundesministeriums für Landesverteidigung erteilt werden. Der Antrag auf Erteilung einer Bewilligung war rechtzeitig vor Beginn des Fluges auf diplomatischem Weg einzubringen. Eine Bewilligung war zu erteilen, wenn und insoweit öffentliche Interessen nicht entgegenstanden (Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jahrgang 1958, 32. Stück, ausgegeben am 6. Juni 1958: 111. Verordnung, 1168).
- 32) Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (=AdR), BMAA, Sektion II-pol, 1958, Karton 507: Österreichische Botschaft in Washington an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Figl vom 26. Juni 1958.
- 33) Lloyd Stearnman: Der Staatsvertrag in der Sicht der internationalen Geschichtsschreibung, in: 25 Jahre Staatsvertrag: Protokolle des wissenschaftlichen Symposiums 16. und 17. Mai 1980, Wien 1980, S.112.
- 34) Rauchensteiner: Die Zwei, S.385.
- 35) Ebenda, S.380.
- 36) Der damalige Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten Martin Fuchs schreibt in seinen Tagebüchern allerdings von einer Vordatierung der ersten genehmigten 32 Überflüge auf den 14. Juli (also vor der Landung der Amerikaner im Libanon), um ihnen den Anschein von Legalität zu geben (zit. nach Oliver Rathkolb, Washington ruft Wien: US-Großmachtpolitik und Österreich 1953-1963, Wien-Köln-Weimar 1987, S.131). Fuchs gibt auch an, dass aufgrund eines Ministerratsbeschlusses seit 1955 Hunderte Überflugermächtigungen routinemäßig von einem untergeordneten Beamten im Bundesamt für Zivilluftfahrt im Vorhinein erteilt wurden (ebenda, S.130).
- 37) Friedrich Wilhelm Korkisch: Die Luftstreitkräfte der Republik Österreich bis 1978, in: Manfred Rauchensteiner/Wolfgang Etschmann/Josef Rausch (Hrsg.): Tausend Nadelstiche: Das österreichische Bundesheer in der Reformzeit 1970-1978, Graz-Wien-Köln 1994, S.211-278, hier S.225f.
- 38) NA, RG 59, General Records of the Department of State 1955-1959, Central Decimal File, Folder 763.5411/2-2356, Box 3583: Vienna to Secretary of State, July 16, 1958, 8 pm.
- 39) Rauchensteiner: Die Zwei, S.384.
- 40) Die Presse vom 18. Juli 1958.
- 41) Wolfgang Hainzl/Erwin Hauke: Die Fliegerkräfte Österreichs 1955 bis heute, Graz 1987, S.38.
- 42) AdR, BMLV, Zl. 39.154-Wpol/58: Neutralitätsschutz, Verletzung des österreichischen Luftraumes 1958.
- 43) Hainzl/Hauke: Die Fliegerkräfte Österreichs, S.38.
- 44) AdR, BMLV, Zl. 39.154-Wpol/58: Neutralitätsschutz, Verletzung des österreichischen Luftraumes 1958.
- 45) Hainzl/Hauke: Die Fliegerkräfte Österreichs, S.38f.
- 46) AdR, BMLV, Zl. 39.154-Wpol/58: Neutralitätsschutz, Verletzung des österreichischen Luftraumes 1958 sowie Hainzl/Hauke: Die Fliegerkräfte Österreichs, S.39.
- 47) Rauchensteiner: Die Zwei, S.385.
- 48) NA, RG 59, General Records of the Department of State 1955-1959, Central Decimal File, Folder 763.5411/2-2356, Box 3583: Vienna to Secretary of State, July 18, 1958, 11 am.
- 49) Ebenda, Vienna to Secretary of State, July 18, 1958, 2 pm.
- 50) Rauchensteiner: Die Zwei, S.384.
- 51) NA, RG 59, General Records of the Department of State 1955-1959, Central Decimal File, Folder 763.5411/2-2356, Box 3583: Vienna to Secretary of State, July 19, 1958, 11 am.
- 52) AdR, BMLV, Zl. 39.154-Wpol/58: Neutralitätsschutz, Verletzung des österreichischen Luftraumes 1958; Rauchensteiner: Die Zwei, S.384.
- 53) Die Presse vom 20. Juli 1958.
- 54) ÖStA/KA, Nachlass Bischoff, E/1770:103-108, Mappe 108: Chiffren-Telegramme 1956-1959.
- 55) Rauchensteiner: Die Zwei, S.384.
- 56) AdR, BMAA, Sektion II-pol, 1959, Karton 517: Österreichische Botschaft in Washington an BKA/AA vom 14. August 1958.
- 57) AdR, BMAA, Sektion II-pol, 1958, Karton 517: Allgemeine politische Betrachtungen zu der bevorstehenden Reise der österreichischen Regierungsdelegation nach Moskau, ohne Datum. Das Papier wurde in der Sektion II verfasst und Außenminister Figl sowie Staatssekretär Dr. Bruno Kreisky zur Kenntnis gebracht.
- 58) Niederösterreichisches Landesarchiv (=NÖLA), Nachlass Figl, Karton 44: Abschrift der Protestnote der UdSSR an die USA vom 21. Juli 1958.
- 59) AdR, BMAA Sektion II-pol, 1958, Karton 517: Rede von Bundeskanzler Raab an die sowjetischen Gastgeber, ohne Datum.
- 60) Rauchensteiner: Die Zwei, S.387.
- 61) Ebenda, S.386.
- 62) Hainzl/Hauke: Die Fliegerkräfte Österreichs, S.41.
- 63) AdR, BMLV, Grundzahl 36.359-Präs/58: Aktenvermerk vom 19. September 1958.
- 64) Korkisch: Luftstreitkräfte, S.227.
- 65) NÖLA, Nachlass Figl, Karton 60: Aussprache des Herrn Bundesministers Figl mit dem Assistant Secretary of State C. Burke Elbrick am 26. September 1958.
- 66) AdR, BMAA, BKA/AA, Zl. 632.603-Wpol-bi/58: Verbalnote an die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Wien vom 7. Oktober 1958.
- 67) ÖStA/KA, Nachlass Bischoff (E/1770:103-108), Mappe 108: Chiffren-Telegramme 1956-1959.
- 68) AdR, BMAA, Sektion II-pol, 1958, Karton 471: Platzter an Figl vom 9. Dezember 1958.
- 69) Rauchensteiner: Die Zwei, S.380f.

Mag. Dr. Walter Blasi

Geb. 1954; Ministerialrat; seit 1974 im Bundesministerium für Landesverteidigung beschäftigt; 1991-1995 Studium der Geschichte mit Fächerkombination an der Universität Wien; 1996-2000 Doktoratsstudium, Dissertation über General der Artillerie Ing. Dr. Emil Liebitzky; 1998-2002 Verwendung im Militärwissenschaftlichen Büro; seit Februar 2002 an der Landesverteidigungsakademie/Institut für Strategie und Sicherheitspolitik/Fachbereich Zeitgeschichte; von August 2003 bis Oktober 2006 Referent für die k.(u.)k. Kriegsmarine und Luftfahrtruppe im Österreichischen Staatsarchiv/Kriegsarchiv; seit Oktober 2006 im Bundesministerium für Inneres.



A SHOW OF FORCE IN THE ARCTIC OCEAN THE ARCTIC REGION AND THE INTERESTS OF THE NEIGHBOURING STATES

Heinz Brill

The Polar Regions are the key areas for the earth's climate. The gradual melting away of the Greenland mainland and Arctic Ocean ice is a direct consequence of the worldwide rise in temperature. One question is important for international security policy: Which effects does the development of the climate have on the interests of the neighbouring states of the Polar Regions? Today already the neighbouring states are quarrelling over territories, resources and passageways. A new geopolitics for the Arctic region is emerging. As far as the energy and raw materials supply protection and the exploitation of additional food reserves are concerned, the Polar Regions are moving into general economic focus. As for the Antarctic, the potentially explosive challenge of the Antarctic Treaty of 1959 has been adjourned until its application, which – according to experts – is not expected before 2020.

The Arctic region is described as the land and sea areas located around the North Pole, covering a total area of 26 millions km². It is framed by the Eurasian landmass, the American continent, and the offshore islands. Its centre is formed by the Arctic Ocean which is mainly covered by ice. The land areas of the Arctic are Greenland, the Canadian-Arctic archipelago, the Siberian Islands, and the northern territories of Europe, Asia and America. In 1996 the Arctic Council was founded in order to protect the northern regions, and to foster cooperation in the Arctic. The Arctic Council's work centres on conservation and supports economic, social and cultural cooperation.

For the first time since the beginning of satellite monitoring of the Northern Polar Region in 1978, the European Space Agency reported in September 2007 that due to a record melting the Northwest Passageway between the Atlantic and the Pacific Ocean was free of ice and navigable. It has been estimated that the Northwest Passageway will be durably free of ice in the summer months by 2015. Consequently, there are wide-ranging plans. A deep-water harbour for oil tankers is to be built. Thus, the North Pole, which could hardly be reached before, would be included in worldwide shipping. At the moment Russian, US-American, Canadian, Norwegian and Danish scientists are gathering geological data on the Arctic in order to be able to get an exact idea of the mineral resources.

Russia hopes to be able to further extend her function as an energy superpower. Norway could replenish her oil and gas reserves. Denmark, or rather Greenland, hopes to be able to dispose of the raw materials on her territory herself. Canada hopes to have new oil and gas fields in addition to new zinc, copper and diamond mines at her

disposal. The USA, on the other hand, are waiting. Since Russia has left her national flag on the sea floor on the North Pole in the course of a spectacular submarine dive in the beginning of August 2007, all the other Arctic neighbouring states, all of which lay territorial claims on the Arctic, have been feeling uneasy. The first races for the Pole (in the Arctic as well as in the Antarctic) took place 100 years ago. Today, because of the change in climate, we are witnessing the second race for the region around the North Pole.

NIKOLAI KONDRATJEV AND THE FUTURE OF THE CONFLICTS IN WORLD SOCIETY ASSESSMENT OF A NEW APPROACH OF THE „NATO INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES“

Arno Tausch

Recently the NATO *Institute for Advanced Studies* has published an anthology titled „Kontratjeff Waves, Warfare and World Security“ Volume 5 in NATO *Security through Sciences Series*, once again dealing with the question asked by the US political scientist Joshua Goldstein concerning the irrevocability of the ratio of long cycles in economics and international politics. The anthology is based on a joint seminar on this topic, organized by both NATO and the Russian administrative academy, in the course of which the basic research results of the former Russian statistical expert Kondratjew – who had lived between 1892 and 1938 and had become a victim of the GULAG – had been rediscovered.

Are tough conflicts between superpowers systematic parts of the patterns of international systems, independent from ideologies? With China's and Russia's growing stronger the hypothesis of system dependence of the conflict between superpowers is getting a charged relevance to the present, and in addition to Huntingdon's "Clash of Civilizations" it can explain why the world has not really become more peaceful since the fall of the Iron Curtain. In this article the Tyrolean political scientist Arno Tausch, who has been observing these discussions for years, gives us a first report on this new strategic way of thinking.

Strictly speaking, the inherent law of free-enterprise development, which is named after Kondratjew today, and which was popularized by the Austrian Joseph Alois Schumpeter, means that – based on the movements in wholesale prices – apart from short-term cyclical fluctuations, the economic trend also follows long-term reverberations lasting approximately 50 years. Research on the connection between the world's economic situation and wars on the one hand, and possible strong ups and downs of peace and welfare on the other hand, represent alarming topics of knowledge just as the theses on the "Crash of Cultures" after the end of the Cold War do.

Whereas Huntingdon, however, shocked the public of the West and its belief in Fukuyama's liberal vision of the "End of History" with his

generally known thesis of a dawning potential for conflicts opening along the religious-cultural long-term frontiers of the West, and of the whirlwind of events caused by the fall of the Wall, the "threat" caused by the neo-liberal victory consensus of 1989 arising from Kondratjew and his school plunges deeper into the hearts of market economies, and means that in the end world economy crises as in 1929 are as repeatable and conceivable as the arising of strong and worldwide conflicts between global dominant powers and their opponents.

The worse for the USA: Hegemonies come to an end, and the dwindling of hegemonies seems to be immensely bound up with the long-term ups and downs of the world's economic situation. By approximately 2030 – according to the cycle theory – we will have to expect a growing rivalry between the strongest military powers. The most important consequence for Austria and all the other neutral European nations is the fact that in the long term the downward trend of the defence budgets cannot be perpetuated. In this analysis, Goldstein's Superpower Theory is much better confirmed than Huntingdon's theory discriminating the Islam. The West had better continue increasingly supporting the potential of the democratic development in the Moslem world.

INTEGRATED SECURITY ABOUT THE CONCEPTS OF TOTAL GOVERNMENT COOPERATION

Ralph Thiele

The term „Integrated Security“ comprises the cooperation of military and non-military forces and organisations within the scope of crisis management and crisis prevention. At the moment, Integrated Security is conceptually covered in different national and international organisations and committees. So, for instance, Integrated Security is embodied as a key concept of the future security policy in the white paper 2006 on the security policy of Germany and the Bundeswehr. Especially after the 9/11 paradigm change the European security strategy aims at more active foreign political action within the scope of conflict prevention and crisis management. Within NATO the *Comprehensive Approach* follows corresponding objectives in the course of specific crisis management.

Integrated Security gives expedient guidance to future security policy, resting on a comprehensive, inter-departmental and multinationally designed approach, which is supposed to integrate governmental and non-governmental instruments for conflict prevention, crisis management and conflict aftercare effectively within the scope of a sustained total strategy. Balanced national and international security-political instruments have to guarantee both appropriate reactions and the safeguarding of security by stability. Thus, they must not focus on military conditions exclusively, but have to take into account social, economic and ecological circumstances as well.

The overall system of civilian and military means – armed forces as well as, for example, police forces, administration experts, judges, etc. – must be the focus of security policy. International terrorism causes threats which cannot be dealt with successfully by using traditional anti-terror instruments. Additionally, there is the threat caused by ecological, technical and natural disasters, and the increasing danger of epidemic and pandemic diseases. Migration and demographic developments become more and more relevant for security policy, too. Three decisive catalysts of the change can be detected: globalisation, the rapid development of information and communication technology, and the revolution of warfare.

After linear tactics, massed fire, and blitzkrieg, a fourth generation of warfare is forced on the political persons responsible, which is essentially marked by political, religious and social roots and structures. Here, culture, identity, and the omnipresence of the media form the centre of identity and action. More than ever before it is a question of understanding one's persons opposite, friends and partners. A mutual and role-oriented view of the situation is not only the basis for a mutual understanding of the situation; it is virtually the key instrument for carrying out integrated interventions for civilian and military forces, and for authorities and organisations of public security, respectively. In view of the complex connections between conflict prevention, crisis management and conflict after-care/reconstruction and recovery, only a continuous consistent civilian authority can be successful in the long run. Armed forces provide the military security framework, thus also providing time for the civilian forces to develop successfully with regard to stability and Good-Governance.

A CRISIS ABOUT THE AUSTRIAN AIRSPACE POLITICAL SURGES AND DISGRUNTLEMENTS IN THE COURSE OF THE LEBANON CRISIS OF 1958

Walter Blasi

Article 1 of the Austrian Federal Constitutional Act, which was passed by the National Assembly on 26th October 1955, has codified Austria's armed neutrality. Although Austria had achieved her freedom again with her neutrality according to the Swiss model, she had to decide on the most expensive form of military defence, because during the state treaty negotiations of 1955 there were only two alternatives: the status quo (maintaining occupation) or neutrality (freedom). There never was another option. Experience had shown that only armed neutrality would offer a chance of continued existence. For this, however, an army ready to do battle was an absolute prerequisite. In 1955, however, people proceeded to establish the Armed Forces without much enthusiasm (which, according to the historian Ernst Harnisch, was an indirect consequence of the State Treaty), and since then

it has never been possible actually to anchor the army in public consciousness.

On establishing the Armed Forces the necessity of an air force in addition to ground forces was self-evident. For the former the previous institution, the "B-Gendarmerie", which had been established in 1952, had made neither material nor personnel provisions. Whereas the ground forces of the new Armed Forces, which were based on the cadres of the B-Gendarmerie and on the weapons and equipment for infantry, artillery, engineers and signals formations, were able to start building up immediately, the establishment of the air force of the Armed Forces had to begin without any such preliminary work in personnel, material and infrastructural respect.

In 1958 the Lebanon crisis, with the subsequent US-intervention which was to support the pro-western, Christian president Camille Chamoun, burst into this situation. The flights with US military aircraft over Austrian territory represented a violation of Austrian sovereignty and finally led to lasting disgruntlement between Vienna and Washington. Thus, Austria was abruptly drawn into the confrontation between East and West. With this "crisis" caused by the US-flights in the summer of 1958 Austria's neutrality "was put to the test" for a second time (after the Hungary crisis in 1956).

1956 had shown distinctly that Austria's neutrality was restricted to the confined limitations of "military neutrality". The US-flights of 1958 over Austrian territory, however, had a different quality. The USA were annoyed because of the official Austrian protests, although these had been made because Austria was afraid of Soviet reactions, and had not actually been directed against the USA. The USSR unambiguously reaped the benefits of the hurly-burly about the US-flights, and thus got into the position to impair Austria's friendly attitude towards America and the good relationship existing between the two nations for a long time. Apart from that, the helplessness of the Austrian air force became visible dramatically. So, in spite of all solemn declarations, it took years before Austria could finally make up her mind to seriously protect her neutrality.

DÉMONSTRATIONS DE FORCE DANS L'OcéAN GLACIAL L'ARCTIQUE ET LES INTÉRÊTS DES ÉTATS RIVERAINS

Heinz Brill

Les régions polaires sont les régions clé du climat de la Terre entière. La fonte progressive des glaces du continent groenlandais et de l'Océan glacial arctique est une conséquence directe de l'élévation des températures dans le Monde. Pour ce qui a trait à la politique internationale de sécurité, la question suivante est d'importance : quelles conséquences a l'évolution climatique sur les intérêts des États riverains des régions polaires ? Dès à présent, les États riverains se querellent à

propos de territoires, de ressources et de passages. Une nouvelle géopolitique se profile en ce qui concerne l'Arctique. Pour ce qui a trait à la sécurité de l'approvisionnement en énergie et en matières premières et l'exploitation de réserves alimentaires supplémentaires, les régions polaires sont de plus en plus proches du centre de l'intérêt économique général. En ce qui concerne l'Antarctique, la question, sujette à conflits, des prétentions régionales dans le Traité de l'Antarctique (1959) est ajournée jusqu'à son exploitation. Celle-ci n'étant pas à attendre, de l'avis d'experts, avant l'année 2020.

On désigne par Arctique les régions terrestres et maritimes, situées autour du Pôle Nord, avec une surface totale d'env. 26 millions de km². L'Arctique se compose avant tout d'une mer couverte de glace. La région arctique est encadrée par la masse terrestre eurasiennne et par le continent américain, avec les îles qui s'étendent à l'avant. On trouve, au centre, l'Océan glacial arctique, recouvert de glace en permanence, pour la plus grande partie. Les zones terrestres de l'Arctique sont le Groenland, l'Archipel canadien arctique, les îles sibériennes et les territoires septentrionaux, de l'Europe, de l'Asie et de l'Amérique. Pour protéger les régions septentrionales et dans l'intérêt d'une collaboration au niveau de l'Arctique, a été fondé en 1996 le «Conseil arctique» (Arctic Council). Le Conseil arctique pose avant tout des jalons dans le domaine de la protection de l'Environnement et encourage la collaboration dans les secteurs économique, social et culturel. Pour la première fois depuis le début de la surveillance par satellite de la région du Pôle Nord en 1978, l'Agence spatiale européenne (ASE) annonça en septembre 2007 que le passage Nord - Ouest entre l'Atlantique et le Pacifique serait exempt de glace et praticable, à cause d'une fonte record. Les estimations partent du principe que le passage Nord - Ouest pourrait être durablement exempt de glace durant les mois d'été jusqu'en l'an 2015. Et il y a d'ores et déjà des plans d'une portée étendue en la matière. Il doit être érigé dans le passage Nord - Ouest un port en eaux profondes pour des bateaux-citernes. Le Pôle Nord, que l'on pouvait à peine atteindre auparavant, serait alors intégré dans le trafic maritime mondial. Actuellement, des scientifiques russes, américains, canadiens, norvégiens et danois recueillent des données géologiques de l'Arctique, pour se faire une idée plus précise des richesses naturelles du sous-sol. La Russie espère pouvoir conforter sa position de grande puissance dans le domaine énergétique. La Norvège pourrait compléter ses réserves de pétrole et de gaz. Le Danemark ou mieux le Groenland espère qu'il pourra disposer lui-même dans l'avenir des matières premières, présentes sur son territoire. Le Canada espère pouvoir disposer, en dehors de nouveaux champs pétrolifères et de gisements de gaz, de nouvelles mines de zinc, de cuivre et de diamant. Les E.-U. se trouvent encore dans une sorte de «position d'attente». Depuis que la Russie a laissé, début août 2007, avec une spectaculaire immersion en sous-marin, son propre drapeau national sur le fond marin au Pôle Nord, les autres riverains de l'Arctique, qui ont tous des prétentions territoriales sur l'Arctique,

sont inquiets. Les premières courses autour du Pôle (dans l'Arctique comme dans l'Antarctique) ont eu lieu il y a environ 100 ans. Aujourd'hui, nous vivons, aussi à la suite du changement climatique, la deuxième course autour de la région, tout autour du Pôle Nord.

NIKOLAI KONDRATJEW ET L'AVENIR DES CONFLITS DANS LA SOCIÉTÉ MONDIALE APPRÉCIATION D'UNE NOUVELLE APPROCHE DE «L'INSTITUT DES ÉTUDES AVANCÉES DE L'OTAN»

Arno Tausch

L'*Institut des Études avancées* de l'OTAN a sorti récemment un recueil, dont le titre était : «Les ondes de Kondratieff, guerre et sécurité dans le Monde», volume 5, de la *Série sur la sécurité par les sciences* de l'OTAN, qui soulève à nouveau la question, posée par le politologue américain : Joshua Goldstein, de l'immuabilité de la relation des cycles longs dans l'Économie et la politique mondiale. Le recueil repose sur un séminaire commun de l'OTAN et de l'Académie russe d'Administration sur ce thème, qui redécouvrit la recherche fondamentale de l'ancien statisticien russe Kondratjew, qui vécut de 1892 à 1938 et fut une victime du Goulag.

Les conflits durs des grandes puissances sont-ils une partie, liée au système, de la structure de l'ordre international ? Indépendamment des idéologies ? Avec le renforcement de la Chine et le renouveau de la Russie, l'hypothèse de l'inhérence au système du conflit des grandes puissances recouvre une actualité des plus immédiates et peut servir d'explication, en plus de la «Lutte des cultures» de Huntington, sur la question qui est de savoir pourquoi le Monde n'est pas devenu précisément, depuis la chute du rideau de fer, véritablement plus pacifique. Le politologue d'Innsbruck : Arno Tausch, qui suit ces débats depuis des années, livre ici un premier compte-rendu sur cette nouvelle école de pensée stratégique.

La légitimité, nommée aujourd'hui par Kondratjew, de l'évolution de type économie de marché, qui fut popularisée par l'austro-hongrois Joseph Alois Schumpeter, signifie au sens strict que, en partant de la variation des prix du Commerce de gros, les fluctuations conjoncturelles obéissent, outre aux mouvements à plus court terme, également à des ondes à long terme, durant env. 50 ans. Des recherches sur la relation entre la conjoncture mondiale et les guerres, ainsi que les fortes fluctuations éventuelles de la paix et de la prospérité sont, au sens strict, une substance de la connaissance inquiétante, de même que les thèses qui portent sur le «Choc des cultures» après la fin de la «Guerre froide». Mais tandis que Huntington choquait le Public occidental

avec sa croyance en une vision libérale de la «Fin de l'Histoire» de Fukuyama, avec la thèse, connue de toutes parts, de la naissance d'un potentiel de conflit, qui apparaît le long des frontières religieuses et culturelles de longue date de l'Ouest et l'ivresse de la victoire quant à la chute du mur, la «menace», émanant de Kondratjew et de son école, du consensus néolibéral sur la victoire de 1989, s'ancre bien plus profondément au centre du fonctionnement des économies de marché elles-mêmes et signifie qu'en fin de compte, les crises économiques mondiales, comme celle de 1929, sont tout aussi réitérables et imaginables que la naissance de conflits forts, d'envergure mondiale, entre des puissances dirigeantes mondiales et leurs agresseurs. Encore plus grave avant tout pour les E.-U. : les hégémonies touchent à leur fin et le déclin de celles-ci paraît être intimement lié aux fluctuations à long terme de la conjoncture mondiale. Il faudra compter jusqu'en 2030 environ, d'après la théorie des cycles, sur une rivalité croissante entre les puissances militaires les plus importantes. La conséquence la plus sérieuse pour l'Autriche et les autres pays neutres d'Europe est que la tendance à la diminution des budgets de défense ne pourra plus être maintenue à long terme. La théorie des grandes puissances de Goldstein est gratifiée dans tous les cas, dans cette analyse, d'une bien meilleure confirmation que la théorie, critique pour l'Islam, de Huntington. L'Occident ferait bien de continuer à encourager et de soutenir le potentiel d'évolution démocratique dans le Monde musulman.

SÉCURITÉ INTERCONNECTÉE SUR LES CONCEPTIONS D'UN CONCOURS DE L'ENSEMBLE DES ÉTATS

Ralph Thiele

Le concept de la «Sécurité interconnectée» comprend le concours de forces et d'organisations militaires et non militaires dans le cadre de la gestion de crises et aussi de la prévention de crises. La Sécurité interconnectée est actuellement cataloguée, quant à sa conception, dans des organisations et instances nationales et internationales tout à fait différentes. La Sécurité interconnectée est par exemple ancrée, à titre de concept clé d'une politique future de sécurité, dans le Livre blanc de 2006 portant sur la politique de sécurité de l'Allemagne et sur l'avenir de l'Armée fédérale allemande. La stratégie européenne de sécurité a pour but, en particulier après le changement de paradigme du 11 septembre 2001, une action de politique extérieure plus active, dans le cadre de la prévention des conflits et de la maîtrise des crises. À l'OTAN, l'*approche exhaustive* poursuit des objectifs correspondants, dans la droite ligne d'une gestion concrète des crises. La

sécurité interconnectée confère à la politique future de sécurité une orientation judicieuse. Elle s'appuie sur une approche homogène, allant au-delà des compétences spécifiques et aménagée de manière multilatérale, qui doit intégrer de manière efficace, dans le cadre d'une stratégie d'ensemble durable, des instruments étatiques et non étatiques destinés à prévenir les conflits, à maîtriser les crises et à traiter a posteriori des conflits. Il faut que des instruments de politique de sécurité coordonnés, nationaux comme internationaux, assurent une capacité adéquate de réaction, ainsi que la préservation de la sécurité par le biais de la stabilité. C'est pourquoi on ne doit pas se concentrer exclusivement sur des paramètres militaires mais il faut aussi prendre en considération des données sociologiques, économiques, écologiques et culturelles. Il faut que l'ensemble de la combinaison de moyens civils et militaires soit au premier plan de la politique de sécurité, des forces armées, tout comme, par exemple : des forces de Police, des spécialistes de l'administration, des juges, etc. Le terrorisme international a pour conséquence des menaces, auxquelles on ne peut faire face avec succès avec les instruments anti-terrorisme fournis. S'y ajoute la menace de catastrophes écologiques, techniques et naturelles, le danger croissant d'épidémies et de pandémies. Mais la migration et les évolutions démographiques gagnent aussi en importance sur le plan de la politique de sécurité. Trois catalyseurs décisifs de la mutation doivent être évoqués : la mondialisation, l'évolution fulgurante de la technologie de l'information et de la communication et la révolution de la conduite de la guerre. Après la tactique linéaire, le tir massif et la guerre éclair, il est imposé actuellement aux porteurs de responsabilités, en matière de politique de sécurité, une quatrième génération de conduite de la guerre, qui est caractérisée essentiellement par des sources et des structures politiques, religieuses et sociales. Culture, identité et omniprésence médiatique sont, de ce fait, au centre de l'auto-compréhension et de l'action. Il s'agit plus que jamais de comprendre son vis-à-vis, de même que ses amis et partenaires. Un bilan de la situation commun, axé sur les rôles de chacun, n'est pas seulement le fondement d'une compréhension indispensable et commune de la situation ; c'est précisément l'instrument clé, destiné à exécuter des engagements interconnectés de forces civiles et militaires ou d'autorités et d'organisations de sécurité publique. Eu égard aux rapports complexes entre la prévention des conflits, la maîtrise des crises et le traitement a posteriori des conflits / la reconstruction, seule une gestion civile continue, d'une seule main, peut s'avérer fructueuse sur la durée. Les forces armées posent un cadre militaire de la sécurité. Elles acquièrent le temps, pour que les forces civiles puissent se déployer de manière fructueuse, eu égard à la stabilité et à la bonne gestion.

CRISE AUTOUR DE L'ESPACE AÉRIEN AUTRICHIEN EMPORTEMENTS ET DÉSACCORDS DU MONDE POLITIQUE DURANT LA CRISE LIBANAISE DE L'ANNÉE 1958

Walter Blasi

Le premier article de la constitution fédérale autrichienne, qui fut arrêté par le Conseil national le 26 octobre 1955, fixe en fin de compte la neutralité armée de l'Autriche. Il est vrai qu'en adoptant une forme de neutralité suivant le modèle suisse, l'Autriche avait repris sa liberté mais avait été forcément dans l'obligation d'opter pour la forme la plus coûteuse de la défense militaire car, lors des négociations relatives au Traité d'État de 1955, le seul choix qui lui revenait était soit le statu quo (poursuite de l'occupation), soit la neutralité (donc la «liberté»). Il n'a jamais existé d'autre option. L'expérience a montré que seule une neutralité armée pourrait avoir quelque chance d'exister. La condition préalable fondamentale pour cela serait toutefois la création d'une armée prête à combattre. On en vint pourtant plutôt sans enthousiasme en Autriche, en 1955, à l'élaboration de l'Armée fédérale (suivant l'historien Ernst Hanisch : une conséquence indirecte du Traité d'État). On ne devait jamais réussir non plus à ancrer l'Armée aussi fermement dans la conscience publique. Avec la mise sur pied de l'Armée fédérale, il était évident qu'outre des forces armées terrestres, des forces armées aéri-

ennes s'avéraient aussi nécessaires. En ce qui concerne ces dernières, dans l'institution précédente : la Gendarmerie B [«Gendarmerie spéciale»], mise en place en 1952, aucune précaution, que ce soit quant au matériel ou quant au Personnel, n'avait été prise. Tandis que les forces armées terrestres de la nouvelle Armée fédérale, qui se fondaient précisément sur les cadres de la Gendarmerie B et sur une dotation en armes et en machines pour les unités d'infanterie, d'artillerie, du génie et des transmissions, étaient en mesure de procéder immédiatement à l'élaboration, la mise sur pied des forces armées aériennes de l'Armée fédérale commença sans prestation préalable correspondante, tant des points de vue personnel et matériel que du point de vue infrastructurel. C'est dans ce contexte qu'éclata, en 1958, la crise libanaise, avec l'intervention américaine qui suivit, destinée à protéger le Président de la République chrétien pro-occidental : Camille Chamoun. Les passages des avions militaires américains au-dessus du territoire national autrichien représentaient une violation de la souveraineté autrichienne et aboutirent en fin de compte à un désaccord durable entre Vienne et Washington. C'est ainsi que l'Autriche fut impliquée brusquement dans le conflit Est - Ouest. La neutralité de l'Autriche fut «mise sur la sellette» pour la deuxième fois durant l'été 1958 (après la crise hongroise de 1956), avec la «crise» des survols américains. 1956 avait montré clairement que la neutralité autrichienne se limitait effectivement au domaine restreint de la «neutralité militaire». Les passages

américains au-dessus du territoire autrichien en 1958 eurent un autre retentissement. Les E.-U. étaient irrités à cause des protestations officielles exprimées par l'Autriche, bien que celles-ci aient été formulées par crainte des réactions soviétiques et n'étaient pas tant dirigées contre les E.-U. eux-mêmes. Les bénéficiaires des remous qui entourèrent les survols américains fut clairement l'U.R.S.S., qui put perturber durablement l'attitude aimable de l'Autriche vis-à-vis des E.-U., ainsi que le *bon* comportement du pays face aux E.-U. En outre, la vulnérabilité des forces armées aériennes autrichiennes devint dramatiquement visible. De nombreuses années durent encore s'écouler jusqu'à ce que l'on puisse se décider toutefois à assurer une «veille de la neutralité» à prendre au sérieux et ce, malgré toutes les déclarations d'action possibles.

Die Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ)

ist nun auszugsweise
auch online unter:

www.bundesheer.at/omz

im PDF-Format verfügbar.

IMPRESSUM

Die Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ) erscheint zweimonatlich.

Die ÖMZ ist eine wehrwissenschaftliche Zeitschrift mit Berichten und Analysen zu einschlägigen Themenkreisen aus dem gesamten Bereich der Sicherheitspolitik, Polemologie und Militärwissenschaft.

Die mit Namen oder Initialen gekennzeichneten Beiträge enthalten die Ansichten der Autoren und nicht notwendigerweise die offizieller Stellen oder der Redaktion.

Medieninhaber/Herausgeber:

Bundesministerium für Landesverteidigung,
Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Druck:

Holzhausen Druck & Medien GmbH
Holzhausenplatz 1,
1140 Wien, Auhof

Redaktion:

OberstG MMag. Dr. Andreas Stupka
(Chefredakteur)

Oberrat Mag. Christian Hosiner
(stv. Chefredakteur)

Technische Redaktion:

Hauptmann Mag. (FH) Dieter Hüttner

Bild: Diana Jilek

Grafik: Peter Lutz, Bakk.

Redaktionsreferentin: Martina Böhm

SB Layout & Medien: Brigitte Wallinger

SB Administration: Vizeleutnant Helmut Adam

Ständige Mitarbeiter:

General i.R. Horst Pleiner, Brigadier MMag. Wolfgang Peischel, Brigadier Mag. Rudolf Striedinger, Mag. Dr. Friedrich Korkisch, Mag. Predrag Jurekovic, Mag. Arthur Friedrich Maiwald, Mag. Dr. Wolfgang Taus, Prof. Mag. Dieter Huditsch, Herbert Kranzl, Brigadier Dr. Walter Feichtinger, Ao. Univ.-Prof. DDr. Christian Stadler, OberstleutnantG Mag. Bruno Günter Hofbauer, OberstleutnantG Mag. Philipp Eder, Univ. Doz. DDr. Heinz Vetschera, Burkhard Bischof, Dr. Wilfried Aichinger, Dr. Martin Pabst, Dr. Gunther Hauser, Oberst dhmFD Mag. Dietmar Pfarr, OberstdhmFD Mag. Karl Wohlgemuth, Dr. Wolfgang Etschmann, Brigadier Mag. Dr. Harald Pöcher, Mag.

Jürgen Alex-Hiron, OberstleutnantG Mag. Sascha Bosezky, Mag. Dr. Gerald Brettner-Messler, OberstdhmFD Univ. Doz. Mag. Dr. Franz Kernic, OberstleutnantG dhmFD Mag. Hans Lampalzer, OberstdhmFD Mag. Bruno Nestler, Brigadier Mag. Anton Oschep.

Alle: Redaktion ÖMZ, Amtsgebäude Stiftgasse,

Stiftgasse 2A, 1070 Wien

Tel.: +43/1/5200-40901

Fax: +43/1/5200-17108

e-mail: red.oemz@bmlv.gv.at

ISSN: 0048-1440



Bezugspreise (inkl. 10% Umsatzsteuer):

Jahresabonnement € 25,00

Einzelheft € 4,80

Preise exkl. Versandkosten

Abonnement-Bestellungen bei der Redaktion ÖMZ. Das Abonnement verlängert sich selbstständig, falls es nicht bis spätestens 30. November gekündigt worden ist.

Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.